

Stenographisches Protokoll.

3. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

II. Gesetzgebungsperiode.

Freitag, 23. November 1923.

Inhalt.

Personalien: Immunitätsangelegenheit Rudolf Kroboth (37).

Verhandlung: Fortsetzung der Debatte über die Regierungserklärung — Dr. Schumacher (38), Leuthner (39), Kollmann (51), Baumgärtel (54), Reiner (57), Dr. Bauer (58), Dr. Buresch (61), Glöckel (61 u. 65), Dr. Ligner (64), Strunz (66).

Dringliche Anfrage: Eidersch: Bundesregierung, betr. die Handhabung der Finanzkontrolle durch den Generalkommissär des Völkerbundes (37). — Eidersch (67 u. 73), Finanzminister Dr. Riebenböck (71).

Ausschüsse: Wahl eines Ausschusses für Erziehung und Unterricht, Finanz- und Budgetausschusses, Ausschusses für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, Ausschusses für Heereswesen, Justizauschusses, Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft, für soziale Verwaltung, Verfassungsausschusses, Ausschusses für Verkehrsweisen (66 u. 67).

Zuweisung der B. 2 u. 13 an den Finanz- und Budgetausschuß, **B. 18** an den Ausschuß für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, **B. 3** an den Verfassungsausschuß (75).

Eingebracht wurden:

Anträge: 1. Domes, Hueber, Widholz, Smitka, betr. Erlassung einer Verordnung über die Erhaltung des Arbeiterstandes in gewerblichen Betrieben (12/A);

2. Forstner, Morawiz, betr. XIV. Novelle zum Unfallversicherungsgefeß (13/A);

3. Fink, Stöckler, Hauweis, Födermayr, Birchegger, Geisler, betr. Schaffung eines Gesetzes über die Förderung der Landeskultur (14/A).

Anfragen: 1. Clesjin: Unterrichtsminister, betr. die Verstaatlichung der Innsbrucker Handelsakademie (1/D);

2. Clesjin: Heeresminister, betr. das Verbot der Teilnahme einer Abteilung des Bundesheeres und der Musik derselben bei der vaterländischen Totengedenkfeier in Salzburg am 4. November 1923 (2/I);

3. Graier: Bundesregierung, betr. die Zurücksetzung der D. S. B. Vertreter bei den von der Regierung angebahnten Lohn- und Gehaltsverhandlungen der Industrieangestellten (3/I).

Verteilt wurden:

Regierungsvorlagen B. 1, 2, 3, 5, 9, 13, 14, 15, 18.

Präsident **Miklas** eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min. vorm. und erklärt die Protokolle über die Sitzungen vom 20. und 21. November 1923 für genehmigt.

Das Bezirksgericht Eisenstadt hat das gegen Rudolf Kroboth wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre gestellte Auslieferungsgesuchen zurückgezogen.

Eine dringliche Anfrage Eidersch an die Bundesregierung, betr. die Handhabung der Finanzkontrolle durch den Generalkommissär des Völkerbundes lautet:

„Der Generalkommissär des Völkerbundes veröffentlichte als Anlage V zu seinem IX. Bericht ein von ihm an Bundesminister Riebenböck gerichtetes Schreiben vom 25. August 1923, das ein grelles Licht auf die Art und Weise wirft, wie der Generalkommissär seine Aufgabe auffaßt.

In dem angeführten Brief wird festgestellt, daß nach dem sogenannten „Reformplan“ für das erste Halbjahr 1923 ein Gebarungsabgang im Staatshaushalt von annähernd 2033 Milliarden Papierkronen vorgesehen ist; tatsächlich habe jedoch das Defizit bloß 1235 Milliarden Kronen ausgemacht, so daß sich eine Verbesserung von 798 Milliarden Kronen ergibt.

Nach den Vereinbarungen mit dem Völkerbund und den besonderen Abmachungen mit dem Generalkommissär hätte er aus den unter seiner Kontrolle stehenden Konten im ersten Halbjahr 3381 + 170 Milliarden Kronen an die österreichische Regierung freizumachen gehabt, tatsächlich überwies er bloß 3115 + 170 Milliarden Kronen, das heißt er hat einen Betrag von 266 Milliarden Kronen zurückbehalten. Dazu kommt noch, daß er auch noch am Ende des ersten Halbjahres den Rückersatz der zur Einlösung der inneren Anleihen vom Finanzminister aus dessen freien Konten verwendeten 179 Milliarden Kronen nicht durchgeführt sowie 113 Milliarden Kronen aus den Bruttoerträgen der Zölle und des Tabaks zurückbehalten hat.

Der Erfolg aller jener in den Einzelheiten oft furchtbar wirkenden Drosselungsmaßnahmen des Finanzministeriums im ersten Halbjahr besteht also darin, daß über die Vereinbarungen mit dem Völkerbund und über die besonderen Verabredungen mit dem Generalkommissär hinaus, eine Reserve von etwa 798 Milliarden Kronen angelegt worden ist, über deren überwiegenden Teil der Generalkommissär dem Finanzminister die Verfügung verwehrt.

Nach dem dritten Genfer Protokoll ist es Aufgabe des Generalkommissärs, auf der Durchführung des Reformprogramms zu bestehen und sie zu überwachen; die österreichische Regierung hat anerkannt, daß sie ohne Ermächtigung des Generalkommissärs über die Anleihebeträge nicht verfügen werde, jedoch

heißt es dort ausdrücklich, daß die Voraussetzungen, von denen der Generalkommissär seine Zustimmung zur Freigabe von Anleihebeträgen abhängig machen wird, ausschließlich die schrittweise Durchführung des Reformprogramms sicherstellen und eine Entwertung der Pfänder, die für den Anleihedienst gewidmet sind, verhindern sollen.

Die Antwort des Finanzkomitees des Völkerbundes auf die vom österreichischen Komitee des Rates gestellten Fragen, die man heranziehen muß, wenn man den Sinn der Genfer Vereinbarungen voll verstehen will, betont ausdrücklich, daß das vom Völkerbund bestimmte Programm die Konstitutivurkunde der Kontrolle und die Quelle ihrer Autorität bilden werde. „Die Kontrolle müßte seine Durchführung durchsetzen, aber sie hätte nicht die Macht, Maßnahmen zu verlangen, welche über die Grenzen dieses Programms hinausgehen oder ihm widersprechen.“ Oberster Zweck und oberste Aufgabe der Kontrolle soll also immer nur die gesicherte Durchführung des Reformprogramms sein.

Die Methode des Generalkommissärs, größere Beträge bloß deshalb anscheinend auf längere Sicht zu sperren, weil die Finanzverwaltung nicht rechtzeitig über sie verfügt hat, während gleichzeitig vom Nationalrat in Gesetzesform beschlossene Aufwendungen für kulturelle und sozialpolitische Zwecke, für unerläßlich notwendige Investitionen zurückgestellt werden müssen, scheint mit den Verheißungen über den Zweck und den Inhalt sowie über den Umfang der Kontrolle in Widerspruch zu stehen.

Es werden an die Bundesregierung die Anfragen gerichtet:

„1. Welche Antwort hat der Finanzminister auf das Schreiben des Generalkommissärs des Völkerbundes vom 25. August 1923 gegeben, in dem seine Forderung nach Freigabe gewisser ausständiger Beträge abgelehnt wurde?

2. Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um zur Verfügung über jene Beträge zu kommen, die vom Generalkommissär entgegen dem Geist der eingegangenen Verabredungen, soweit deren Inhalt der Öffentlichkeit bekannt ist, zurückbehalten werden?

3. Ist die Bundesregierung bereit, dafür zu sorgen, daß die durch die Drofflung notwendiger Auslagen gemachten Ersparnisse im Bundeshaushalt ehestens in den unerläßlich notwendigen wertschaffenden Investitionen, in der Wohnungsfürsorge und in der produktiven Erwerbslosenfürsorge Verwendung finden?

Wien, 23. November 1923.

Elbersch. Boschel. Hueber. Sever. Mayrhofer. Zwanzger. Seiz. Muchitsch. Weißer. Scheibeln. Gröger. Richter. Baumgärtel. Wihany. Widholz. Tuller. Lenz. Falle. Smitta. Zwenk. Tomtschik.“

Es wird zur I. D. übergegangen. Erster Punkt der I. D. ist die Fortsetzung der Debatte über die Regierungserklärung.

Dr. Schumacher: Hohes Haus! Ich habe mich zum Worte gemeldet, um dem Herrn Bundeskanzler den Dank der Tiroler dafür auszusprechen, daß er in seiner Antrittsrede auch der Südtiroler und ihrer gegenwärtigen Bedrängnis gedacht und insbesondere auch die Wirkung hervorgehoben hat, die diese Bedrängnis auf die Stimmung gegenüber Italien ausübt, sympathische Worte, die, von so hoher Warte aus gesprochen, nicht ungehört in der Welt verhallen können.

Vor einer Woche hat der Tiroler Landtag eine Entschließung gefaßt, die den ganzen Schmerz und die Erregung, in die uns die Kunde über die Vorgänge in Südtirol versetzt hat, in mannhaften Worten ausdrückt. Wie ich höre, hat diese Stimme aus Tirol in Italien eine sehr üble Aufnahme gefunden und ein Stürzen der Entrüstung ist die Antwort darauf. Man spricht von unberechtigter Einmischung in die inneren Verhältnisse eines anderen Staates und will es als Anmaßung empfinden, daß ein winziges Ländchen, wie unser Tirol, solches gegenüber dem großen und mächtigen Italien wagt. Allein das ist ja doch der schönste Vorzug des Rechtes, auch des Rechtes, wie es uns die Römer gelehrt haben, daß auch der Kleinste und Geringste an das Recht appellieren kann und daß es nicht Halt macht vor Großen und Mächtigen. Und um eine Verletzung des Rechtes handelt es sich, wenn man Kinder deutscher Eltern in italienische Schulen zwingt, um die Verletzung eines heiligen Rechtes (*Sehr richtig!*), wenn, wie man heute liest, selbst die Erteilung des Religionsunterrichtes den deutschen Kindern in der deutschen Muttersprache versagt bleiben soll, um eine Verletzung des Rechtes auf die Muttersprache. Im Artikel 68 des Vertrages von Saint-Germain ist dieses Recht auf die Muttersprache in bezug auf das öffentliche Unterrichtswesen formuliert. „Wenn die Bürger eines Staates“ — heißt es dort —, „die eine andere als die im Staate sonst übliche Sprache sprechen, einen beträchtlichen Teil der Bevölkerung bilden, dann soll sichergestellt werden, daß den Kindern dieser anderssprachigen Staatsbürger in den Volksschulen der Unterricht in der Muttersprache erteilt werde und daß zur Erhaltung der dafür bestimmten Schulen aus den für Unterrichtszwecke ausgeworfenen öffentlichen Mitteln ein angemessener Teil diesen zugewendet werde.“ Ich weiß sehr wohl, daß dieser Artikel nur uns Österreicher und nicht auch Italien verpflichtet. Aber wie konnte man annehmen, daß eine große Nation, wie die italienische, die doch auch als großmütig gelten will, wenn sie der Aufnahme dieses, dem modernen internationalen Rechte entnommenen Grundsatzes über den Schutz sprach-

licher Minderheiten zu Lasten Österreichs zustimmte, sich diesem wahrhaft fortschrittlichen Rechtsgrundsatz nicht auch ohne vertragsmäßige Verpflichtung, aus freien Stücken, selbst zu eigen gemacht hätte?

Aber die Mahnung an das rechtliche Gewissen wird als unberechtigte Einmischung empfunden, weil sie von außerhalb der Grenzen kommt. Ach! Keine Nation kennt so gut wie die italienische aus ihrer ganzen Geschichte die unsichtbaren Fäden, die über alle noch so drohend aufgerichteten Staatsgrenzen hinweg die Herzen verbinden. (*Lebhafte Zustimmung.*) Der Klang der Muttersprache ist es, der diese Kraft hat, der die Seelen nahe aneinander rückt, mögen noch so hohe Berge und noch so tiefe Täler dazwischenliegen. (*Lebhafte Zustimmung.*) Und wenn den einen, die diese Sprache sprechen, Wehe geschieht, dann leiden alle anderen mit. (*Rufe: So ist es!*) Wenn deutsche Mütter in Südtirol um ihre Kinder weinen, denen der Unterricht in der Muttersprache verwehrt wird, hätten dann die übrigen Deutschen stumm bleiben sollen? Die Italiener, die mit Recht ihre eigene Sprache so überaus hoch halten, hätten dann die ersten sein müssen, uns Deutsche ob solchen Stummbleibens zu verachten. (*Sehr richtig!*) Und wer hätte für die Deutschen die Stimme in diesem Falle erheben sollen? Etwa das große Deutschland draußen, das im gegenwärtigen Augenblicke, Gott sei es geklagt, selbst aus tausend Wunden blutet? Tirol, dem mit dem Kisse von Saint-Germain das Herz zerrissen wurde, hat gesprochen im Namen der Deutschen.

Ich gebe die Hoffnung nicht auf, daß doch noch eine bessere Einsicht bei den Regierenden in Italien Einkehr halten wird. Das Oberhaupt der italienischen Regierung ist irregeführt worden. Aus seinem Kreise heraus ist doch noch vor wenigen Monaten daran gearbeitet worden, mit den Führern der politischen Parteien in Südtirol ein Abkommen zu treffen, das den Deutschen ihre wichtigsten Rechte gewahrt und den inneren Frieden im Lande verbürgt hätte. Die Abmachungen waren schon weit gediehen und standen nahe vor dem Abschlusse, als unverantwortliche Stellen hindernd dazwischentrat und die ruhige, friedliche, ihre staatsbürgerlichen Pflichten in musterergültiger Weise erfüllende deutsche Bevölkerung in Südtirol als eine solche hinstellten, der man keine Rechte gewähren, sondern die man nur mit Zwang und Unterdrückung regieren könne. Diese Einflüsse sind es gewesen, die damals das Abkommen zum Scheitern brachten und dieselben Einflüsse sind es, denen jetzt das System der Unterdrückung zu danken ist. Möge doch der Weg zu den früheren friedlichen Absichten zurückgefunden werden.

Die Worte, die ich gesprochen habe, mögen wohl meinen Landsleuten zu matt und zu bedächtig erscheinen. Aber ich habe der Mahnung des Herrn

Bundeskanzler entsprechend absichtlich nicht das hochpochende Herz, sondern den kühlen Verstand sprechen lassen. Diese Worte hat das Mitgefühl mit den leidenden Brüdern in Südtirol auf meine Zunge gelegt, das Mitgefühl allein und die Absicht, vielleicht doch ein klein wenig dazu beizutragen, daß ihre leidensvolle Lage erleichtert werde. Ich habe nicht gesprochen wie einer, der Irredentismus predigen will. Wenn ich das gewollt hätte, so hätte ich ganz anders sprechen müssen. Dann hätte ich die Regierenden in Italien nicht daran mahnen dürfen, daß sie den Gemütern in Südtirol die Ruhe zurückgeben, sondern ich hätte sie auffordern müssen, die gegenwärtige Politik fortzusetzen, damit die Gemüter dort aufflammen und damit das schöne, jetzt so unglückliche deutsche Land im Süden ein Herd der Unruhe werde, der immer mehr die Augen der ganzen Welt auf sich zieht. Ich habe das nicht getan. Ich bin ein Mann des Friedens, will helfen, nicht reizen. Dem Lenker der Geschichte Italiens aber rufe ich ein Wort zu, das nicht von mir kleinem, sondern von einem Großen stammt: Der beste Grenzschutz eines Staates ist ein zufriedenes Grenzvolk. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Leuthner: Hohes Haus! Wer des Herrn Bundeskanzlers und seiner Politik Seele und Geist so recht erfassen will, der darf sich nicht an seine altentstaubige und altentsteife Rede halten, sondern der muß wohl lieber die Rede des Herrn Runschak lesen. Denn diese Rede war ein Ereignis. Lächeln Sie nicht, sie war wirklich ein Ereignis. Es dürfte zum erstenmal geschehen sein, daß hier ein Abgeordneter über einen Abgeordneten Ausdrücke gebraucht, wie wir sie in dieser Rede, die zu drei Viertel der Verherrlichung des Bundeskanzlers gewidmet war, zu hören bekamen.

Da hieß es (*liest*): „Daraus ergibt sich ganz von selbst das uneingeschränkte Vertrauen, ein Vertrauen, das kein Wenn und Aber kennt.“ Dann: „Dieses Programm ist gleichzeitig auch ein bindendes und verpflichtendes Programm für das ganze Haus, insoweit dem Hause wirklich kein Interesse höher steht als das, dem Volke und dem Vaterlande zu dienen.“

Es ist also nach der Meinung des Herrn Runschak überhaupt eine andere Politik als die des Herrn Seipel von vornherein ein Verbrechen und bedeutet geradezu Verrat am Vaterlande, bedeutet soviel als dem Vaterlande den Dienst aufzusagen, und verpflichtend ist das Programm der Regierung natürlich auch für die Opposition.

Damit es aber bei dieser Anrufung, bei dieser gebetartigen Anrufung auch an dem „Anathema sit“ nicht fehle, so wird den Sozialdemokraten, von denen Herr Runschak mit Recht voraussetzt, daß sie eine andere Auffassung von dem Regierungs-

programm des Herrn Bundeskanzlers haben, nach-
gesagt, das könne nicht mehr nur ein Mißtrauen
sein, sondern sie stünden unter der Suggestion eines
vorgefaßten bösen Vorurteils.

Nun, ist das noch eine Rede? Ist das noch eine
politische Darlegung oder ist das schon ein Gebet,
ein geschwungenes Rauchsäß in Worten, ein Der-
wischtanzen entzückter Unterwürfigkeit? Freilich klingt
da nur nach, was wir schon in den Wahlreden so
vielfach gehört haben. Aber daß im Parlament ein
solcher Ton laut wird, das muß doch eigentlich
recht seltsam berühren, das setzt doch eine Selbst-
entäußerung voraus, die man nur dann begreift,
wenn man sich vor Augen führt, wie das Ver-
hältnis zwischen Führer und Geführten in der
christlichsozialen Partei sich so sonderbar verrückt
hat. Tatsächlich ist ja seit mehr als einem Jahre
diese Partei so gänzlich auf den Namen Seipel
gestellt, so gänzlich ist Seipel ihr einziges Pro-
gramm, daß sich die ganze Partei, auch die geistig
Bedeutenderen und Begabteren in ihr, nach ihrer
politischen Bedeutung in Nullen verwandeln, daß
wir es mit 93 Nullen zu tun haben, vor die Herr
Seipel die Eins setzt, um sie zu einer Zahl zu
machen. Trotzdem hätten wir angenommen, daß wir
wenigstens im Parlament von solchen Tönen ver-
schont bleiben.

Beim ersten Anhören meinte ich, ob nicht viel-
leicht Herr Runschak, dem ja manchmal eine Bosheit
zuzumuten ist, diese übertreibenden Worte nur ge-
braucht, um einer beunruhigenden Erscheinung, die
sich unter dem ununterbrochenen Lob der bürger-
lichen Presse beim Herrn Bundeskanzler allmählich
entwickelt hat, vielleicht durch ein drastisches Heil-
mittel entgegenzuwirken. Aber dann klang der Ton
doch etwas zu aufrichtig, und so haben wir es
wirklich mit einer Prostygnosis zu tun, die — wir
müssen Vergleichbares weit in der Vergangenheit
suchen — etwa zu den zu Göttern emporgehobenen
römischen Kaisern oder zu Napoleon zurückführt,
von dem der Katechismus lehrt, daß das Volk ihm
zu Gehorsam verpflichtet sei, als aus einem kirch-
lichen, göttlichen Gebote heraus.

Über die Wüsten, persönlichkeitslosen Jahrhunderte
hinweg sendet der divus Ignatius, gebürtig aus
Meidling, an die divi Augusti und Napoleone
seinen Gruß. Vielleicht sehen Sie sich einmal das
Profil des Herrn Bundeskanzlers an. Ist es nicht
ganz und gar das eines schwarzen petit corporal,
eines Napoleons avec la calotte? Als die ersten
Symptome dieser megalomaniachen Verstörung hervor-
traten, habe ich mir — ich glaube, es war in
einer Kabinettsratsitzung — erlaubt, den Herrn
Bundeskanzler aufmerksam zu machen, daß für sein
imperatorisches Gliederreden eigentlich unser Öster-
reich etwas zu klein sei, daß, wenn man den Julius
Cäsar auf der Schmiere von Oberhollabrunn auf-

führen wolle, die Tragödie sich unmittelbar in eine
Posse auflöst. Aber es scheint, daß es Krankheiten
gibt, die sich durch Zuspruch nicht heilen lassen,
und vielleicht wird in der Fortdauer der Entwick-
lung der Zeitpunkt nahekommen, wo die Sache
weniger die Politiker als einen kundigen Seelen-
arzt interessiert.

Indessen, meine Herren und Damen, müssen wir
uns trotzdem mit der Tatsache als mit einer ernsten,
ja als mit einer die Politik beherrschenden befassen,
daß bei der völligen Unterwerfung der christlich-
sozialen Partei unter den persönlichen Willen Seipels
und bei der noch völligeren Unterwürfigkeit der
Großdeutschen die Persönlichkeit des Herrn Seipel
und seine Art, das Wesen unserer Politik in der
nächsten Zeit fast ausschließlich bestimmen wird.
Und da müssen Sie mich schon entschuldigen, wenn
ich bei der Analyse dieser Persönlichkeit zu etwas
anderen Schlüssen kommen werde als der Herr
Abg. Runschak.

Der Herr Bundeskanzler Seipel wird uns
empfohlen als der Leitstern der künftigen Politik.
Wir sollen von seinem Programm nicht abweichen
dürfen und sein Programm ist so befestigt in den
tieftsten Grundlagen der Vernunft, daß dagegen zu
streiten von vornherein nur böse Absicht bedeuten
kann. Aber dann wird man sich doch die Frage
erlauben dürfen, ob denn in der Politik des Herrn
Bundeskanzlers selbst diese Festigkeit, diese Sicher-
heit des Ganges zu sehen ist. Es war ein petit
fait unseres Wahlkampfes, das dann später unserem
Bundeskanzler einigermaßen unangenehm wurde, als
er damals in Wiener Neustadt auf einmal ver-
kündete, es müsse der Mieterschutz abgebaut werden.
(Zwischenrufe Spalowsky.) Bitte, vielleicht wollen
Sie die Rede halten? (Neuerliche Zwischenrufe.)

Präsident **Gleditsch** (welcher während vorstehender
Ausführungen den Vorsitz übernommen hat): Ich
bitte, den Redner nicht zu unterbrechen.

Reuthner: Er sagte, man müsse im Wohnrecht
und Mietrecht zu ähnlichen Verhältnissen zurück-
kehren, wie sie vor dem Kriege bestanden. Das ist
ein Programm, mit aller Deutlichkeit ausgesprochen,
mit so klaren Worten ausgesprochen, daß da nicht
ein Buchstabe wegzunehmen und nicht ein Buchstabe
hinzuzufügen ist. Bitte, man kann dieser Auffassung
sein und es würde ja dafür sprechen, daß das die
wirkliche Überzeugung des Herrn Bundeskanzlers
war, weil er fast genau mit denselben Worten genau
ein Jahr vorher in einer Wiener Versammlung sich
gegen den Mieterschutz ausgesprochen hat. Aber wie
kommt es dann, daß, als die unangenehmen
Wirkungen der Rede hervortraten, nicht nur der
dazu beauftragte Herr Runschak, der dazu befohlene
Herr Schmitz und die „Reichspost“ abzumildern,
abzuschwächen, zu verhüllen begannen, sondern der

Herr Bundeskanzler selbst nicht gesagt haben wollte, was er gesagt hatte, und an seinen eigenen Worten wie an einem heißen Brei vorbeiging? Er hat sie zwar nicht zurückgenommen und es gibt sogar Leute, die behaupten, er wolle doch wieder verhüllen, den Inhalt seiner Worte zu verwirklichen, aber er hat sie doch verdeckt und versteckt. Und nun frage ich: wie sollen wir den Herrn Bundeskanzler und seine Politik als Leitstern nehmen, wenn wir sehen, daß er in einer Frage, die grundsätzlich ist für das ganze Wirtschaftsleben dieses Landes, reine Wahldemagogie macht? Denn in dem Augenblick, in dem er diese Rede hielt, war es ihm weniger darum zu tun, einen wirtschaftspolitischen Grundsatz einer künftigen Politik auszusprechen, sondern er hat damit in das Intriguenspiel zwischen dem Landbund und den christlichsozialen Agrariern in Steiermark hineingreifen wollen und als er sah, daß das, was er dort gewonnen haben konnte, in Wien verloren ging, drehte er den Kurs um 90 Grad wieder herum. Ich meine, das kann sich ein gewöhnlicher Versammlungsredner erlauben, aber einen Bundeskanzler, der Dinge, an der das Wohl und Wehe von Hunderttausenden, ja von Millionen Menschen hängt, zu einem bloßen Spiel der Wahldemagogie herabdrückt, wird man schwerlich als einen unfehlbaren Führer in der Politik anerkennen können. Und dabei tritt auch gerade hier wieder besorgniserregend die Selbstüberschätzung des Herrn Kanzlers hervor. Er hat ganz offenkundig diese Rede nur gehalten, weil er, beauftragt durch die Lobespjalmen, die ihm täglich aus der bürgerlichen Presse entgegenblöhen, der Meinung war, er könne alles sich erlauben, er könne die stärksten Interessen, Lebensinteressen herausfordern, er, der Sanierer, der Salvator Austriae, sei gegen jeden Angriff gefeit.

Es fällt in dieselbe Woche manischer Erregung seines Geisteszustandes, daß die „Reichspost“ ihr berühmtes Programm: Verschmelzung der Monarchisten mit den Christlichsozialen verkündete. Auch hier möchte ich mich in keine Entrüstung ergießen über die darin hervortretende seltsame Gesinnung — wie soll ich mich ausdrücken — Gesinnungsamplitude, Gesinnungsweite. Die sind wir von den Herren Christlichsozialen gewöhnt. Aber ich frage: was konnte den Herrn Bundeskanzler damals veranlaßt haben, so gasilich Monarchisten in seine Partei aufzunehmen? Um den Monarchismus in seiner Partei zu stärken? Das war nicht nötig, denn dort gibt es so viele versteckte Monarchisten, daß den Republikanern in seiner Partei der Luftraum sehr eng wird. (Heiterkeit.) Es muß also doch eine bestimmte Absicht vorhanden gewesen sein. Der Mann muß der Meinung gewesen sein, jetzt ist der Augenblick gekommen, wo ich meine Maske lüften darf, ich bin der sieghafte Seipel, für mich beten täglich

Benedikt und Sieghardt ein Gebet zum Himmel, ich muß auch das vermögen, ich kann mir auch das erlauben. Was man sonst damals als Entschuldigung für diese Verschmelzung vorgebracht hat, das hat sicherlich niemand ernst genommen, am wenigsten ein geistig so hoch stehender Mensch, wie der Bundeskanzler selber. Man behauptete, die Vermischung von monarchistisch und christlichsozial bedeute ja keinen Abfall vom republikanischen Programm, weil man in den wesentlichen Punkten im Sanierungsprogramm doch mit den Monarchisten übereinstimme und, eben was die Frage Republik und Monarchie anbelange, so sei das eine rein verfassungsrechtliche Frage. So etwas kann natürlich auf dem dem geduldigen Papier der „Reichspost“ stehen, aber jeder Politiker und der Herr Bundeskanzler als ein so hervorragender Politiker weiß es ganz wohl, daß die Frage, ob Republik oder Monarchie, jeden Augenblick aktuell ist, sich in alle politischen Aktionen einmengt und einfließt, und daß namentlich in unseren Tagen, wo die Republik täglich Gefahren begegnet, täglich auch die Frage Republik und Monarchie bei jeder Handlung erörtert werden kann. Wenn ich also erklärte Monarchisten, ausgesprochene Monarchisten in meine Partei aufnehme, so bedeutet das einen offenen Abfall von der Republik. (Lebhafter Beifall.) Das kann niemand, mit keiner Argumentation, widerlegen. Aber wozu geschieht dieser Abfall? Er war, wie gesagt, ohnedies nicht nötig, da ja die meisten Christlichsozialen von nichts abzufallen hatten, wenn es dabei auf republikanische Gesinnung ankam. Es geschah doch offenbar darum, weil dem Herrn Bundeskanzler Seipel in dem Nebel der Beweihräucherung und Selbstüberhebung, in dem er lebt, das Maß des Möglichen zu schwinden begann. Was soll man nun aber von einem Bundeskanzler sagen, der unter welchen Umständen immer, und würde auch ein Wahlsieg, der größte Wahlsieg, der sich für die Christlichsozialen denken läßt, eingetreten sein, die Wiederherstellung einer Monarchie in einem Lande für denkbar hält, in dem diese Monarchie doch nur auf den Bajonetten der Franzosen oder unter ihrem Gebote einmarschieren könnte und in dem die Monarchie doch nichts anderes sein könnte als das Ergebnis des blutigsten und vernichtendsten Bürgerkrieges! Wenn aber diese Erwägung dem Herrn Bundeskanzler nicht vor Augen trat — ja, wo ist dann der Staatsmann? Freilich hat dank dem Wiener Wahlergebnisse diese monarchistische Alliance, von der man dann während des Wahlkampfes nicht mehr gerne sprach, einen sehr kläglichen Ausgang genommen und an Stelle der Ausichten in eine habsburgische Zukunft ist nichts zum Vorschein gekommen als ein Herr Wense, der auf der Strickleiter des zweiten Ermittlungsverfahrens hier in das Haus hereingeklettert ist. Nun, ein so treuer Anhänger der Habsburger der Herr Wense

auch ist, der Herr Bundeskanzler wird sich irren, wenn er glaubt, daß sei der Löwe von Aspern. (Heiterkeit.) Herr Wense erinnert vielmehr an andere noch berühmtere Skulpturen, die bekanntlich Friedrich der Große in Potsdam hat aufrichten lassen. Es ist mit einem Wort die ganze monarchistische Aktion des Herrn Seipel Wind und Windhund geworden. Denn ich kann Ihnen so ganz persönlich mitteilen: als ich den Herrn Wense hier eintreten sah, begann so ein dunkles Erinnerungsbild aus den Tagen meiner Mitgliedschaft in der Delegation in mir aufzutauchen. Ich erinnerte mich an eine Schar von jungen Leuten, die da in einer Saalecke beisammen standen. Es gibt einen Teil, nur einen kleinen Teil der Beamten, für den das Wiener Wort „Schlieserl“ eigens geschaffen worden ist. Diese Gruppe von Beamten, deren Verhalten den Abgeordneten und Vorgesetzten gegenüber auf den Ton: „Bitte sehr! Bitte gleich!“ gestimmt ist. Nein, Herr Wense wird kein Löwe sein. Wollen sie uns einreden, wir müßten uns der Führung eines Mannes anvertrauen, der eine so lärmende Aktion unmittelbar vor den Wahlen in Szene setzt und als deren einziges Ergebnis Herrn Wense gewinnt? Ich glaube, das heißt uns zu viel zumuten.

Aber, meine Frauen und Herren, der Zweifel an der Haltbarkeit der Politik des Herrn Bundeskanzlers steigert sich, wenn man die übrigen Handlungen und Vorgangsweisen verfolgt. Es ist doch so, daß wir bei allem, was er getan hat, jedesmal auch beobachten können, daß er, wenn die Verhältnisse es irgendwie unangenehm erscheinen ließen, die eingeschlagene Richtung festzuhalten, zum Gegenteil hinüberpringen konnte, und dabei ist merkwürdig: jedesmal mengt sich in seine politischen Handlungen ein solch starker Zusatz rein persönlicher Eitelkeit hinein. Ist es nicht bedauernswert, daß ein Mann, der so hoch gestiegen und mächtig geworden ist, so wenig Kontrolle über seine Leidenschaften hat. Erinnern Sie sich an die Verhandlungen mit den Beamten im vorigen Jahre, wo der Index herausprang, lediglich oder wenigstens zum größten Teil aus dem Grunde, weil der Herr Bundeskanzler die Genugtuung haben wollte, für die nächsten paar Wochen nicht nachgegeben zu haben. Erinnern Sie sich an den ähnlichen Verlauf der Verhandlungen in diesem Jahre. Immer wieder dieselbe Erscheinung. Es werden Konflikte heraufbeschworen, nur weil der Herr Bundeskanzler den Gebieter, den Imperator spielen will, und wenn das Imperatorische nicht geht, dann wird etwas, was der Herr Bundeskanzler von seinem Standpunkt aus als Staatsinteresse gehalten hat — ob es Staatsinteresse war, ist eine andere Frage — verausgabt, weggegeben, hingezahlt, um dem Herrn Bundeskanzler die Kosten seiner persönlichen Eitelkeit zu ersparen. Und gilt das von dem Inhalte der Politik des Herrn Bundeskanzlers, so gilt es vielfach

auch von der Form. Es fällt mir gar nicht ein — behüte, daß das jemand glaube —, dem Herrn Bundeskanzler aus seiner lebhaften Beteiligung an den Wahlen irgendeinen Vorwurf zu machen — im Gegenteil: ich lobe sie. In diesem regen, rastlosen Kampfe gegen uns, da liegt ein Stück Demokratie, das wir auch am Gegner anerkennen. Und gerade weil man immer so die Würde der monarchischen Vergangenheit der Würdelosigkeit von heute entgegenhält, möchte ich, der diese monarchistische Vergangenheit von persönlichen Eindrücken her noch kennt, Ihnen sagen: Sie irren sich! Die Verehrung des Vergangenen gilt einem leeren Phantom, nein, sie gilt weniger als einem leeren Phantom, sie gilt einem Haubenstock. Ich habe in den Delegationen Gelegenheit gehabt, zweimal zu vier Wochen mit allen möglichen Starhembergs, Schönburgs usw. auf das genaueste zu verkehren, und es gehört zu den heitersten Erinnerungen meines Lebens, wie mein Witz mit diesen monarchistischen Krautköpfen sein Spiel getrieben hat. Und wenn man sich der angeblich so ernstern, würdigen Beamten der Vergangenheit erinnert, so taucht sofort das Bild der Minister auf, die an einem von einem Unterbeamten zusammengestoppelten Reserate klebten, an einem Papier, das sie beim Reden ängstlich in der Hand hielten. Und selbst an dem Tage, an dem mit schwerem Flügelkrausen das Schicksal durch das Parlament zog und die Schatten der sterbenden Monarchie sich auf das Haus niedersenkten, selbst damals stand ein Minister, ein Beamter und sogar Professor da und hatte nichts zu sagen, als was ihm der Akzenton seines Konzeptes eingab. Und in dem Hohn und in dem kalten Schweigen des Hauses sank er förmlich nieder in sein Nichts. Nein, meine sehr Geehrten, die Erinnerung an die Vergangenheit ist eine Erinnerung an Lächerliches, ist eine Erinnerung an eine Monarchie, die nicht einmal würdig zu sterben wußte. Es wird mir nie einfallen, vom Herrn Bundeskanzler irgendwelche Eigenschaften zu verlangen, die die bürgerliche Presse stets an diesen Amtsträgern der Vergangenheit als ernst und würdig lobt. Mir gefällt seine Art, zu kämpfen, hinauszugehen, täglich drei, vier und fünf Versammlungen abzuhalten.

Aber so sehr mir dies gefällt, so gibt es doch für einen Bundeskanzler gewisse Grenzen auch dann, wenn man ihm aus Gründen und Überlegungen der Demokratie das weiteste Maß der Redefreiheit zugestehen muß. Wenn der Bundeskanzler in einer Versammlung von den Leistungen der Wiener Gemeinde in kindischen Witzten redet, wenn er, obwohl er weiß, daß durch große Aktionen produktiver Arbeitslosenfürsorge Tausende von Arbeitslosen dank der Kraft und Tüchtigkeit der Wiener Gemeinde dem Glend und der Not entrissen worden sind, wenn er, was ja sein Recht wäre, nicht durch

herabziehende entwertende Worte, durch die Darstellung seiner eigenen Leistungen wider die Leistungen der Gemeinde streitet, sondern über die Wiederherstellung Wiens nichts vorzubringen hat als den albernen Scherz vom Asphaltkübel und dem Sandhäuflein: so muß ich sagen, das ist eines Bundeskanzlers, dem wir ohne Wenn und Aber zu folgen hätten, wahrlich doch nicht würdig. Das ist eine Methode, die ich, wenn ich Seipel wäre, dem Herrn Runschaf und dem Herrn Schönplugg überließe; dem Herrn Runschaf, der nie etwas anderes geredet hat als Schönpluggsche Bilderideen und Herrn Schönplugg, der den Wahrheitsinn der Runschafschen Politik durch seinen Stiff vergegenständlicht. Was könnte es Herrn Runschaf schaden, dem Mann, der in ganz Wien berühmt und populär ist als der „Sechskronenmehl-Runschaf“, wenn er auch noch den Kübel mit dem Asphalt auf seinem Gewissen hätte? Aber zu dem Bundeskanzler will der Asphaltkübel nicht wohl passen. Nach solchem Vorkommnisse, noch bedeckt vom Ruffe des Lügenrauchs der Wahlen, stellt sich der Herr Bundeskanzler her und mit der rundesten Gebärde, die ihm seine priesterliche Erziehung gelehrt hat, mahnt er: Sachlich! Sachlich! Sachlich! — Wir werden auf diese Aufforderung zur Sachlichkeit überhaupt nicht antworten. Die Antwort übernimmt ein anderer: Da lachen alle Rüche. Man muß sich aber nun doch fragen, wie denn bei diesen merkwürdigen Eigenschaften, die der Herr Bundeskanzler immer deutlicher und deutlicher ausprägt, die volle Unterwerfung seiner Partei ihm gegenüber so fortbestehen kann. Der Herr Abg. Runschaf hat uns da erzählt, das Wort „erzählt“ ist ganz falsch, er hat fast in einem Gebeizstone uns beschworen, wir müssen unsere Herzen zur Dankbarkeit gegen diesen Bundeskanzler erheben, der, indem er den Dollarkurs der Krone hält, nicht nur damit den Staat gerettet, sondern auch der Sozialdemokratie ihren Wirkungskreis gegeben und bewahrt hat. Wenn wir heute im Namen von zwei Fünfteln der Bevölkerung Deutschösterreichs sprechen können, so verdanken wir dies bloß dem festen Dollarkurs der Krone. Ich meine, der Herr Runschaf überträgt da Erlebnisse, die seine eigene Partei hatte, auf den Staat und auf unsere Partei. Für ihn steht der Fall freilich so — für ihn und seine Partei. Zwei Jahre christlichsozialer Wirtschaft, 1920 bis 1922, haben genügt, um die christlichsoziale Partei in den vollständigen Bankerott herabzudrücken, und wäre man im August des Jahres 1922 zur Wahl geschritten, so würde bis auf ein paar feste Burgen auf dem Lande und in den Alpentälern draußen wohl die christlichsoziale Partei glatt vom Erdboden verschwunden sein. Das wissen die Christlichsozialen; sie wissen auch, daß, was sie wieder zum Leben erweckt, lebensfähig gemacht hat, eben diese Sanierungs-

aktion, dieser Sanierungsschwindel war, der dann mit einem Male die Erinnerung der Menschen — die Erinnerung der Menschen ist ja so beweglich — von den ungeheuerlichen Tatsachen dieser zwei Jahre ablenkte, in dem Gedächtnis der Menschen die Wahrheit erstickte, daß in Wirklichkeit die ganze Sanierung des Herrn Seipel oder wenigstens ihr bester Teil nur Arbeit ist, das wieder mühselig zusammenzukleben, was die Unfähigkeit seiner eigenen und der Politik seiner Parteigenossen in zwei Jahren vernichtet hat. (Beifall und Händeklatschen.) Aber natürlich, in dem Augenblick, wo die christlichsoziale Partei in dieser Sanierungslosung einen letzten Anker sah, in diesem Augenblick wurde die ganze Politik jedes anderen Inhaltes beraubt und rein auf die Person des Herrn Seipel zugespitzt. Gerade die schlauesten politischen Macher der christlichsozialen Partei erkannten sehr wohl: Wir müssen aus dem Gedächtnis der Menschen verschwinden, wir müssen in einer neuen Erscheinung vor die Deutschösterreicher treten, nicht mehr in der Erscheinung der christlichsozialen Partei und der traurigen Erinnerungen ihrer Unfähigkeit, die sie in den letzten vier Jahren angehäuft hatte, sondern in der Erscheinung des in das Gigantische, in das Halbgöttliche hinaufgeschwindelten Seipel — eine Vergöttlichung, die ja nur gelang, weil die gesamte kapitalistische Presse täglich und stündlich im Sinne dieser Idolatrie arbeitete. Und da haben — ich kann mir das wohl vorstellen — die Begabteren und die Tüchtigeren unter Ihnen mit einem inneren Knirschen sich ihrer Individualität, ihrer Selbstständigkeit vollständig entkleidet und sich zu einem bloßen namenlosen, unterschiedslosen, individualitätslosen Anhang des einen Mannes gemacht. Seipel hin, Seipel her, Seipel in allen Versammlungen, Seipel als das einzige Programm, Seipel als der Mann, dessen Programmworte nicht mehr eine Regierungserklärung sind, sondern ein Kapitel aus der Bibel, ein Absatz aus dem Katechismus — das ist das Ergebnis einer Politik, die beim völligen Bankerott angelangt war und nun die rettende Hand küßt, untertänig küßt, auch wenn sich die freieren und unabhängigeren Geister in ihrer Partei innerlich dagegen auflehnen. Wir verstehen also sehr gut, daß Sie solche Dankgefühle gegenüber dem Herrn Seipel hegen. Aber Sie können Ihren Retter nicht mit dem Retter des Landes oder gar noch Ihrer Gegner verwechseln. Und dann frage ich Sie: Rettung und Sanierungswerk? Sehen Sie sich doch dieses Sanierungswerk ein bißchen an. Sie werden sofort wahrnehmen, daß es so ganz wie Minerva aus dem Haupte des Zeus aus dem Kopf des Herrn Seipel nicht entsprungen ist. Wenn man den Herrn Seipel hätte so sanieren lassen, wie er wollte, dann gäbe es ja überhaupt kein Parlament mehr (Sehr richtig!),

dann brauchten Sie sich gar nicht mehr zu versammeln oder höchstens zu dem Zweck, um ihr Gelöbnis abzulegen, und darauf wieder für einige Monate in den Frieden ihrer Alpenländer zurückzukehren, weil hier — auch bei der so entwickelten Kunst, Scheinarbeit vorzutäuschen — gar nichts als Tagesordnung herzurichten gewesen wäre. Es war doch die Absicht des Herrn Seipel, unser Parlament vollständig auszuweiden und zum Herrn des Staates seine Regierung zu machen. Und was ist anstatt des erstrebten Regierungsabsolutismus wirklich gekommen? Der Kabinettsrat, von dem Sie gut wissen, daß er ja nur den andern, denen draußen, eine besondere Ermächtigung der Regierung vorzutäuschen soll, während er doch in Wahrheit nichts anderes ist als der Auszug dieses Parlaments und in jeder seiner Handlungen an den Nationalrat gebunden ist. Ja, meine sehr Geehrten, wenn die Sanierung, das Sanierungswerk, das Sie so bejubeln, wirklich das Sanierungswerk des Herrn Seipel wäre, sowie er es geplant und in sieben oder acht Umarbeitungen herausgeschnitzelt hat, dann wäre ja auch in den wichtigsten wirtschaftlichen Belangen nicht nur das Parlament, sondern wahrscheinlich überhaupt alles, was die Interessen des Inlandes zu vertreten hat, stumm und handlungsunfähig, einflußlos, dann würde der Zoll bestimmt werden scheinbar vom Herrn Seipel, in Wirklichkeit aber von den Leuten, die hinter dem Zimmermann die Bankinteressen des Auslandes verfechten. Endlich wenn das Sanierungswerk so hätte gelingen sollen, wie es der Herr Seipel zum Plan gehabt hat, dann würde auch unsere Industrie, der man die schwersten Lasten in anderen Formen auferlegt hat, unter der Verteuerung der Betriebskraft, unter der Verteuerung des Lichtes dahinsiechen. Daß Ihre Sanierung überhaupt möglich geworden ist, daß Sie an der Seipelschen Sanierung nicht politisch und wirtschaftlich erstickt sind, das danken Sie ausschließlich unserem Widerstand gegen die Art, wie Sie diesen Staat sanieren wollten. *(Beifall und Händeklatschen.)* Sie waren auf dem schönsten Weg, den Kranken durch Gurgelabschneiden zu heilen. *(Sehr gut!)* Also, meine sehr Geehrten, Sie befinden sich in der Darstellung der Vergangenheit und einer nächst vergangenen Zeit in sehr großen Irrtümern.

Aber ich glaube, daß sich das Maß des Irrtums steigert, wenn man seinen Blick von den Christlich-sozialen ein wenig den Großdeutschen zuwendet. Der Herr Präsident Dr. Dinghofer hat uns gestern gesagt, daß er den Ausgang der Wahlen für seine Partei als nicht ganz günstig bezeichnen müsse. Nun, der Ausdruck ist nicht heftig — das kann man nicht behaupten. *(Heiterkeit.)* Aber sehen Sie, es gibt Patienten, die die Eigentümlichkeit haben — und man muß es ihnen wohl verzeihen —

daß sie gerne ihre Krankheit herabssetzen, in einem milderen Licht erscheinen lassen, während andere Patienten bekanntlich wieder ihre Krankheitszustände gern übertreiben. Zu den Patienten der ersten Art gehören Kranke, die gerne einen Versicherungsvertrag zustande brächten, und Parteien, die aus einer schweren Wahlniederlage heimkehren und der Welt noch immer einreden wollen, daß sie doch eigentlich noch am Leben seien. *(Heiterkeit.)* Aber so munter und fröhlich der Herr Dinghofer hier getan hat — ich habe halt ein so weiches Herz und ich kann mich des Mitleids nicht entschlagen. Und dieses Mitleid mit den Großdeutschen steigt, wenn ich daran denke, daß ihnen doch das ganze Malheur in ihrer Ehe passiert ist. *(Heiterkeit.)* In dieser Ehe, von der Kunschak hier fast mit Tränen in den Augen sagte: Treue um Treue! *(Lebhafte Heiterkeit. — Zustimmung.)*

Die Ehe, meine Herren und Damen, hat verschiedene Formen. Im Liebesleben der Insekten, dessen Kenntnis in allem seinem Gestaltenreichtum, in seinen grotesken und überraschenden Formen wir vor allem der Meisterhand Fabers verdanken, ist der bekannteste Fall der der Spinne. Diese angenehme Gemahlin langt, wenn die Tat vollbracht ist, ihren etwas kurz geratenen Gatten, der seine Schuldigkeit vollbracht hat, heran und ist ihn zum Dessert auf. *(Heiterkeit.)* Nun sollte man annehmen, daß die Beschäftigung mit Moral und mit Moralthologie die Sitten säufigt und Leidenschaften bändigt. Aber wir mußten an dem Herrn Bundeskanzler ganz ähnliche wüste Gelüste wahrnehmen. *(Heiterkeit.)* Er hat das ganze Stimmenfleisch von dem Parteikörper der Großdeutschen aufgeessen und hat es sich prächtig schmecken lassen und erst als auf der Wahlschüssel nur noch die Knochen lagen, erinnerte er sich seiner Gattinstreue *(lebhaft Heiterkeit)* und beschloß, die sterblichen Überreste der Großdeutschen hier im vierten Sektor des Saales in der Form von Nestmandataren zur ewigen Ruhe zu bestatten. *(Schallende Heiterkeit. — Beifall und Händeklatschen.)*

Der Herr Präsident Dinghofer irrt sich, nicht nur in der Diagnose der Krankheit seiner Partei, sondern auch in der Ätiologie, in der Darstellung der Ursachen des schweren Wahlnalles. Er sagt: Wir haben uns für die Sanierung geopfert, wir haben uns für das Volk geopfert, wir haben unsere Parteiinteressen für das größere Interesse des Vaterlandes dahingegeben. Er hat uns eine kleindeutsche und eine großdeutsche Ursache des großdeutschen Stimmenschwunds, der großdeutschen Niederlage zum Besten gegeben. Ich glaube, der Herr Präsident Dinghofer — die Umstände gebieten, da vieles zu entschuldigen — verwechselt die Dinge ein wenig in ihrer zeitlichen Aufeinanderfolge. Die Herren Großdeutschen haben ihr starkes Hindrängen

zur Regierung schon viele Monate früher an den Tag gelegt, bevor noch von der Sanierung die Rede war. Vielleicht wird, da wir es doch alle gemeinsam erlebt haben, eine kurze Rekapitulation genügen, die Tatsachen in ihrer wahren Gestalt wieder herzustellen. Erinnern Sie sich vielleicht an gewisse Vorgänge im Budgetausschuß, in deren Folge die Regierung Schober vom Schauplatz verschwinden mußte? Kurz darauf — ich in meinem bösen Herzen vermute: schon viel früher — hat sich jene enge freundschaftliche, ja eheliche Verknüpfung zwischen Herrn Seipel und den Großdeutschen herausgebildet, die wahrscheinlich in dem gemeinsamen Jagdglück, das sie gegenüber dem Herrn Schober hatten, ihren stärksten Anknüpfungspunkt fand. Jedenfalls gelangten die Herren dann sofort in die Regierung, ohne erst zu warten, bis die Frage der Rettung zur Erörterung kam.

Und dann die Hingabe an das Sanierungswerk! Ich glaube, daß diesen Worten des Herrn Präsidenten sehr stark widerspricht, was wir vor ein paar Wochen aus dem Munde oder aus der Feder, ich weiß es nicht mehr genau, des Herrn Kraft zu hören oder zu lesen bekamen. Denn da hieß es ja, es gebe eigentlich gar keine Sanierung, es sei nur eine Hinausschiebung der Schwierigkeiten bis zum Ende des Jahres 1924. Erst dann, wenn es Ende 1924 oder Anfangs 1925 gelingen sollte, das Gleichgewicht in den Finanzen herzustellen, werde man ernsthaft behaupten können, Österreich sei saniert. Und in den Börsenkreisen sei das Vertrauen zur Sanierung so gering — ich bitte, das geht nicht auf meine Verantwortung, sondern auf die des Herrn Kraft —, daß man schon wieder mit dem Fallen der Krone rechne. Ich weiß, die Großdeutschen selbst schätzen Herrn Kraft als Sachmann ebenso ein wie wir. (*Heiterkeit.*) Aber hier kommt es nicht auf die sachmännische Bedeutung und das sachmännische Gewicht seines Urteiles an, sondern darauf, daß er zu jener Zeit Minister in der Regierung Seipels war, daß er also als Subjekt die Gründe erlebt hat, die die Großdeutschen bestimmten, wegen der Sanierung in der Koalition zu verharren. Sie sehen, dieser Mann, der das eigentliche Wirtschaftsreffort Ihrer Partei innehatte, hat sich aufgeopfert, er hat sein Portefeuille behalten und hat doch an die Sanierung nicht geglaubt. Der Zusammenhang der Dinge dürfte also doch ein anderer sein.

Trotzdem glaube ich ohne weiteres, daß der Herr Kunschak allen Grund hat, Sie zu lieben und zu schätzen. Er hat vielleicht den stärksten Grund dazu und er darf es auch als ein besonderes Glück ansehen, daß zwei Minister aus Ihren Reihen entnommen wurden, obwohl ich wenigstens von einem der Herren Abgeordneten der christlich-sozialen Partei vermute, daß er über die richtige

Besetzung des Verkehrs- und Handelsministeriums anderer Meinung ist, als sie der Herr Kunschak vorgestern hier ausgesprochen hat.

Ich verstehe schon, warum der Herr Kunschak so spricht. Er, der ja nie nach einem Regierungsposten auszieht, daher die Dinge weniger auf das Verhältnis zwischen der Tüchtigkeit des Mannes, seiner Eignung und den besonderen Erfordernissen des Portefeuilles untersucht, wie es der andere prominente christlichsoziale Abgeordnete tut, auf den ich mich hier bezogen habe: Kunschak, der vielmehr die politischen Gesamtwirkungen eines solchen Bündnisses im Auge hat, er sagt mit Recht: Das ist wirklich eine Regierungspartei, das ist die einer Regierung sicherste Partei, das ist sozusagen die Regierungspartei schlechthin, denn sie ist ja nur die Regierung, nicht wahr? Und wenn eine Partei fast nur aus drei Leuten besteht, die alle im Präsidium und im Ministerium sitzen, so kann man sich auf sie unbedingt verlassen. (*Heiterkeit.*) Ich weiß nicht, ob das Gerücht wahr ist, aber es soll im großdeutschen Klub gestern oder vorgestern beschlossen worden sein, daß, um unliebsamen Vorkommnissen zu begegnen, folgendes Verfahren einzuhalten sei: Ist der Präsidentenstuhl großdeutsch besetzt, so müssen die Ministerstühle leer bleiben, und überhaupt ist es vorzuziehen, daß immer nur einer der drei Plätze besetzt wird, weil sonst die Gefahr besteht, es könnte die Partei innerhalb dieses Versammlungsraumes aus dem Bereiche der Sichtbarkeit verschwinden. (*Heiterkeit.*)

Es ist also, wie ich Ihnen bewiesen zu haben glaube, das Schicksal der Großdeutschen weit tragischer, als der Herr Dinghofer zugeben will, und auch die Ursachen sind andere. Bleiben wir noch ein wenig bei diesen Ursachen. Herr Dinghofer hat uns zum Beispiel gesagt, er wisse nichts von einer Benachteiligung der Schulen durch die Sanierung. Und er sprach so, als handle es sich nur um dunkle Gerüchte, die etwa von sozialdemokratischer Bosheit in die Welt gesetzt worden sind. Ich weiß ja nicht, wie der Herr Präsident in Linz mit seinem Nachrichtenendienst daran ist. Aber hier handelt es sich doch wirklich um Tatsachen, die unbestreitbar und so oft erörtert worden sind, daß man ihnen mit keinem Zweifel entgetreten kann. Es handelt sich zum Beispiel um die Tatsache, daß der klerikale Schulausschuß des Tiroler Landtages beschlossen hat: nach Anhörung des Landesesschulrates wird für die Schuljahre 1923 bis 1926 die festgesetzte Durchschnittschülerzahl auf 70, beziehungsweise 140 erhöht (*Hört!*) und nach diesem Verhältnis die Zahl der Lehrkräfte bestimmt. Tirol, wird sich der Herr Dinghofer vielleicht entschuldigen, das ist ja schon durch den Verlust des Herrn Straßner so weit von der Kulturzone abgerückt. Aber ich muß ihm leider mitteilen, daß in dem Lande, in dem

der Herr Abgeordnete — Verzeihung, der Herr Handelsminister Schürff — gewählt wurde, die Dinge nur deshalb um ein Haar besser stehen, weil die Sozialdemokraten im Landtage gegen die Abbanabsichten der Christlichsozialen die schärfste Gegenwehr eröffnet haben. Denn die ursprüngliche Absicht war, dort 1900 Schulklassen überhaupt abzuschaffen, und es ist gelungen, die Zahl dieser gesperrten Schulklassen auf nur — man muß hier leider sagen: nur — 601 zu beschränken. Die Wirkung davon ist allerdings so, daß man trotzdem manchmal zu Tiroler Zuständen kommt. Da haben Sie zum Beispiel den Ort Harmannschlag im Bezirke Gmünd. Dort sitzen nicht weniger als 113 Kinder in einer Schulklasse (*Hört!*), was doch für Niederösterreich eine reichlich hohe Zahl sein wird. Es gibt eine ganze Reihe von Ortschaften in anderen Bezirken mit 83, mit 70 und mit 75 Kindern in einer Klasse. Aus Oberösterreich liegen mir amtliche Ziffern nicht vor. Was man aber außeramtlich vernimmt, läßt darauf schließen, daß dort die Dinge noch weit schlimmer stehen. Das einzige Kärnten hat sich verhältnismäßig am meisten vor dem Abbau bewahren können, solange dort im Landtage die Sozialdemokratie entscheidend war. Was jetzt sein wird, wenn die Sanierer Österreichs auch Kärnten verwalten, werden wir ja demnächst erleben.

Ist aber das alles Herrn Dinghofer noch zu wenig, dann muß man zu dem Gedanken kommen, daß er wohl in einer Vertauschung der Begriffe die Wahlform, die er so bevorzugt, daß nämlich alle Wähler in einem einzigen Wahlkreis abzustimmen hätten, auf die Schule anwendet und sich etwa vorstellt, daß die Sanierung erst dann vollendet wäre, wenn wir alle Kinder von ganz Deutschösterreich in eine einzige Schulstube zusammenführten: das wäre der Höhepunkt des Abbaues, denn so hätten wir nur einen einzigen Lehrer. Wenn Ihnen das grotesk erscheint: mir kommen die 113 Kinder und erst recht die 140 Kinder in einer Klasse ebenso grotesk vor und es kommt mir noch grotesker vor, wenn ein Mann, der von kleindeutschen und großdeutschen Völkern redet, wenn ein Mann, der vom Deutschtum und seiner Kultur redet, dabei mitwirken kann, daß dem deutschösterreichischen Volke seine Kultur geraubt wird, es in vormärzliche Schulzustände zurückgeführt wird. (*Beifall und Handklatschen.*)

Ich will aber den Herren Großdeutschen mitteilen, daß es auch Schranken gibt dafür, wo der Abbau sich auswirken darf. Sie haben gehört, daß der Schulunterricht jetzt 100 Kindern und über 100 Kindern in einer einzigen Klasse erteilt wird. Indes nicht immer: in Wien zum Beispiel zwingt man in gewissen Mittelschulen den Stadtschulrat, für zwei, für sieben, für neun Kinder einen eigenen Klassenunterricht in katholischer Religion aufrecht-

zu erhalten (*Hört! Hört!*), während die Protestanten und die Juden sich zum Zwecke des Unterrichtes von mehreren Anstalten zusammen tun müssen. Da wird nicht abgebaut, denn da handelt es sich — nicht einmal um irgendwelche Interessen der Religion — aber darum, daß in einer Schule, in der so wenig Katholiken sind, wenigstens die Fahne des katholischen Schulunterrichtes herrschend weht, und daß sie wehe — da ist gar nichts zu lachen —, hiefür zahlen wir dann die vollen Kosten des Religionsunterrichtes.

Sie haben hier im Hause und im Wahlkampf wiederholt darauf hingewiesen, daß wir Sozialdemokraten doch auch, als wir mit den Herren koalitiert waren, gewisse Forderungen unseres Kulturprogramms nicht durchsetzen konnten und eine Erklärung, die einmal ein Parteigenosse von mir in der Frage der Kongrua hier abgegeben hat, wurde während der Wahl durch alle großdeutschen Zeitungen geschleppt. Sie verwechseln da zwei Dinge. Kein Mensch wird Ihnen zumuten, daß Sie, wenn Sie sich mit den Christlichsozialen koalieren, Dinge durchsetzen, die bei den Christlichsozialen schlechthin nicht durchzusetzen sind. Aber es ist etwas ganz anderes, wenn Sie tätige Hilfe leisten beim Abbau der Kultur, tätige Hilfe leisten bei der Verstärkung der kirchlichen Machtpositionen. Das ist es aber, was Sie getan haben. Sie haben sich nicht damit begnügt, etwa die Kongrua in der alten Form weiter gelten zu lassen oder sie entsprechend der Geldverschlechterung aufzuwerten; das konnten Sie nicht anders, wenn Sie im Bündnis mit den Christlichsozialen waren. Nein, Sie haben sich von den Christlichsozialen nötigen lassen, die Kongrua in die Zahlung eines regelrechten Beamtengehaltes zu verwandeln. Und das ist schon nicht mehr die notwendige, unabweisliche Folge einer Koalition mit einer klerikalen Partei: das ist die freiwillige Preisgebung der eigenen Gesinnungen hier wie in der Schulpolitik. Und die ist Ihnen eben bei den Wahlen heimgezahlt worden. (*Beifall.*) Die Wähler haben sich gesagt: Ja, wenn ich die Politik des Herrn Seipel machen soll, wozu brauche ich sie auf dem Umweg über Herrn Dinghofer, Schürff und Herrn Frank zu machen? Ich mache sie unmittelbar und geradehin und wähle die Leute, die selbst christlichsoziale Politik machen, statt Knecht zu werden der Knechte des Herrn Seipel. Das ist die eine Ursache Ihres Zusammenbruches.

Und die andere, die nationale Ursache? Ja, die ergibt sich aus dem Wesen Ihrer Politik sehr leicht, denn Sie werden selbst zugeben, daß Sie im Laufe nicht nur dieses Jahres ihrer engsten Ehe mit den Christlichsozialen, sondern auch in den vier vorangehenden Jahren alles mögliche getan haben, nur nicht das, was mit den großen Lebensbedürfnissen der Deutschen hier oder im Reich draußen in

Beziehung stünde. Im Gegenteil, Sie haben das Verbrechen begangen, das das schlimmste Verbrechen in diesen Zeiten ist, Sie haben, wo sich eine Gelegenheit dazu bot, mitten im tiefsten Elend des deutschen Volkes nationale Schwierigkeiten zu Parteizwecken mißbraucht, niemals aber Ihre Parteiinteressen nationalen Interessen geopfert.

Aber wir müssen wieder zu Herrn Seipel und zu seinen Taten zurückkehren. Der Herr Runschak versuchte seinen Herrn und Meister gegen den Vorwurf, den Abg. Bauer wider ihn erhob, zu verteidigen, daß er die Alters- und Invaliditätsversicherung mit so viel Geflüpp von Scheinreformen umgebe, daß man zu der Alters- und Invaliditätsversicherung gar nicht werde vordringen können. Dagegen suchte Runschak seinen Herrn mit der Behauptung zu entschuldigen, daß es sich hier um das Wesentlichste, um die Einheitskasse handle. Nun ist es vielleicht notwendig, darüber ein paar Worte zu sagen. Die Frage ist ja nicht so neu.

Als vor 20 Jahren in der alten Monarchie, die doch noch Länder in sich schloß, in denen die primitivsten Krankenkassen in Betracht kamen, die erste Regierungsvorlage zur Schaffung einer allgemeinen Alters- und Invaliditätsversicherung dem Parlamente vorgelegt wurde, geschah dies ohne Rücksicht auf den Stand der Krankenkassen. Später kamen andere Regierungsvorlagen, die sich auf die Krankenkassen stützten, ohne daß deren Vereinheitlichung zu einer Vorbedingung gemacht worden wäre, und es haben damals nicht weniger als 1500 Krankenkassen in Österreich bestanden, welche die organisatorische Grundlage der Versicherung hätten bilden sollen. In der Republik wurde unter dem Staatssekretär Hanusch eine neue Vorlage ausgearbeitet, die später unter dem Nachfolger Hanusch, dem Staatssekretär Resch, als Regierungsvorlage in das Haus kam. Diese Vorlage rechnet beim organisatorischen Aufbau der Altersversicherung auch mit den bestehenden Krankenkassen, enthält aber keine Bestimmung, nach der die Vereinheitlichung der Krankenversicherung eine Vorbedingung für die Schaffung der Alters- und Invaliditätsversicherung sein sollte. Also der christlich-soziale Staatssekretär fand damals, daß die nunmehr in Österreich bestehenden mehreren hundert Krankenkassen ganz gut als Grundlage für die Altersversicherung dienen können. Ganz unabhängig von der Altersversicherung hat seinerzeit Hanusch, und zwar auf Anregung der sozialdemokratischen Krankenkassen selbst, die Vereinheitlichung der Krankenversicherung in gesetzliche Wege leiten wollen. Mit Zustimmung der größten Krankenkassen wurde eine Kategorisierung der Krankenkassen in allgemeine Arbeiterkrankenkassen, Angestelltenkrankenkassen, Eisenbahnerkrankenkassen, landwirtschaftliche Krankenkassen in Aussicht genommen. Der Wunsch, eigene Angestelltenkassen zu schaffen, ist durchaus nicht, und das

ist jetzt der springende Punkt in der Polemik mit Herrn Runschak, dem Bestreben meines Parteigenossen Pick entsprungen, sondern es fanden sich in diesem Verlangen die Angestelltenorganisationen sämtlicher Parteien zusammen, worunter die Partei des Herrn Runschak in sehr großem Mißverhältnis zu ihrer Stärke am lautesten nach besonderen Angestelltenkrankenkassen rief. Die von Sozialdemokraten verwalteten Angestelltenkrankenkassen gingen lediglich vom kassentechnischen Standpunkte aus und verlangten, daß sowie für die allgemeine Altersversicherung die Arbeiterkrankenkassen für die schon bestehende Altersversicherung der Angestellten die Angestelltenkrankenkassen den Unterbau darstellen sollen. Also nicht Pick als Interessent der Zerspaltung, wie sich Herr Runschak ausdrückt, sondern Angestellte aller Parteirichtungen verlangten die Beibehaltung der Pensionsversicherung. Wenn Herr Runschak diese Sonderstellung der Angestellten als unangebracht bezeichnet, darf er nicht vergessen, daß der Ausgangspunkt dieser Sonderstellung zum weitaus größeren Teile in der Sonderbehandlung der Altersversicherung der Angestellten wurzelt. Die Vereinheitlichung der Krankenversicherung als Vorbedingung für die Schaffung der allgemeinen Altersversicherung taucht erst auf, als die Christlichsozialen die Fertigstellung dieser Versicherung im Parlamente verhindern wollten. Erst von da ab wird im Gegensatz zu ihrer eigenen Regierungsvorlage die Vereinheitlichung der Krankenversicherung — allerdings nur im Parlamente — als wichtige Voraussetzung der Altersversicherung diskutiert.

Aber der Herr Abg. Runschak hat sich nicht damit begnügt, seinen allgemeinen Standpunkt in dieser Frage darzulegen; er hat außerdem mit sehr waghalsigen Beispielen gearbeitet. Und da ich Zahlen vernahm und wenn ich Zahlen aus dem Munde des Herrn Runschak vernehme, sofort an sein Zahlentunstück aus dem Jahre 1920 denken muß, so habe ich mich bei Fachleuten erkundigt, wie es denn um die angeblichen Verwaltungskosten in der Höhe von 50 Prozent bestellt ist. Der Sachverhalt ist dieser: Da der Herr Abgeordnete keine Krankenkasse genannt hat, bei welcher diese Anomalie zutrifft, und wir keine sozialdemokratisch verwalteten Krankenkassen kennen, bei denen dies zutrifft, muß dies bei einer oder mehreren von den christlichsozial verwalteten Krankenkassen der Fall sein, über die der Herr Runschak allerdings besser Bescheid weiß als wir. Um ein Beispiel aus unserem Lager anzuführen, genügt es, darauf hinzuweisen, daß die von ihm selbst bezogene Krankenkasse der Angestellten nur 11 Prozent ihrer Einnahmen für Verwaltungskosten zu verwenden hat, daß die Allgemeine Arbeiterkrankenkasse nicht einmal 10 Prozent, die Krankenkasse der Tischler sogar tief unter 10 Prozent ihrer Einnahmen dafür verwendet. Und dabei sind alle

diese Krankenkassen heute Träger einer in das Weite gehenden Verwaltungstätigkeit, sie haben für die Gehilfenumlagen, für die Kinderfürsorge, für den Kammerbeitrag, für die Arbeitslosenversicherung, für den Siedlungsfonds und für den Arbeitsnachweis die bürokratische Tätigkeit zu liefern; sie sind heute in den Mittelpunkt aller sozialpolitischen Funktionen gestellt. Es muß sonach festkam berühren, daß der Herr Rumschaf, der diesen Dingen so nahesteht, derart merkwürdige Behauptungen aufstellt. Aber auch sie finden ihre Erklärung. Sie sind ein Rest und ein Überbleibsel aus seinem Wahlkampf. Im Wahlkampf hat man doch in ganz Niederösterreich von der St. Pöltner Bezirkskrankenkasse behauptet, daß sie 70 bis 80 Prozent Verwaltungskosten habe, während sie in Wirklichkeit knapp 10 Prozent Verwaltungskosten hat. Dieser St. Pöltner Bezirkskrankenkasse und seiner eigenen Rede darüber hat sich der Herr Abg. Rumschaf vorgestern erinnert und wir müssen ihm noch danken, daß er aus den 80 Prozent hier 50 Prozent gemacht hat, daß er uns also um 30 Prozent gescheiter einschätzt, als die armen ewig Blinden, die ihm und seinesgleichen die Mandate gegeben haben.

Die Arbeiterfreundlichkeit der Christlichsozialen und des Herrn Bundeskanzlers braucht man nicht zum Gegenstande von Erörterungen zu machen. Über die ist ja jeder vollkommen im klaren. Aber wie steht es denn mit der Angestelltenfreundlichkeit? Wir haben seit fünf Jahren nichts öfter zu hören bekommen, als daß die Sozialdemokratie als Vertreterin der manuellen Arbeiter kein Herz, kein Gefühl für die Angestellten habe. Der beste und stärkste Teil der Agitation sowohl der bürgerlichen Presse als auch der bürgerlichen Parteien ging darauf, Mißtrauen bei den Angestellten gegen die Arbeiter zu säen, bei den Angestellten den Standesstolz gegenüber den Arbeitern rege zu machen. Immer wieder hieß es: das ist der Kern des Mittelstandes. Auf den Mittelstand müsse man vor allem den Staat aufbauen und die Sozialdemokratie sei es, die den Mittelstand in seiner Existenzfähigkeit und -möglichkeit bedrohe. Wir haben alle gewußt, daß das alles Heuchelei ist, daß sich darin nur ein Lebensgesetz des Kapitalismus ausdrückt, der seit jeher seine Wahlheere aus einer kleinen Schar von Nutznießern und einer großen Zahl von Betörten zusammengestellt hat. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Aber wir waren wenigstens der Meinung, daß man die Heuchelei schlechtthin aufrecht erhalten müsse, daß man den Schein irgendwie wahren müsse. Was wir aber in diesen Tagen erleben, das zeigt die bürgerliche Gesellschaft, der Kapitalismus in allen seinen Gewandungen, in der Christlichsozialen wie in der großdeutschen oder liberalen Gewandung, scheut, wenn die ausgesprochenen klaren und deutlichen Unternehmerinteressen in Frage kommen, vor nichts

mehr zurück, nicht einmal vor dem offenen Bekenntnis, frech fünf Jahre hindurch geheuchelt und gelogen zu haben. Wie benimmt sich denn jetzt die gesamte bürgerliche Presse? Wie benehmen sich jetzt die gesamten bürgerlichen Parteien in dem Augenblicke, wo ein sehr wichtiger Teil der Angestellten, wo die Industrieangestellten im Kampfe mit ihren Unternehmern stehen?

Die Christlichsoziale Partei wird sich diesmal nicht von der Verantwortung lösen können. Sie hat ja eigens die Diebsleiter des zweiten Ermittlungsverfahrens aufgestellt, um einer ganzen Schar von ausgesprochenen Unternehmervertretern den Weg ins Parlament zu öffnen. *(Beifall und Händeklatschen.)* Sie hat in ihren Reihen hier Leute, die an der Knechtung, an der Unterdrückung, an der schamlosen Ausbeutung der Angestellten mitschuldig sind. Sie hat Leute in ihrer Mitte, die in diesen Tagen durch ihre Scharfmacherei die Möglichkeit eines furchtbaren Konfliktes heraufbeschwören. Worum handelt es sich denn? Dreht es sich vielleicht um Leistungen, bei denen der Unternehmer erwägen muß, ob er etwa, den Forderungen der Angestellten nachgebend, sein Geschäft weiterführen kann? Es sind wahrlich sehr bescheidene Forderungen, die gestellt werden, ja noch mehr, es ist nicht einmal der Inhalt dieser Forderungen, nicht einmal die zahlenmäßige Erhöhung der Gehälter, um die es sich in erster Linie handelt. Freilich, wenn man eine solche Zahl vernimmt, wie daß der Monatsgehalt eines Angestellten von 438.000 K auf 500.000 K erhöht werden soll, so steht einem wirklich der Verstand still. Das ist der Mittelstand, den Sie halten wollen! Das ist doch das ärmste, das zertretendste, das ausgebeutetste, das am gemeinsten ausgepöberte Proletariat. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)* Kann man sich etwas Unverschämteres denken, als einem Menschen mit Monatsgehalt den Lohn eines Kurzarbeiters bezahlen und ihn dann noch als Angestellten im Gegensatz zu den Arbeitern stellen wollen? Sie sind es, die beklagen, daß die manuellen Arbeiter mehr durchzusetzen wußten als die Angestellten. Ja, wer hindert denn die Herren Unternehmer, ihre Angestellten aufs reichlichste zu entlohnen? Und doch ist es, noch einmal gesagt, nicht einmal die Gehaltshöhe, nicht einmal die Geldsumme, um die es so sehr geht, als darum, daß der Industriellenverband das Auftreten der Angestellten als Organisation nicht dulden will. *(Zustimmung.)*

Und wiederum haben Sie, deutlich wieder hier zutage tretend, die Frechheit Ihrer Lüge, als ob im Bürgertum Herz und Gefühl für den Mittelstand wäre. Wenn Sie wirklich dem Mittelstand freundlich gegenüber stünden, müßten Sie doch wenigstens die Rechte, die die Angestellten mit dem Arbeiter gemeinsam haben, schützen und achten. Sie sagen

immer, der Arbeiter habe sich eine bessere Macht- und Rechtsstellung, einen größeren Spielraum in der Gesellschaft erworben als der Angestellte, also zugunsten des Angestellten. Aber wenn es sich darum handelt, auch nur die Rechte des Angestellten, die er gemeinsam mit den Arbeitern hat, zu achten, so sind die Unternehmer die ersten, die den Angestellten dieses mit den Arbeitern gleiche Recht aus der Hand reißen (*Sehr richtig!*), den Arbeitern aber nicht, weil deren Organisationen so mächtig sind, daß sie sich bis jetzt noch nicht trauen. Bei den Angestellten versuchen sie es zuerst, denn ihre Organisationen sind schwächer und noch nicht so fest geschlossen. Als eine individuelle Erhöhung wollen die Herren Unternehmer den Angestellten eine Aufbesserung geben. Man kennt diese individuelle Erhöhung. Diese individuelle Erhöhung hat die Entindividualisierung zum Ziele, die Verknechtung, die Verflavung der Angestellten. (*Lebhafte Beifall.*) Für ein paar hunderttausend Kronen, die so ein Seelenverkäufer und Seelenkäufer seinem Angestellten gnadenweise im Monate mehr gibt als dem anderen, will er seine Seele in Beschlag nehmen, will er einem aufrechten Manne, der das Recht hat, wenn er seine Arbeit leistet, für die Arbeit gezahlt und im übrigen ein freier Mensch zu sein wie ein anderer, dieses ursprünglichste Recht entreißen und ihn erstens zu einem Sklaven und zweitens zum Verräter gegen seine eigenen Kollegen machen, ihn womöglich als Spitzel in seinen Dienst stellen. Das ist die individuelle Erhöhung, das ist der Zweck des Kampfes gegen die gewerkschaftliche Zusammenfassung der Kräfte der Angestellten. Der brutalste, schamloseste Unternehmerinstinkt spricht hier und er spricht sich auch in ebenso brutalen und schamlosen Handlungen aus. Wenn von den Mittelständlern in der Presse die Rede ist, so wird immer so gesprochen, als ob zwischen Bürgertum und den armen Angestellten, denen man die Ehre erweist, sie zum Mittelstand emporzuheben, gesellschaftlich gar kein Unterschied wäre, als ob beide gesellschaftlich und klassenmäßig in eine Einheit verflössen; wagt jedoch der Angestellte Forderungen zu stellen, so erlauben sich diese Unternehmer mit der schamlosesten Frechheit und Unanständigkeit vorzugehen, als ob sie es mit Bedienten im alten Sinne, mit Lakaien der Vormärzzeit zu tun hätten.

Bei aller Schärfe der wirtschaftlichen Gegensätze und aller Festigkeit der Kampfesstimmung gibt es doch auch etwas, das Anstand heißt und das zwischen Menschen gelten soll und erst recht im Verhältnis von Leuten gelten soll, die behaupten, der gebildete Mann habe eine besondere Verpflichtung, anständig zu handeln, und daher auch ein besonderes Recht, anständig behandelt zu werden, höflich behandelt zu werden. Ist es nicht eine unerhörte Frechheit und zugleich eine unerhörte Verletzung jedes menschlichen

Anstandes, wenn der Unternehmer am selben Tage, an dem der Streik ausbricht, die Küche sperrt, die Beamtenmesse sperrt, wo die einzelnen Bedeckte schon voranzbezahlt sind, wo die Speisen bereits gekocht sind, nur aus gemeiner türkischer Bosheit, um die Beamten so recht den Herrn fühlen zu lassen, um ihnen so recht zu zeigen: du kannst hundertmal die Technische Hochschule studiert haben oder das Technikum besucht haben, ich behandle dich doch, weil du mein Angestellter bist, wie einen Hund und schlage dir die Türe vor der Nase zu! (*Beifall.*) Wo ist da die Empörung in Ihren Reihen, wo ist da die Empörung in Ihrer Presse, wo ist die hilfreiche Hand, die sich dem Mittelstand, seinem modernsten und für die weitere Entwicklung des Wirtschaftslebens entscheidenden Vertretern entgegenstrebte? Da schweigen Sie. Sie haben ja den Streeruwitz — oder wie dieser Herr heißt — und Sie haben Ihren Weidenhoffer im Leibe und mit diesen zwei Herren im Leibe wird es vermutlich um Ihre ganze Sozialpolitik, also auch um Ihre Angestelltenpolitik sehr seltsam bestellt sein. Aber Sie dürfen nicht vergessen, daß dies zugleich für Sie die ärgste Bloßstellung Ihrer eigenen Haltung bedeutet. Denn schließlich hat man doch monatelang die Angestellten mit allen möglichen Mitteln gefördert und die Herren Unternehmer haben vor den Wahlen bei dieser Politik mitgeschwindelt. Sie haben absichtlich, obwohl der Bund der Industriellen bereits am 1. Oktober seine Forderungen überreichte, mit Vertagungen und Verzögerungen diese Angelegenheit über die Wahl hinausgeschleppt. Sie haben dann, als die Forderungen unmittelbar an sie gestellt wurden, wiederum eine neue Verschleppung von Mittwoch auf Montag in Szene gesetzt, nur um die Angestellten aufzureizen. Und was geschieht dann? Aber das ist das Bezeichnendste für die Unternehmer! In dem Augenblick, wo ein Teil der Industrieangestellten in den Streik tritt, benutzen dieselben Kapitalisten, benutzen dieselben bürgerlichen Unternehmer, deren Presse jahrelang von dem Gegensatz des manuellen und des geistigen Arbeiters geschrieben hat, benutzen Sie oder möchten Sie — es wird Ihnen nur nicht gelingen —, den manuellen Arbeiter dazu benutzen, einen Druck auf die Industrieangestellten auszuüben, indem Sie ohne unmittelbaren Grund die ganzen Betriebe sperren und die Arbeiter entlassen, damit diese Arbeiterentlassungen als eine PreSSION auf die Angestellten wirken. Es braucht sich nur wirklich um den Geldsack zu handeln, es braucht nur wirklich Ihr Interesse in Frage zu kommen, dann fällt alle die Schminke von Kultur, von Anstand, von Bildung, von Solidarität geistiger Interessen, von der Sorgfalt und Liebe für den geistigen Arbeiter, dann wird das brutale Geldinteresse dem sogenannten geistigen Arbeiter gegenüber schamlos, ja noch schamloser betätigt

als gegenüber dem sogenannten manuellen Arbeiter. Und die geistigen und manuellen Arbeiter bekommen in diesen Tagen eine nicht zu überhörende Lehre, zusammenzustehen zu einer undurchbrechbaren Phalanx der Einigkeit im Kampfe gegen die Anmaßung und Brutalität der Unternehmer. (*Beifall und Händeklatschen.*)

Das ist übrigens, meine sehr Geehrten, auch die Form, in der Sie und das Bürgertum überhaupt in den letzten fünf Jahren die Politik machen. Sie sind sehr freigebig mit großen Worten, mit edlen Programmen bald nationaler und bald kultureller Art. Sie sind sehr freigebig mit Gefühlen für das untergehende und zerstückelte deutsche Volk, aber die Haltung des Bürgertums in den letzten fünf Jahren, hier wie in Deutschland draußen, läßt sich nur mit einem einzigen Satz bezeichnen: daß Sie stets und immer die gemeinsamen Interessen den Parteinteressen, namentlich aber den unmittelbaren Klasseninteressen untergeordnet haben. Sie bringen mit Ihren Redensarten von Marxismus Ihre eigene Unwissenheit über Marx und seine Lehre an den Tag. Sie wenden sie nur zu dem Zweck an, weil Sie Kommunismus mit Sozialdemokratie vermengen, allen Arbeitern die Irrtümer der Kommunisten aufzuzahlen wollen. Sie kommen immer mit dieser Phrase „vom marxistischen Fanatismus“, um so ein falsches Bild von der Haltung der Arbeiterschaft zu entwerfen, als sei diese in der Verfolgung ihrer besonderen Interessen rücksichtslos gegen alles, was sie umgibt. Gewiß, wir treiben Klassenpolitik und müssen sie treiben. Aber diese Klassenpolitik haben wir stets in den Formen der Volkspolitik getrieben. Wer die Ereignisse der letzten fünf Jahre miterlebt hat — möge er wie immer uns gegenüberstehen, wenn er nur der Wahrheit die Ehre geben will —, muß sagen, daß die einzige Partei, die wirklich den Gemeinschaftsinteressen auch als Partei Opfer, vor allem Opfer an Popularität gebracht hat, nur wir waren. Ihr verehrter, angeräucherter Bundeskanzler Seipel hält seine Politik immer ganz genau in der Linie seiner Demagogie und gelte es, was es wolle, er wird von dieser Linie nicht abweichen. Aber erinnern Sie sich an die ersten zwei Jahre unserer Republik! Welche schweren Opfer an Popularität haben unser Freund Kenner und seine Kollegen im Ministerium gebracht, um eine aufgeregte, vom Elend vorwärts gedrängte Arbeiterschaft immer wieder in die Grenzen eines Handelns zurückzuführen, das mit dem Bestand des Ganzen vereinbar war. Über keinen Sozialdemokraten ist in diesem Lande so geflucht, keiner ist mehr geschmäht worden als Fritz Adler. Ich empfehle Ihnen die dürftigen Zeugnisse seiner Tätigkeit zur Lektüre, die in dem Bericht der „Arbeiter-Zeitung“ über die Vorgänge im Kreisarbeiterrat gegeben sind, und Sie werden, auch wenn Sie unsere erbittertsten Gegner sind, zugeben

müssen, daß dieser Mann, mit anderen im Bunde, aber er als der Führende, zwei Jahre gerungen hat, um all die Dämonen der Gefahr, die aus der Erregung der Arbeiterschaft einerseits und aus der verrückten Politik der Kommunisten andererseits hervordringen, durch Belehrung, durch Aufklärung abzuwehren. Auch er hat dabei die schwersten Opfer an Popularität gebracht. Und sehen Sie nach Deutschland hinaus! Wer trägt diesen ganzen furchtbaren Kampf in den Rheinprovinzen, dessen Blut fließt in den Straßen der Rheinprovinz, um den bezahlten Banditen der Franzosen den Weg zur Macht an der Ruhr und am Rhein zu verlegen? Es sind die Arbeiter, es sind die Gewerkschaften, der letzte Halt, der letzte Trost, der letzte Anker des Zusammenhalts zwischen den Rheingebieten und Deutschland. (*Lebhafte Beifall und Händeklatschen.*) Umgekehrt macht die Ihnen so nahestehende deutschnationale Partei genau so wie Sie aus dem Nationalismus nur ein Geschäft. Bis zum August, bis zu dem Augenblick des völligen Zusammenbruchs, obwohl schon Monate vorher jeder wußte, der Ruhrwiderstand ist nicht aufrecht zu erhalten, hat es der Terror der Rechtsbolschewiken bewirkt, daß niemand wagen durfte, der Vernunft Stimme und Wort zu geben und daß jeder, der die Wahrheit gesagt hätte, unter die Drohung gestellt war, „rathenauisiert“ zu werden. Aber in dem Augenblick, als alles zusammenbrach, da haben die Herren Deutschnationalen in Deutschland draußen auf einmal das Programm aufgestellt: zeitweilige Lostrennung der Rheinprovinz, als ob sie nicht genau wüßten, daß, was einmal in die Fänge der Franzosen fällt, nicht nur zeitweilig in diesen Fängen bleibt.

Verfolgen Sie also Schritt für Schritt die Politik in diesem Lande und in Deutschland draußen, so werden Sie sehen, daß die Sozialdemokratie, daß die Arbeiterschaft zwar, wie es ihre Pflicht ist, eine Klassenpolitik, aber gleichzeitig eine großmütige und weitherzige Politik macht, die geöffnet ist den Interessen und Lebensbedürfnissen der Gesamtheit, eine Politik, die mitten im wütesten Kampfe, mitten im Drohen der ärgsten Gefahren nie vergessen hat, die Rechtsmittel der Vernunft wieder herzustellen, nie vergessen hat, daß sie sich nicht der Leidenschaft des Augenblicks bis zu dem Grade hingeben darf, daß alles dann in Vernichtung und Zerstörung zusammenbräche. Wenn also der Herr Kunze als der Herold des Herrn Bundeskanzlers uns entgegenhält, daß wir eine faktische Opposition machten, so muß ihn der Wahn von der Unfehlbarkeit der Politik seines Meisters sehr stark im Banne halten; denn sonst müßte er erkennen, daß der Kampf, den wir gegen die Sanierung des Herrn Seipel führen, nur ein Kampf ist im Sinne der Interessen des Volkes, im Sinne der Interessen jener ungeheuren Volksmehrheit, auf deren Kosten der Herr Bundeskanzler die

Sanierung vollziehen will. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Während der vorstehenden Ausführungen hat Präsident Miklas den Vorsitz übernommen.)*

Kollmann: Hohes Haus! Die Stellung der christlichsozialen Partei zur Regierung und zur großdeutschen Partei hat der Kollege Rumschal in klarer und unzweideutiger Weise hier kundgegeben. Ich habe es daher nicht notwendig, darauf noch einmal einzugehen. Es ist jedoch im Laufe der Debatte eine so große Anzahl von Behauptungen, die nicht unerwidert bleiben sollen, aufgestellt worden, daß es notwendig ist, dieselben etwas näher unter die Lupe zu nehmen.

Einen großen Teil der Ausführungen sowohl des Herrn Abg. Dr. Bauer, als auch des Herrn Abg. Leuthner nahm die Volksschule ein. Jedermann weiß, daß die Volksschule nicht unter die Regierungsaufgaben der Bundesregierung fällt, sondern daß sie zur Gänze von den Ländern aus verwaltet wird, daß daher die Länder die Zustände in der Volksschule zu verantworten haben. Die Bundesregierung beschränkt sich bei den Volksschulen darauf, den Ländern einen Teil der Gelder zur Bezahlung der Lehrer zu geben.

Wie steht es nun, meine Herren, in dieser Frage? Die bisher geltenden Schulgesetze haben eine Höchstzahl von 80 Kindern für eine Klasse vorgesehen gehabt.

Hat eine Klasse mehr als 80 Kinder, so mußte eine Teilung vorgenommen werden und es entstanden dann zwei Klassen mit 40, 41, 42 Kindern. Im Laufe des Krieges und nach dem Kriege ist aber die Anzahl der Kinder so zurückgegangen, daß in den einzelnen Klassen nicht mehr 40, auch nicht 30, sondern 20, 18, 16 und 15 Kinder verblieben. *(Ruf: Noch weniger!)* Auch noch weniger, gewiß! Und nun entstand für die Landesverwaltungen die Frage, ob sie in der Lage seien, die Ausgaben für Klassen mit so geringer Kinderzahl weiter zu tragen oder ob sie den Zustand vor dem Kriege wieder herstellen sollten. Und was haben da die Länder gemacht? Sie haben beschlossen, daß die Höchstzahl, die bis zum Jahre 1918 mit 80 Kindern angesetzt war, auf 70 herabgesetzt werde. *(Glöckel: Das Gesetz ist vom Jahre 1869!)* Das über die Zahl von 70? Nein. Und die Zahl 80 hat bis 1918 gegolten. So sind nun auf Grund dieser Bestimmung die Klassen wieder so eingeteilt worden, wie es notwendig war. Daß man dabei nicht drei Klassen mit 20 Schülern nebeneinander bestehen ließ, sondern 2 Klassen daraus machte, ist nur natürlich.

Soweit es sich um die tatsächlichen Verhältnisse in Oberösterreich handelt, ist die entsprechend richtige Antwort, wie ich glaube, schon eingelangt und es wird einem anderen Herrn überlassen bleiben, darüber zu berichten.

Was die Behauptung des Herrn Abg. Leuthner von 140 Kindern betrifft, so bin ich nicht in der Lage, sie auf ihre Richtigkeit zu prüfen. *(Glöckel: Zweimal 70 ist 140! Ein Lehrer hat zwei Klassen in Tirol! — Heiterkeit und lebhaftes Zwischenrufe.)* Ach so, das ist etwas anderes! So ist die Geschichte? *(Glöckel: Ist Ihnen das zu wenig?)* Aber etwas anderes ist es, als eine Klasse mit 140 Schülern! *(Lebhaftes Zwischenrufe und Gegenrufe.)*

Man sieht, mit welchen Mitteln gearbeitet wird. Ich habe gesagt, ich bin nicht in der Lage, die Aussage des Herrn Abg. Leuthner von den 140 Kindern in einer Klasse zu überprüfen. Nun habe ich dies nicht mehr notwendig, denn es wurde hier zugegeben, daß die Aussage des Herrn Abg. Leuthner unrichtig ist *(Zwischenrufe)* und daß in einer Klasse nicht mehr als 70 Kinder sind. Die Frage, ob ein Lehrer mehr als eine Klasse unterrichtet, geht mich hier nichts an, darüber spreche ich nicht.

Nun komme ich zu einer zweiten Frage. Der Herr Abg. Leuthner hat uns mitgeteilt, daß die Regierung die Forderung erhebt, daß man in Wien an Bundesmittelschulen für zwei, drei und sechs Kinder *(Glöckel: Neun!)* und neun Kinder einen separaten katholischen Religionsunterricht erhalte. Ich danke dem Herrn Abg. Leuthner für diese Mitteilung, die geeignet ist, zu zeigen, wie stiefmütterlich die Katholiken in den Schulen in bezug auf die Präsenz behandelt sind. *(Zustimmung.)* Sie wird dahin führen, daß wir das katholische Volk aufmerksam machen, daß es nicht mit 8 und 10 Prozent, sondern mit 90 Prozent in jeder Klasse der Mittelschulen vertreten sein soll. *(Glöckel: Damit ist noch nicht entkräftet, daß Sie für zwei Schüler einen eigenen Lehrer brauchen!)* Ich sagte, ich danke für die Mitteilung. Sie wollen, daß mehr Kinder in die Schule gehen, wir wünschen daselbe für die katholischen Kinder und wir werden dafür sorgen. *(Leuthner: Was Sie jetzt sagen, steht noch unter dem Badener Niveau!)* Herr Leuthner, ich komme dann später zu Ihnen! *(Heiterkeit.)*

Es hat der Herr Abg. Dr. Otto Bauer auch die Zustände an der Universität besprochen, und ich muß sagen, daß ich hier die Anschauung des Herrn Dr. Bauer vollständig teile: Es soll kein Mensch seiner politischen Gesinnung wegen in seiner Freiheit beschränkt oder verfolgt werden dürfen, und ich bitte die hohe Regierung, diesen Grundsatz, den der Abg. Dr. Bauer hier ausgesprochen hat und dem wir voll beitreten, bis zum letzten Ende durchzuführen. Ich bin auch genau der Anschauung des Herrn Dr. Bauer, daß man Lernwillige und Arbeitswillige gegen Terror und Gewalt schützen muß. Auf diesem Gebiete treffen wir uns in einer Gasse und könnten gemeinsam gehen. *(Zwischenrufe.)*

Die Ausführungen des Herrn Abg. Leuthner haben dasselbe Bild gezeigt, wie es uns der Wahlkampf geboten hat. Man hat die Aufmerksamkeit der Bevölkerung von der Hauptsache abgelenkt und sie auf ganz kleine Dinge hingewiesen. (*Zwischenrufe.*) Ich habe gesagt die Ausführungen des Abg. Leuthner. Ich meine damit, daß diese Tat von sozialdemokratischer Seite begangen wurde, während auf unserer Seite in der ganzen Wahlarbeit den Mittelpunkt die große Frage gebildet hat: Werden wir leben, können wir leben oder können wir nicht leben? (*Zustimmung.*) So ist auch die ganze Rede des Herrn Leuthner aufzufassen. Was seine Ansicht über den Herrn Bundeskanzler Seipel anlangt, so tut es mir ungemein leid, daß er ihm nicht gefällt. Aber es täte mir furchtbar leid, wenn er uns nicht gefiele. Uns gefällt er, und Sie müssen sich ihn halt gefallen lassen. (*Lebhafter Beifall.*) Wären die Verhältnisse umgekehrt, dann müßten wir uns denjenigen gefallen lassen, den Sie uns herfenden. Ich glaube, solange der Herr Bundeskanzler Seipel bei uns die Zustimmung zu seinen Handlungen findet, solange wird er hier im Hause bleiben, da Sie ja als Vertreter der Demokratie dieses Prinzip nicht brechen werden.

Es hat der Herr Abg. Leuthner insbesondere auf die Kraft in der Durchführung von Arbeiten durch den Herrn Bundeskanzler hingewiesen. Nun, ich glaube schon, daß Herr Leuthner hier ein Hampelmann lieber wäre, mit dem Sie machen könnten, was Sie wollen. Das wäre aber uns nicht angenehm. (*Zwischenrufe.*) Wir sind zufrieden, daß es so ist.

Und nun zur Frage des Mieterschutzes. Der Herr Bundeskanzler hat in Neustadt die Frage des Mieterschutzes aufgerollt, und ich gestehe offen, die Frage des Mieterschutzes kann nicht von der T. D. verschwinden. Das gegenwärtige Mietengesetz kann nicht bleiben, weil es ein Unrecht in sich birgt, das Sie selbst nicht wollen. Sie haben sich ja so sehr des Kleinrentners angenommen. Sind nur jene Kleinrentner notleidend, für die die Staatsverwaltung die Obligationen ausgegeben hat? Sind nicht auch jene Kleinrentner notleidend, die noch einen Besitz haben und dessen Nutzung nicht von ihnen, sondern von anderen bezogen wird? Die Nutznießer werden eben einen Teil des Nutzens zugunsten der Bezugsberechtigten und der eigentlichen Besitzer abtreten. Die Form, die Art und Weise und die Entwicklung ist unsere Sache. Wir werden schon trachten, daß es nicht so arg wird. Sie behaupten, daß das von uns abgestritten wurde. Nein, die christlichsozialen Sprecher haben die Frage nicht abgestritten, sondern sie haben die unerhörten Lügen der Agitation auf das richtige Maß zurückgeführt. (*Lebhafter Zustimmung.* — *Leuthner: Mit einem Nebel von Phrasen umhüllt!*) Nein, fällt uns gar nicht ein.

Der Herr Abg. Leuthner hat sich ungemein interessiert für die Ursachen des Wahlbündnisses mit den Monarchisten. Es ist sehr schön, wenn ihn das interessiert, und freut uns ungemein. Wir haben wieder ein ungemeines Interesse dafür, warum das Wahlbündnis zwischen Sozialdemokraten und Tschechen in Wien zustande gekommen ist. (*Beifall und Händeklatschen. — Lebhafter Zwischenruf.*) Wir haben auch ungeheures Interesse dafür, was die Sozialdemokraten mit ihren Todfeinden, den Kommunisten, zusammengeführt hat. (*Rufe: Wo?!*) Wir können Sie den Spaß nicht erzählen, daß Sie mit den Kommunisten kein Wahlabkommen getroffen haben. (*Lebhafter Zwischenruf und Lärm. — Ruf: Die Kommunisten haben ihre eigenen Listen gehabt!*) Die eigenen Listen der Kommunisten sind genau so wie die eigenen Listen der unabhängigen Monarchisten. Im übrigen sind Sie miteinander gegangen. (*Pölder: Monarchisten sind auf Ihrer Liste gewählt worden! Schämen Sie sich, so etwas zu sagen!*) Ja, der Wense ist auch nicht bei den unabhängigen Monarchisten, sondern vertritt eine bestimmte Richtung, mit der wir ein Wahlübereinkommen geschlossen haben. (*Leuthner: Sie haben eine Parteiverschmelzung mit ihm, das ist ein Unterschied!*) Hochverehrter Herr Leuthner, wir verschmelzen uns nicht miteinander, es könnte sonst etwas herauskommen, was Ihnen nicht lieb wäre. (*Heiterkeit. — Zwischenrufe. — Ruf: Schämen Sie sich!*) Ich werde Ihnen etwas sagen über die Geschichte mit dem Schämen: Ob einer Monarchist ist oder nicht, das ist nicht so arg. (*Sever: Und sich von der Republik die Pension zahlen läßt!*) Es haben sich früher auch die Republikaner von der Monarchie bezahlen lassen. Wir leben in einer demokratischen Republik und jeder hat das Recht seiner eigenen politischen Anschauung. Solange diese politische Anschauung nicht mit einer Bedrohung des Staatslebens verbunden ist oder gegen die Gesetze verstößt, darf man sie nicht hindern; vielleicht ist sie die bessere. (*Zwischenrufe.*)

Es ist hier auch die Frage der Beamten angeschnitten worden. Jetzt finden ja Verhandlungen mit den Beamten statt und ich wünsche und hoffe, daß sie zu einem gedeihlichen, alle Teile befriedigenden Ende führen werden. Herr Abg. Leuthner hat von Demagogie gesprochen. Ich weise da gerade auf die Beamtenfrage hin und sage Ihnen folgendes: Es wäre der christlichsozialen Partei und auch der großdeutschen Partei und dem Herrn Bundeskanzler vielleicht sehr leicht gewesen, die Beamten in Form einer bindenden Versprechung zu ködern. Es wäre sehr einfach gewesen, das System anzuwenden, das die Sozialdemokraten in Wien geübt haben, indem sie mit Trinkgeldern vorgegangen sind. Das wäre sehr leicht gewesen, aber es wurde abgelehnt. Wer christlichsozial gewählt hat, hat aus Überzeugung

so gewählt, aus Überzeugung für die gute Politik der bisherigen Regierung. *(Beifall. — Sever: Die jüdischen Bankdirektoren jedenfalls auch aus Überzeugung!)* Jedenfalls sind wir ihnen lieber als Sie.

Auf die Frage der Leistungen an die Länder kommen wir ein anderesmal zu sprechen. Es wird sich Gelegenheit genug ergeben, hier darzutun, in welcher unerhörten Weise Wien allen anderen Ländern und Städten vorgezogen wird. *(Widerspruch.)* Jawohl, vorgezogen wird. Wir werden ja darauf beim Budget oder bei anderen Gelegenheiten, wo es notwendig sein wird, noch zurückkommen.

Sie haben auch über die Industrie so gesprochen, als ob die Regierung schuld daran wäre, daß wir nicht jene rege Industrietätigkeit haben, wie wir sie wünschten.

Ich muß zunächst feststellen, daß die Anzahl der Arbeitslosen in Österreich verhältnismäßig noch die geringste ist. *(Sever: Dank der Vorsorge Wiens!)* Gehen Sie, die fünf Leute, die Sie beschäftigen! *(Zwischenrufe.)* Ich muß weiters feststellen, daß die Regierung alles tut, um der Industrie das Leben zu ermöglichen. *(Zwischenrufe.)* Wenn andere Faktoren alles daran setzen, um diese Möglichkeit zu stören, so ist das nicht unsere Schuld. *(Sehr richtig!)* Wir glauben, daß sich alle Gegensätze im Verhandlungswege ausgleichen lassen. Wir haben hier im Parlament schon Fälle gehabt, bei denen selbst die erfahrensten und ältesten Herren verzagt waren, daß es zu einem Ausgleich kommen könnte, und Sie haben gesehen, daß bei einigem guten Willen von beiden Seiten, wenn sie auch noch so scharf gegeneinander selbst stehen, die Möglichkeit eines Ausgleiches vorhanden ist. Es war immer möglich, es wurde nie Gewalt hier angewendet, wir sind immer zum guten Ende gekommen und es wird auch bei der Industrie bei Differenzen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ein Ausgleich möglich sein. Allzu scharf macht Scharten. Wenn einzelne loschießen, bevor das Schießen erlaubt ist, dann kann man nie wissen, was daraus entsteht. *(Dr. Bauer: Sagen Sie das den Herren Streeruwitz und Reiner!)* Mir ist nicht bekannt, daß die Herren Streeruwitz und Reiner einen Streik angezettelt haben. *(Zustimmung. — Dr. Bauer: Wer hat ihn denn angezettelt?)* Mir ist bekannt, daß man in Verhandlungen steht und mir ist bekannt, daß eine Gruppe der Angestellten in den Streik getreten ist. Das habe ich aus der Zeitung entnommen. *(Dr. Bauer: Die Unternehmer haben die einseitige Anwendung ihrer Richtlinien vor Abschluß der Verhandlungen verfügt!)* Jenen Teil der Richtlinien, durch welche bereits bestehende Rechte der Angestellten nicht verletzt wurden. *(Dr. Bauer: Er steht schon ganz auf Seite der Unternehmer!)* Im Gegenteil. *(Dr. Bauer: Zuerst sagten Sie verhandeln, dann nehmen Sie sofort gegen die Angestellten Partei!)*

Die Unternehmer haben hinausgegeben, daß die bisherigen Zugeständnisse zu bewilligen sind ohne Rücksicht auf die Beendigung der Verhandlungen. Es ist niemand eingeschränkt worden.

Lesen Sie den Leitartikel der heutigen „Arbeiter-Zeitung“ und wer zu lesen versteht, der sieht das tiefe Bedauern darüber, daß der Teilstreik ausgebrochen ist. Ich danke der „Arbeiter-Zeitung“, weil das ein vernünftiger Artikel ist, ich danke ihr, daß sie das tut. Daß sie den Versuch macht, die Schuld auf andere überzuwälzen, ist ein geschickter Trick. Dagegen kann man nichts machen. Aber Triebkraft verteuern und Industrie hemmen, ist nicht Schuld der Regierung und auch nicht in unserem Programm gelegen.

Ich verweise zum Beispiel hinsichtlich der Verteuerung des elektrischen Stromes auf zwei Orte. Ein Ort ist ein sozialdemokratisch verwalteter Ort, der 30 Prozent Umlage auf den Kraftstrom hat. Die andere Gemeinde ist eine christlichsozial verwaltete und hat kein Prozent Umlage. *(Hört! Hört!)* Wer verteuert da? Diese Verteuerung wirkt so aus, daß es direkt zur Einstellung der Industrie kommen mußte, weil sie bei dieser Verteuerung der elektrischen Kraft nicht arbeiten konnte. *(Zwischenrufe.)* Ich bin bereit, den Namen des Ortes zu nennen. Sie werden so lebenswürdig sein und einen Kollegen, der ihn kennt, fragen. *(Rufe: Vielleicht den Herrn Buresch!)* Der ist nicht schuld. Die sozialdemokratische Verwaltung der Gemeinde ist autonom und macht das in ihrem Wirkungsbereich. Der Landeshauptmann kann nicht Rechte, die die Gemeinde hat, einfach wegstreiten oder beschneiden.

Es ist weiters davon gesprochen worden, daß in Harnannschlag 130 Kinder in einer Schulklasse sitzen. Ich verspreche Ihnen, daß ich mich erkundigen werde, ob das den Tatsachen entspricht, und wenn es den Tatsachen entspricht, mich zu erkundigen, was die Gründe hierfür sind. *(Ruf: Ah so!)*, ja, weil man immer fragen muß, wieso es kommt, daß in einem Zimmer, wo nur sechs Platz haben, zwölf darinnen sind. Da muß man fragen. *(Ruf: Warum?)* Es gibt Verhältnisse, denen gegenüber der Mensch zu schwach ist, um sie zu ändern. *(Zwischenruf Sever.)* Ich werde mich erkundigen und Sie werden es ganz genau erfahren. Aber es wäre Wahnsinn, die Zeit des Hauses noch mehr in Anspruch zu nehmen, um auf alle diese kleinen Einzelheiten zu erwidern, die im Laufe der Debatte vorgebracht wurden. Es handelt sich nicht darum, ob der Bundeskanzler dem Abg. Leuthner gefällt, es handelt sich nicht darum, ob der Abg. Wense dem Abg. Leuthner gefällt, es handelt sich nicht darum, ob die Verhandlungen mit den Beamten ein rascheres oder ein weniger rasches Tempo haben, es handelt sich nicht darum, ob sich die soziale Gesetzgebung in drei oder vier Monaten auswirken wird — es handelt

sich vorerst um folgendes und das ist die Hauptfrage: Hat die Regierung während der 16 oder 17 Monate ihrer Tätigkeit bewiesen, daß sie imstande ist, den Bund vor dieser Katastrophe zu bewahren, vor der er stand, hat sie bewiesen, daß sie die Kraft besitzt, die Katastrophe zu vermeiden und den Bund auf die richtigen Bahnen zu bringen? Ja oder nein? Wenn wir uns die Verhältnisse vor Augen führen und uns sagen müssen: Hätten wir die Sanierungsaktion nicht gemacht, so hätten wir heute das deutsche Schicksal (*lebhaft Zustimmung*), dann müssen wir uns sagen: die Regierung hat bewiesen, daß sie imstande ist, gute Arbeit zu leisten. Wir haben Vertrauen zu ihr und erwarten, daß sie dieses Vertrauen durch ihre Taten rechtfertigen wird. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen.*)

Baumgärtel: Hohes Haus! Mein Parteifreund Leuthner hat in seiner Rede unter anderem auch die Differenzen der Angestellten mit der Industrie angeschnitten. Darauf hat der Herr Abg. Kollmann erwidert, der selbst zugibt, daß er die Verhältnisse in der Industrie ausschließlich aus dem Artikel der heutigen „Arbeiter-Zeitung“ kennt. (*Rufe: Das hat er nicht gesagt!*) Meine Herren! Sie haben gar keine Ursache, sich darüber aufzuhalten, daß ich daran Kritik übe, daß der Herr Abg. Kollmann zu dieser Frage gesprochen hat, weil Sie bei den letzten Wahlen drei prononcierte Vertreter der Industrie in dieses Haus geschickt haben und diese im jetzigen Augenblick die Aufgabe hätten, vor diesem Hause Rede und Antwort dafür zu stehen, was sich in den letzten Tagen innerhalb der Industrie abgespielt hat. (*Beifall.*) Wir stehen vor der alten, bedauerlichen Tatsache, daß auch jetzt, nachdem die Herren Streeruwitz, Weidenhoffer und Meiner auch in diesem Hause sitzen, die Politik durch die Hintertüren des Parlaments gemacht werden soll. Man schickt Herrn Kollmann, der ein ehrsamer Kaufmann und Bürgermeister von Baden ist, hier herauf und läßt ihn unter dem Wust von Schulangelegenheiten usw. auch über die Fragen der Industrieangestellten reden.

Ich möchte das hohe Haus darauf aufmerksam machen, daß es uns als Industrieangestellten sehr angenehm ist, vor diesem Forum einmal darüber zu sprechen, was sich in unserem Staat abspielt. Sie, die immer soviel von der Sanierung und von volkswirtschaftlichen Dingen reden, wissen nicht, daß draußen in den Betrieben unter den Leuten, von denen Sie verlangen, daß sie bürgerliche Gesinnung haben sollen, die Sie bei den Wahlen regelmäßig zu fördern versuchen, ungeheure Not und Elend herrscht (*lebhaft Zustimmung*), daß eine Situation entstanden ist, die mit dem, was der Abg. Kollmann gesagt hat, gar nichts mehr zu tun hat. Der Abg. Kollmann hat bei den Schulangelegen-

heiten gemeint: Wir sind dem Herrn Abg. Leuthner sehr dankbar dafür, daß er uns gesagt hat, daß in Wien für 2, 6 und 9 Katholiken ein eigener Religionsunterricht eingerichtet werden muß, und wir werden nunmehr die christliche Bevölkerung auffordern, möglichst viele ihrer Kinder in die Mittelschulen zu schicken, damit die christliche Bevölkerung an den Mittelschulen mit 90 Prozent der Kinder vertreten ist. Und im selben Zuge hat dieser Abgeordnete hier eine Rede gehalten, in der er diesen Menschen, die nunmehr aus Verzweiflung in einen Kampf gegangen sind, das Recht abspricht, das zu verlangen, und die Sache so hinstellt, daß die Regierung alles tut, um die Industrie aufzubauen, während nun die bösen Angestellten kommen und diese Industrie wieder zugrunde richten. Ich will Ihnen noch etwas anderes sagen: Wenn Sie noch Leute christlichsozialer Gesinnung unter den Angestellten hier oder draußen in den Ländern gehabt haben oder noch haben, so werden denen jetzt die Augen aufgegangen sein. Wissen Sie, wie es mit den Angestellten in Steyrermühl oder draußen irgendwo steht? Der Mann kann nicht mehr seine Kinder in eine Mittelschule schicken, weil ihm die Industrie ein Gehalt bezahlt, von dem ich keinen von Ihnen wünsche, daß er zwei Monate davon leben müßte. Der Mann kann seinen Nachwuchs gar nicht mehr in eine Stadt in die Mittelschule schicken, denn Sie wissen genau, wenn ein Angestellter irgendwo draußen in einem Appendorf sein Kind nach Linz oder irgendwo in eine Stadt, wo eine Mittelschule existiert, schicken will, so kann er dies nur unter Aufwendung von mindestens 1½ Millionen im Monat tun und derselbe Mann hat heute ein Einkommen von 24 Millionen, mit dem er unter Umständen eine Familie von drei bis vier Köpfen ernähren muß.

Ich fühle mich aber doch verpflichtet, zunächst einmal dem hohen Hause den Stand der gesamten Verhandlungen der Industrieangestellten zur Kenntnis zu bringen. Wir haben mit dem Industriellenverband unter den schwierigsten Verhältnissen einen Vertrag abgeschlossen und es war der Beginn der glänzenden Sanierung, daß sie zunächst einmal das Lebensniveau der Industrieangestellten sofort in einer Form herabgedrückt hat, die ihm nicht einmal mehr die Möglichkeit gab, die notwendigen Kleider für seine Familie zu beschaffen. Es ist absolut richtig, wenn Herr Abg. Leuthner hier gesagt hat, daß viele Hunderte, ja Tausende von Industrieangestellten mit Gehältern von 500.000 bis 900.000 K in der Industrie beschäftigt sind und dabei unter Umständen sogar noch eine Familie zu ernähren haben. (*Ruf: Angestellte mit Mittelschule!*) Ich möchte feststellen, daß selbstverständlich in der Industrie selten ein Angestellter mit anderer Vorbildung als mit Mittelschule aufgenommen wird.

Wie liegen die Dinge wirklich? Es ist bedauerlich, daß man von diesem Plaze die Regierung erst darauf aufmerksam machen muß, daß sie sich einmal darum kümmern sollte, ob die Industrieangestellten leichtfertig oder leichtsinnig aus irgendwelchen politischen Motiven in den Streik gegangen sind oder ob sie der Hunger in den Streik getrieben hat.

Der durchschnittliche Verdienst eines Industrieangestellten in Österreich ist 1'6 Millionen, aber nahezu 50 Prozent aller Industrieangestellten kommen nicht über 1'3 Millionen und es ist gar keine Seltenheit in den Betrieben, daß Diplomingenieure, Akademiker mit 2, 2½ und 3 Millionen Monatsgehalt angestellt sind. Begreifen Sie nun, meine Herren, daß die Industrieangestellten endlich einmal, nachdem uns immer wieder erzählt wird, daß die Sanierung schon ein gutes Stück vorgeschritten ist, auch wenigstens dahin kommen wollen, menschenwürdig leben zu können? Denn Kultur, kulturelle Bedürfnisse sind ihnen in der Zeit der Regierung Seipel, wahrscheinlich solange diese Regierung besteht und diese Sanierung dauern wird, überhaupt verschlossen.

Wir haben bereits im Monat Oktober an den Industriellenverband die Frage gerichtet, ob er bereit ist, mit uns darüber zu verhandeln, daß dieser ungeheure Prozentsatz von 8½ Prozent, der den Industrieangestellten willkürlich in einem Augenblick der Industriekrise genommen wurde, nicht wieder in irgendeiner Form ergänzt werden könnte. Meine Herren, ich habe die Verhandlungen mitgemacht — noch drei Tage vor den Wahlen waren die Herren des Industriellenverbandes die höflichsten Unterhändler, die ich jemals kennen gelernt habe. Sie haben die Forderungen der Industrieangestellten nicht abgelehnt, im Gegenteil, wir lesen in der „Industrie“, daß es nun endlich einmal dank der Sanierung Seipels zustande kommt, daß der Industrieangestellte wieder einmal individuell behandelt werden kann, und wie die Dinge alle hießen. Aber als die Wahlen vorüber waren, da zeigten die Unternehmer ihr eigentliches Gesicht. Wenn man die Dinge sehr genau durchsieht, besteht zwischen den Verhandlungen der Regierung mit den Staatsbeamten und den Verhandlungen des Schwarzenbergplatzes mit den Industrieangestellten immer ein sehr enger Zusammenhang. Ich erinnere zum Beispiel nur daran, daß eines Tages Bundeskanzler Dr. Seipel den geschaffenen Index gern wieder aus der Welt geschafft hätte und damals den schüchternen Versuch gemacht hat, zunächst einmal bei den Staatsbeamten anzupacken. Es gelang ihm nicht. Da kam der Schwarzenbergplatz und der Schwarzenbergplatz hat dem Herrn Bundeskanzler anscheinend gesagt: Überlaß uns das Geschäft, die Krise ist groß in der Industrie, wir werden den Versuch machen, den Index abzuschaffen. Meine Herren, wir weinen dem Index nicht nach,

aber eine Tatsache steht fest: mit dieser gesamten Sanierung damals ist auch zu gleicher Zeit der Industrieangestellte in eine haltlose Lebenslage gekommen. Sie sollten doch einmal — und das soll nicht nur an die Herren Streeruwitz und Weidenhoffer gerichtet sein, ich stelle mir zum Beispiel den Nationalrat Drexel aus Vorarlberg vor, von dem ich weiß, daß die Arbeiter und Angestellten es waren, die verlangt haben, daß er an Stelle des Ministers Dr. Schneider in den Nationalrat gewählt wird, ich stelle mir irgendwelche christlichsoziale Gewerkschaftssekretäre vor, von den Deutschnationalen gar nicht zu sprechen — Sie sollten sich doch einmal in den Versammlungen der Industrieangestellten darüber informieren, wie es denn dort aussieht, ob wirklich nur bodenloser Leichtsin die Industrieangestellten dazu gebracht hat, diesen Kampf zu suchen.

Man sagt uns, man müsse der Industrie Ruhe lassen, sie brauche Zeit zum Aufbau. Zugegeben. Aber, meine Herren, wenn Sie heute durch die deutschösterreichischen Gefilde fahren, so sehen Sie, daß nahezu jeder Betrieb restlos wieder auf den Friedensstand hergerichtet ist. Wir sind nicht böse darüber, es wäre falsch und unvolkswirtschaftlich gedacht, wenn wir uns nicht selbst darüber freuen würden, wenn man überall sieht, daß in den Betrieben investiert wird, daß die Betriebe wieder neu und schön dastehen. Aber ist es denkbar, daß die Industriellen nur ihre Maschinen erneuern, ihre Betriebe herrichten können, daß aber die Industrieangestellten, die man einmal die Offiziere der Arbeit genannt hat, langsam, aber sicher der Verelendung preisgegeben werden können? Und glaubt man, daß damit, daß der Herr Direktor Sailer, der Vorsteher einer großen oder kleinen Fabrik, dem Angestellten auf die Schulter klopf mit dem Bemerkten, daß wir uns alle einschränken müssen, die Frage erledigt ist? Diese Industrieangestellten sehen ja tief in das Herz des Betriebes hinein, sie haben keine übermütigen Forderungen gestellt, aber was sich da abspielt, ist nicht die Frage, ob die Industrieangestellten besser bezahlt werden müssen, sondern die Frage, daß die Industriekapitäne meinen, stark genug zu sein, die Industrieangestellten ihrer Organisation zu berauben und wieder zu den alten Knechten zu machen. (Zustimmung.) Deutlich geht dies daraus hervor, daß der Industriellenverband sagt, daß er in den Betrieben eine individuelle Erhöhung durchführen will; ganz gegen das Gesetz spricht er im gleichen Sinne aus, daß kein Betriebsrat dabei ein Wort mitzureden habe, ja sie haben den Industrieangestellten bis vor wenigen Tagen bei ihren Verhandlungen sogar verweigert, die Richtlinien kennen zu lernen, die im geheimen an die Industriellen hinausgegeben wurden und von denen ein hervorragender Führer der Industriellen in einer Versammlung derselben

gesagt hat, das solle der Anfang zu einer Lohnpolitik sein, bei der die Angestellten und ihre Organisationen auszuschalten sind. Das ist das wahre Gesicht und das, was sich drüben am Schwarzenbergplatz abspielt, würde sich — das wäre nur eine Frage der Zeit — auch im Schoße der Regierung gegenüber den Bundesangestellten abspielen. Die Zusammenhänge sind so fein und klar und ich habe nur den Wunsch, daß die Unternehmer, die sich von den Christlichsozialen in dieses Haus hier haben wählen lassen, nicht nur ihre Aufgabe darin sehen, im christlichsozialen Klub Zollpolitik usw. zu treiben, sondern einmal Rede und Antwort von diesem Plaze hier zu stehen, wenn die Industrieangestellten ein solches Element sind, das die Industrie zugrunde richtet. Wir haben sechs Wochen lange Verhandlungen hinter uns und die Unternehmer zeigen sich in einer Art des Starrsinn, daß es schon längst Aufgabe der Regierung gewesen wäre, sich um diese Dinge zu kümmern und wir können uns auch vorstellen, daß diese Dinge bei einem Minister für soziale Verwaltung, der sein Amt ernst ausfaßt, gar nicht vorkommen können. Aber wenn der Minister selbstverständlich nichts anderes als der Sekretär des Schwarzenbergplatzes ist, dann ist es begreiflich, daß bei den ganzen Verhandlungen nichts anderes als unter Umständen ein Bittgesuch des Herrn Schmitz an den Herrn Trebitsch herauskommen kann, er möge so gut sein und ihm jetzt keine Verlegenheiten bereiten.

Sie haben keine Ahnung von der Notlage dieser Angestellten. Die Angestelltengruppen, die gestern in den Streik getreten sind, sind sicherlich nicht mehr zu halten gewesen. Es war nicht mehr möglich, ihnen zu sagen: Wartet weiter ab, es wird schon irgendein Resultat zeitigen, weil sie eingesehen haben, daß es sich diesmal nicht um Fragen der Entlohnung handelt, sondern daß die Frage für die Unternehmer so prinzipiell geworden ist, daß es um ihre Organisation, daß es um ihre Rechte gehen soll. Denn mit der Ausschaltung der Organisation, die die Unternehmer bei den Angestellten nie und nimmer erreichen werden, ist ja auch der andere Ausweg verbunden, den wir immer und immer wieder in allen der Industrie nahestehenden Zeitungen hören: die soziale Gesetzgebung abzubauen. Man versucht dies, da die Angestellten erst nach dem Umsturz durch den Druck der Unternehmer, durch die Rücksichtslosigkeit der Unternehmer sich eng zusammengeschlossen und längst erkennen gelernt haben, daß sie so lange Knechtseelen bleiben müssen, so lange sie sich — man nennt das „individuell“ — dem Unternehmer zur Verfügung stellen. Diese Angestellten wissen heute sehr genau, daß sie nur innerhalb ihrer Organisation ihre Rechte finden. Nun wird ein Kampf heraufbeschworen, der unter Umständen solche Formen annehmen kann, daß sich die

Regierung damit wird beschäftigen müssen, ob sie will oder nicht; denn das, was der Herr Bundesminister Schmitz bis jetzt gemacht hat, mag gut sein, mag zumindest seine Pflicht gewesen sein, aber ich bin fest überzeugt, daß er den Herren um Streeruwitz herum sicherlich noch nicht ein ernstes Wort gesagt hat, ganz abgesehen vom Herrn Bundeskanzler Seipel, dem sicherlich die Aufrollung der Frage der Industrieangestellten innerhalb des Parlaments außerordentlich unangenehm ist.

Was wollen die Industrieangestellten? Nichts anderes als ein Existenzminimum, das auch dem letzten Industrieangestellten die Möglichkeit gibt, leben zu können. Denn die Industrie hat es längst verstanden, die Kulturbedürfnisse der Angestellten auszuschließen. Nur ein einziges Beispiel: Wenn Sie immer davon sprechen und besonders auch die Großdeutschen davon gesprochen haben, daß das deutsche Volk behütet werden muß, daß das Beste aus ihm herausgeholt werden muß, dann sage ich Ihnen, die Industrie ist auf dem besten Wege, in der nächsten Generation überhaupt keinen Nachwuchs an Industrieangestellten zu haben. Kein Industrieangestellter kann seinen Kindern heute eine Mittelschule geben, kein Industrieangestellter ist in der Lage, seinen Sohn heute auf ein Technikum zu senden. Das ist der Zustand, in den diese Leute gebracht worden sind. Nun wird verlangt, daß so ein Industrieangestellter nicht durch einen Freund und nicht durch seine Eltern, die es heute auch nicht mehr können, erhalten werden soll, sondern daß die Industrie verpflichtet ist, in dem Augenblick, wo sie einen Menschen anstellt und sein einziges Kapital, die Arbeitskraft, in Anspruch nimmt, ihm wenigstens so viel zu zahlen, daß er davon leben kann. Glauben Sie, daß ein Mensch mit 435.000 K leben kann? Glauben Sie, daß 1·2 Millionen für verheiratete Industrieangestellte ein menschenwürdiges Einkommen sind? Sie sprechen von dem neuen Mittelstand, der längst nicht mehr existiert, der längst durch die Sanierung, an die sich die Unternehmer so glänzend angehängt haben, verloren gegangen ist.

Und eine Versicherung möchte ich Ihnen zum Schusse geben: Es wird die Phrase, daß wir der Industrie helfen müssen, damit sie nicht zugrunde geht, Sie nicht darüber hinwegbringen, daß zunächst einmal dem Industrieangestellten, und zwar unter dem Druck dieses Hauses und dem Druck der Regierung das Recht zuteil werden muß, wenn er arbeitet, auch leben zu können und nicht hungern zu müssen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es so außerordentlich schwer fallen muß, dem Unternehmerverband am Schwarzenbergplatz klar zu machen, daß die heutige Zeit nicht dazu angetan ist, prinzipielle Kämpfe zu führen. Wenn die Regierung mit ihrer Sanierung so sehr ernst macht, dann müßte sie eben jedes Mittel gegen die Unternehmer

anwenden, damit sie von einem Kampf abstecken, der in seiner letzten Auswirkung kein finanzieller, sondern ein prinzipieller sein soll, denn das mögen die Industriellen zur Kenntnis nehmen: Knechtseelen werden sie aus den Industrieangestellten nicht mehr machen können! (*Beifall und Händeklatschen.*)

Heiner: Meine Damen und Herren! Ich habe die Ehre, heute zum erstenmal vor diesem hohen Hause zu sprechen, und ich möchte das, weil eine Frage angeschnitten wurde, über die ich einigermaßen orientiert bin, in möglichst sachlicher Weise tun. Mein Herr Vorredner hat hier verschiedene Angriffe gegen uns Unternehmer gemacht und auch einer der früheren Herren hat es als bedauerlich hingestellt, daß wir jetzt hier in diesem Hause sitzen. Ich möchte Ihnen zur Aufklärung sagen, daß wir sehr ernste Motive gehabt haben, daß wir uns erstens einmal in den Wahlkampf eingelassen haben und zweitens unsere Zeit opfern (*Heiterkeit*), damit wir hier in Ihren Kreisen Verständnis für unsere Tätigkeit erwecken. (*Glöckel: Wie haben Sie sich denn in den Wahlkampf eingelassen?*) Ich möchte Ihnen nur versichern, daß ich jahrelang im Interesse der Arbeiterschaft — und die Gewerkschaftsführer werden dieser meiner Versicherung Glauben schenken —, ohne dafür von irgendeiner Stelle einen Heller zu beziehen, ohne irgendeinen Vorzug zu genießen, gearbeitet habe, nur um die Gegensätze, die ja nach dem Krieg verständlicherweise so arg geworden sind, auszugleichen. Ich habe also Anspruch darauf, daß Sie auch meine jetzige Tätigkeit von diesem Standpunkt aus betrachten. (*Ruf: Wird geschehen!*) Ich bin deshalb hier hereingekommen, weil ich es für richtig gefunden habe, wenn wir endlich einmal alle zusammen die Gegensätze dadurch ausgleichen, daß wir uns gegenseitig Verständnis entgegenbringen, und das kann nur geschehen, wenn die zweite Seite — und das ist diese Seite — richtig informiert ist und nicht fort auf Schlagworte zu antworten hat, die manchmal einer Berechtigung entbehren. Wir wissen sehr gut, wie operiert wurde und wie man an einem anderen Ort versteht, in dieser Art zu arbeiten. Zur Sache selbst übergehend, möchte ich folgendes erwähnen: Die Angelegenheit mit den Industrieangestellten, die sich jetzt in so bedauerlicher Weise zugespitzt hat, ist nicht von uns auf dieses Gleis geschoben worden. Die Verhandlungen wurden wie üblich eingeleitet und es ist ganz unrichtig und ich muß in dieser Beziehung meinen Vorredner ganz besonders berichtigen, daß wir vor den Wahlen den Angestelltenvertretern gegenüber anders aufgetreten sind als nach den Wahlen. Es ist bei uns auf dem Schwarzenbergplatz immer Sitte gewesen, in der höflichsten und manierlichsten Form mit den Herren Vertretern zu sprechen, und dasselbe geschieht auch jetzt. Aber es gibt gewisse Grenzen und die

werden von den wirtschaftlichen Notwendigkeiten diktiert. Wir haben in einer programmatischen Rede damals unsere Vollversammlung dafür gewonnen, daß die Industriellen die größten Opfer dafür bringen, daß die Beamten, die während der ganzen Zeit zurückgeblieben sind, endlich einmal wieder mit ihren Bezügen nachrücken können, denn wir als Vertreter der Industrie und auch als Vertreter der christlichsozialen Partei (*Heiterkeit*) haben das größte Interesse daran (*Zwischenrufe.*) — meine Herren! Es kann wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß ich Ihnen nicht zugehöre — dessen können Sie sicher sein. Ich würde mich bedanken! (*Anhaltende Zwischenrufe.*) Bitte lassen Sie mich fortsetzen. Wir haben das größte Interesse daran und wir haben es wiederholt erklärt und bewiesen, daß wir im Rahmen des Möglichen eine Angleichung an die Friedensbezüge wünschen. Wenn die Arbeit nicht immer so schnell vor sich gegangen ist, wie wir es gewünscht hätten, so sind andere, auch Ihnen sehr wohlbekannte Ursachen dafür maßgebend. Wir haben also die Weisung hinausgegeben, die uns als selbstverständlich für die Zukunft dünkt, wenn wir an einen wirklichen Wiederaufbau der Wirtschaft denken, daß in unseren Betrieben diejenigen, die für den Betrieb am wertvollsten sind, also die geistig Höchststehenden, also in erster Linie diejenigen, die schon im Frieden die wertvollsten Mitarbeiter des Betriebes gewesen sind, in ihren Bezügen auf das Maß hinausgesetzt werden, das sie leider Gottes noch immer nicht haben können. Ist es ein so großes Verbrechen, wenn man die verfügbaren Mittel, die nicht beliebig zu vergrößern sind, weil uns keine Banknotenpresse zur Verfügung steht, in erster Linie denjenigen zuwendet, die sie mehr als die anderen brauchen? Dabei sage ich nicht, daß diejenigen, die 500.000, 600.000 und 800.000 K beziehen, nicht auch noch etwas brauchen würden. Wir sind alle noch weit davon entfernt, für unsere Tätigkeit — und dazu rechnen auch wir uns — diejenige Entlohnung zu bekommen, auf die wir Anspruch erheben können. Aber ich bitte nicht zu vergessen, daß wir den Krieg nicht allein verloren haben, sondern daß alle miteinander Opfer des Krieges geworden sind. (*Zwischenrufe.*) Ich habe den Krieg nicht verursacht, meine Herren. (*Neuerliche Zwischenrufe.* — *Ruf: Aber ausgenutzt!*) Auch nicht, ich habe mich freiwillig gemeldet. Ich bitte daher solche Zwischenrufe bei mir zu unterlassen.

Ist es nun nicht richtig, meine Herren, wenn wir der Überzeugung sind, daß diejenigen, die so weit in ihren Bezügen zurückgeblieben sind, in erster Linie aufrücken müssen, und wenn wir nur einen bestimmten Betrag zur Verfügung haben, daß wir diesen Betrag in möglichst gerechter Weise und nicht schablonenmäßig aufteilen, daß wir endlich mit diesen linearen Erhöhungen, die nur die Unzufrieden-

heit der Kreise hervorrufen, auf die wir besonderen Wert legen müssen, endlich ein Ende machen wollen? Das hat mit einem Wahlmanöver gar nichts zu tun; denn wir waren gewohnt, immer sachlich zu arbeiten. Das ist auch der Grund, warum wir hier mit den anderen Herren zusammen arbeiten, damit diese unsere Schmerzen und Sorgen kennen lernen; denn wir sind nicht auf Rosen gebettet, wie Sie immer ausposaunen. Wir wissen, daß auch alle anderen Produzenten, die unserer Partei angehören, dieselben Schmerzen und Sorgen haben, und wir wollen hier einen Ausgleich schaffen. Das ist der Grund unserer Tätigkeit.

Sie haben auch davon gesprochen, daß es sich hier darum handelt, daß wir den Beamten nicht das Existenzminimum gewähren wollen. Das ist unrichtig. Es handelt sich heute darum, daß wir sagen, die berechtigten Forderungen der Beamtenschaft nach Erhöhung ihrer Bezüge im Rahmen des Möglichen sollen nicht mit Forderungen verquickt werden, die damit nichts zu tun haben. Was hat es aber damit zu tun, daß jetzt plötzlich die Forderung hineingeworfen wird, daß die Beamten oder Betriebsräte bei der Bestimmung des Gehaltes mitzureden haben? *(Zwischenrufe.)* Wir finden es als eine Erschwerung der ganzen Verhandlungen, wenn diese Forderung weiter aufrecht bleibt und ich kann Ihnen von dieser Stelle aus versichern, daß ich nach wie vor mit aller Energie und aller Kraft, die uns zur Verfügung steht, dafür eintreten werde, daß diejenigen Angestellten in unseren Betrieben, auf die wir wegen ihrer geistigen Qualitäten so großen Wert legen, daß wir sie als Mitglieder unserer Betriebe betrachten, auch wirklich zu ihrem Rechte kommen. Aber Sie können nicht verlangen, daß wir den Leuten etwas versprechen, was wir ihnen dann wegen Mangels an Mitteln nicht auszahlen können. Das wäre ein Unrecht und würde Unheil bringen und nicht zur Entwicklung der Betriebe beitragen. Wir hoffen, daß sich die Situation bessern wird.

Unsere Methode, der Arbeitslosigkeit zu steuern, unterscheidet sich wesentlich von Ihrer Methode, meine Herren! Wenn Sie den Kampf verschärfen, dann wird die Arbeitslosigkeit nicht abgebaut, sondern sie wird größer werden. Wir stellen uns nämlich vor, daß die Arbeitslosigkeit der Beamten, Angestellten und Arbeiter am besten dadurch bekämpft wird, daß man wieder sämtlichen Unternehmern Interesse an ihrem Betrieb beibringt und sie anspornt, die Kapazität ihrer Betriebe aufs höchste zu steigern, damit sie wieder mehr Leute einstellen können. Aber auf die von Ihnen geübte Art, daß man jedem Unternehmer die Arbeit verweigert, daß man ihm die Arbeit zur Last macht, werden wir das nicht erreichen.

Sie dürfen nicht glauben, daß irgendein Mensch Interesse daran hat, unterstützt zu werden. Auch

wir sind überzeugt, daß die überwiegende Mehrzahl unserer Arbeiter und Angestellten statt Unterstützungen lieber Lohn und Verdienst haben wollen, und es ist unser Bestreben, dieses Ziel zu erreichen. Wir haben auch sicherlich Anspruch darauf, in diesem unserem Bestreben, in dem wir mit allen Mitgliedern unserer Partei einig sind, unterstützt zu werden. Ich möchte ganz besonders darauf hinweisen, daß wir früher als Sie erkannt haben, daß die geistig-hochstehenden Arbeiter, der sogenannte Mittelstand, diese darbenenden Ärzte, Ingenieure usw., daß alle diese Leute endlich einmal zu einer lebensmöglichen Existenz gelangen müssen. Aber auf die von Ihnen geübte Art ist das leider nicht zu machen. Ich glaube, daß wir früher zu einem Ziel gelangen, wie wir es vorhaben und einleiten werden. Ich möchte also bitten, daß nicht von dieser Stelle in einem Kampfe, der von uns in sachlicher Weise ausgetragen wird und den wir gar nicht als Kampf, sondern nur als eine Verhandlung betrachten *(Zwischenrufe.)* . . . Es ist auch Ihre Schuld, daß das so lang gedauert hat. *(Zwischenrufe.)* Es wurde hier vorhin gesagt, daß ein Angestellter mit 1.6 Millionen nicht leben kann. Ich frage den Gewerkschaftsführer Herrn Hueber, wie viele tausend Arbeiter in vier Wochen je 400.000 Kronen beziehen und dabei die Vorzüge, die der Beamte noch immer hat, Fortbezahlung seines Gehaltes während der Erkrankung usw., nicht genießen. Ich gebe zu, das ist nicht der ideale Zustand für einen Beamten, aber wir haben ja die feste Absicht, jedem Beamten nach seiner Leistung das möglichste zu geben, bis die finanziellen Verhältnisse es gestatten. Lassen Sie uns einmal die störenden Grenzen öffnen und unseren Export vergrößern. Dann werden wir die ersten sein, die von selbst, ohne daß Sie das hier mit politischen Forderungen verquicken, für unsere Beamten sorgen werden. *(Lebhafte Beifall. — Zwischenrufe. — Forstner: Wo sind die politischen Forderungen?)* Das ist die Politik, die wir in unseren Betrieben verfolgen und wegen dieser Politik können Sie uns keine Vorwürfe machen. Wir werden nach wie vor bestrebt sein, da bin ich der Unterstützung unserer Partei sicher *(Zustimmung)*, die berechtigten Forderungen dieser Leute zu erfüllen. Aber ich versichere Ihnen, das kann nicht hier und nicht auf diese Weise geschehen, sondern nur auf Grund sachlicher Beratungen und an der Stelle, wo das geschehen muß. *(Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)*

Dr. **Bauer:** Hohes Haus! Ich begrüße es, daß wir bei diesen Erörterungen zum ersten Male nicht bloß den kleinen Agenten der Unternehmerverbände, sondern ihren berufenen Vertretern gegenüberstehen. Der Herr Abg. Reiner würde uns ganz mißverstehen, wenn er meinte, daß wir es etwa bedauern oder für einen Rückschritt halten, daß diejenigen, die bisher nur von außen her die Drähte zogen, an denen sich die

Christlichsoziale Partei bewegte, jetzt auch selbst die Führung dieser Partei übernommen haben. (*Lebhafter Beifall und Zwischenrufe.*) Wir begrüßen das in Gegenteil sehr, weil es zur Klarstellung der Verhältnisse außerordentlich viel beitragen wird.

Meine Herren! Wenn aus einigen Zwischenrufen, die von meinen Freunden gemacht wurden, der Herr Abg. Reiner vielleicht den Schluß gezogen hat, als ob die Herren, die da den Verband der Industriellen vertreten, auf eine besondere Feindseligkeit bei uns stoßen würden, so möchte ich folgendes bemerken. Dagegen, daß Herr Reiner auf diesen Bänken sitzt, ist gar nichts zu sagen. Der Herr Abg. Reiner hat in einem Wiener Wahlkreis kandidiert und ist von einem Wiener Wahlkreis gewählt worden. Etwas anderer Natur scheint uns allerdings die Zugehörigkeit der Herren Streeruwitz und Weidenhoffer zu diesem Hause zu sein, die auf ganz anderen Wegen in das Haus gekommen sind, die man vor dem Wahltag vor den Wählern sorgfältig versteckt hat, damit ja kein Wähler wisse, daß sie kandidieren, und die dann erst durch Ernennung des Bundeskanzlers die Wirksamkeit in diesem hohen Hause erhielten.

Aber das sage ich nur, um die Zwischenrufe meiner Freunde zu erklären. Ob die Methode zulässig ist, auf diese Weise Abgeordnete zu erzeugen, wie dies bei den beiden Herren geschehen ist, darüber wird an anderer Stelle noch ausführlich gesprochen werden. (*Heinl: Sie haben ja auch solche Abgeordnete in Ihrer Partei!*) Nein, Herr Abg. Heinl, unter uns sitzt hier niemand, der nicht in einem Wahlkreis vor den Wählern kandidiert hat. (*Zwischenrufe.*) Ich bitte, Herr Streeruwitz hat, wie Sie sehr genau wissen, seine Wählerversammlungen für den niederösterreichischen Wahlkreis unter dem Wienerwald in einem Zimmer des niederösterreichischen Gewerbevereines in Wien abgehalten. Sie werden das also nicht vergleichen. Sie werden nicht vergleichen die Herren, die als Ersatzmänner an unmöglichen Stellen aufgestellt worden sind, um einer formalen Bestimmung des Gesetzes zu genügen, die aber in Wirklichkeit vor den Wählern nicht kandidiert haben und die man auf diesem Weg ins Haus gebracht hat. Vor allem werden Sie nicht in Abrede stellen, was Sie ja nie in Abrede gestellt haben, daß diesen Kandidaturen Abmachungen vorausgegangen sind, in denen es sich um Geschäfte, um Geld und Geldeswert gehandelt hat (*Zwischenrufe*), was für die Beurteilung sehr wesentlich ist. Aber ich wiederhole, ich wollte davon gar nicht reden, ich wollte nur dem Abg. Reiner sagen: Gegen die Art, wie er in dieses Haus gekommen ist, läßt sich gar keine Einwendung erheben, und daß die Herren überhaupt hier im Hause sind und nun selber ihre Sache führen, kann uns nur recht und willkommen sein. Nur glaube ich, werden Sie den Zweck, den die Herren damit verfolgen, nur dann erreichen, wenn wir hier miteinander zwar

als Gegner, aber doch ohne Unterstellungen verkehren. Es würde also zum Beispiel meines Erachtens einer solchen Verhandlungsmethode nicht förderlich sein, wenn die Herren sich angewöhnen würden, hier bei Besprechung eines rein sozialen Konfliktes, von dem kein Mensch behaupten kann, daß er eine politische Seite habe, zu behaupten, daß wir irgendwelche politische Nebenabsichten haben. Der Herr Abg. Reiner weiß sehr gut, daß das gar nicht wahr ist, und es ist daher nicht nötig, es hier zu behaupten.

Ebenso würde es nicht zweckmäßig sein, wenn wir hier die Dinge in der Weise erörtern würden, daß man uns erzählt: die Industrie könnte wunderschön leben, wenn die Sozialdemokraten nur nichts anderes im Sinne hätten, als die Industrie bei ihrer Arbeit zu stören. Daß unsere gewerkschaftlichen Organisationen — und um die handelt es sich und nicht um die Partei — selbstverständlich die Interessen ihrer Mitglieder mit allen gewerkschaftlichen Mitteln zu vertreten haben, ist natürlich und wird von den Herren Unternehmern um so begreiflicher gefunden werden, als sie ja ihre eigenen Interessen sehr rücksichtslos zu vertreten fähig und geneigt sind. Aber wenn der Herr Abg. Reiner von Industrieförderung redet, so wird er, wenn er den Tatsachen die Ehre geben will, zugeben müssen, daß, wenn es seit der Zeit des Umsturzes, während desselben und nachher bis heute gelungen ist, die Industrie aus dem Chaos, in das sie durch den Krieg und den Zusammenbruch gestürzt wurde, herauszuarbeiten, sie überhaupt existenzfähig zu machen und in ihr die Voraussetzungen einer geordneten Arbeit wieder herzustellen, die Gewerkschaften daran wahrlich einen nicht geringen Anteil gehabt haben. (*Reiner: Das ist wahr!*) Der Herr Abgeordnete gibt das zu. Also reden wir nicht so miteinander, als hätten wir nichts anderes im Sinne, als die Existenz der Industrie zu stören, was ja von uns, wenn wir das betreiben würden, eine selbstmörderische Politik wäre. Der Wunsch, daß die Industrie existiere, daß sie sich entwickle und möglichst viele Menschen beschäftige, ist uns wahrlich gemeinsam, weil in diesem Punkt in der Tat gemeinsame Interessen vorliegen.

Es handelt sich aber um ganz etwas anderes. Schaffen wir die Nebenargumente, die ja auf der rechten Seite dieses Hauses Beifall finden mögen, die aber natürlich jede ernsthafte Erörterung unmöglich machen, beiseite und reden wir davon, worum es sich wirklich und ernsthaft in dem Konflikt, der hier zur Sprache gekommen ist, handelt. Der Herr Abg. Reiner hat hier den Gegensatz, der zwischen uns besteht und der die Ursache des Konfliktes ist, selber mit voller Deutlichkeit bezeichnet. Er hat gesagt, das, was die Herren vom Schwarzenbergplatz wünschen, sei: keine lineare Erhöhung, wie sich der Herr Abgeordnete ausgedrückt hat, —

linear ist nur die Teuerung, die Abwehrmittel gegen die Teuerung brauchen nicht linear zu sein (*Zustimmung*) — sondern die Industrie wird sich den herausuchen, von dem sie meint, daß er gerade eine individuelle Erhöhung seines Gehaltes verdient, und die wird sie ihm geben und dem anderen wird sie eben nicht geben. Hier ist der wirkliche Gegensatz; denn was Sie wollen, ist: keine Erhöhung durch Vertrag zwischen gleichberechtigten Partnern, sondern Erhöhung nur durch Gnade, die der Herr seinem Diener gewährt. Das ist der Unterschied zwischen uns. (*Lebhafte Zustimmung.*) Auch der Herr Abg. Reiner wird zugeben, daß es heute bei Verhandlungen mit den Arbeitern für die Unternehmer ganz ausgeschlossen wäre, eine solche Forderung zu stellen. Das würden sie gar nicht wagen, weil sie wissen, auf welche erbitterte, leidenschaftliche und bedingungslose Ablehnung sie bei den Arbeitern stoßen würden, die ja wissen, was es bedeutet, auf die Gnade des Unternehmers angewiesen zu sein. Sie bilden sich aber ein, meine Herren, daß die Angestellten noch nicht so viel Selbstbewußtsein haben, um nicht Gnaden empfangen zu wollen, sondern sich Vertragsrechte sichern zu wollen, und deswegen versuchen Sie das bei den Angestellten. Das ist der wahre Grund des Konfliktes und das müssen Sie aufgeben, meine Herren. Bitte, niemand will Sie im geringsten daran hindern, einem Angestellten, den sie besonders verdient finden, etwas zuzugeben. Das haben Sie immer tun können und immer getan und Sie können es auch weiter tun. Aber das darf nicht der Forderung nach einem festen und vertraglichen Rechte gegenübergestellt werden, das die Angestellten haben müssen, und das ist der wirkliche Gegenstand des Streites.

Der Herr Abg. Reiner hat gesagt, es gehe ja natürlich aus dem Leistungsprinzip hervor, daß die geistig Höchststehenden unter den Angestellten solche individuelle Zulagen bekommen müssen. Aber es waren noch nicht drei Minuten vergangen und der Herr Abg. Reiner hatte sich schon vom Leistungsprinzip entfernt; denn als ihm vorgehalten wurde, daß Angestellte, welche eine Mittelschule oder eine Staatsgewerbeschule absolviert haben, ganz unmögliche Bezüge haben, daß Angestellte mit einer hohen Qualifikation 1,200.000 K im Monat beziehen, hat er plötzlich gesagt: Was ist es mit den Arbeitern? Die haben ja auch nicht mehr. Da war man plötzlich vom Leistungsprinzip weg, da war man plötzlich wieder beim Alimentationsprinzip: ja, wenn der Arbeiter damit leben kann, muß es auch der Angestellte können. Sie müssen sich doch, meine Herren, für ein Prinzip entscheiden. Denn Sie werden doch nicht je nach Bedarf Leistungsprinzip und Alimentationsprinzip derart miteinander kombinieren können.

Der Herr Abg. Reiner hat weiter gesagt: die Industriellen haben eben beschränkte Mittel, und da sie diese für die individuellen Erhöhungen an diejenigen brauchen, die ihnen passen, können sie allgemeine Erhöhungen nicht bewilligen. Ich glaube, es ist genau umgekehrt: zuerst müssen Sie die Gehalte so regulieren, daß jeder von diesen Angestellten nicht verhungert (*Zustimmung*) und dann, meine Herren, wird es sich noch immer für Sie auszahlen, Erhöhungen für besondere Leistungen zu bewilligen.

Aber, meine Herren, es kann sicherlich nicht Aufgabe des Parlaments sein, sich in die Einzelheiten dieses Streites zwischen den Industriellen und den Industrieangestellten einzulassen. Wogegen ich mich aber wenden muß, das ist das Verfahren in dieser Sache. Es unterliegt keinem Zweifel, daß das Verfahren, das der Industriellenorganisation in dieser Angelegenheit beliebt hat, eine der größten Gefahren herausbeschwört, die für unsere Volkswirtschaft überhaupt herausbeschworen werden können. Denn dieser Konflikt droht ja ein Konflikt von ganz außerordentlicher Tragweite zu werden. Die Herren Unternehmer haben gestern schon einige tausend Arbeiter ausgesperrt, weil die Angestellten in den Streik getreten sind, obwohl eine technische Notwendigkeit zu dieser Aussperrung gestern nach Versicherungen von Fachleuten — ich selbst würde mir da gewiß kein Urteil anmaßen — nicht bestanden hat. Ich gebe zu, daß eine längere Dauer des Streiks dazu selbstverständlich führen könnte; aber daß die Herren sofort in der ersten Stunde die Arbeiter aussperrten mußten, macht auf die Arbeiter und Angestellten nicht den Eindruck einer technischen Notwendigkeit, sondern einer Kampfmaßregel, die Sie ergriffen haben. Aber wie immer, gewiß ist, daß, wenn der Streik länger dauert, in erster Linie natürlich die ganze Industrie hineingezogen wird, und zwar, worauf ich aufmerksam machen möchte, nicht nur die Metallindustrie, sondern eine ganze Reihe anderer Industrien, deren Angestellte von diesem Konflikte berührt sind und unter denen eine ganze Reihe von lebenswichtigen Betrieben sind. Es ist ganz klar, daß da der Industrie, daß da der Volkswirtschaft, daß da dem Staatswesen, daß da dem sozialen Frieden eine ganz außerordentliche Gefahr droht, und diese Gefahr wird eben herbeigeführt dadurch, daß Sie nicht nur eine Politik treiben, die an die Stelle des Prinzips des Rechtes in den Bureaus der Industrie das Prinzip der Gnade setzen will, sondern sie wird herbeigeführt auch durch die Art, wie Sie die Verhandlungen führen, dadurch, daß Sie seit sieben Wochen die Angestellten hinziehen, dadurch, daß Sie die Geduld der Angestellten auf die denkbar schwerste und längste Probe stellen, so daß es schließlich zu der Explosion von gestern gekommen

ist. Und das ist der Vorwurf, den wir Ihnen machen, und das ist das, worauf ich das hohe Haus aufmerksam mache, weil wir überzeugt sind, daß gegenüber all dem großen Gerede von der Sanierung es fürs erste keine Sanierung ist, wenn man die Menschen in Lebensverhältnisse bringt, bei denen sie einfach buchstäblich nicht leben können — es gibt niemanden hier, der behauptet, daß man mit diesem famosen Mindestgehalt von 438.000 K im Monat leben kann — zweitens deswegen, weil es ganz klar ist, daß die industrielle Katastrophe, die diese Taktik des Unternehmertums heraufzubeschwören droht, eine der größten gesellschaftlichen Gefahren ist, die dem Lande überhaupt zu drohen vermögen. Deswegen halte ich es für ganz angemessen, daß meine Freunde Leuthner und Baumgärtel das hier besprochen haben.

Meine Herren! Der Herr Abg. Keiner hat hier auseinandergesetzt, man dürfe nicht eine Politik machen, die dem Unternehmertum das Arbeiten verefelt. Aber, meine Herren, die Industrie beruht doch nicht nur auf der Arbeit der Unternehmer. In erster Linie glauben wir, dürfen Sie keine Politik machen, die den Angestellten und den Arbeitern das Arbeiten verefelt. *(Lebhafter Beifall.)* Wenn Sie den Angestellten, den geistigen Arbeitern, den Offizieren der Industrie, Gehalte bezahlen, bei denen sie nicht leben können, wenn Sie auf deren Rechte einen Angriff unternehmen und sie wieder auf bloße Gnade setzen wollen, wenn Sie durch dieses Hinausschleppen der Verhandlungen an den Nerven der Leute zerrn und sie in den Zustand der größten Erregung bringen, meine Herren, bei einer solchen Politik mag man vielleicht den Fiskus sanieren können, aber die Volkswirtschaft saniert man mit solchen Mitteln nicht. *(Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)*

Dr. **Buresch**: Hohes Haus! Im Laufe der heutigen Debatte wurden die Schulverhältnisse in Niederösterreich berührt und wurde die Behauptung aufgestellt, daß es Schulklassen in Niederösterreich gibt, in denen sich 130 Kinder befinden *(Zwischenrufe)*, vielleicht in einer Klasse mehr oder weniger, jedenfalls über 100 Kinder. Insbesondere wurde der Name Harmannschlag genannt. Ich habe mir sofort, um nicht bloß etwas ohne Begründung zu negieren, vom Landeschulrate Nachricht kommen lassen, wie hoch die Anzahl der Kinder in Harmannschlag ist. Ich erhielt folgende Antwort *(liest)*: „An der Schule in Harmannschlag im Bezirke Gmünd sind derzeit 147 Kinder. Die Schule ist dreiklassig.“ *(Lebhafter Rufe: Hört! Hört!)* Wieso es möglich sein kann, daß da über 100 Kinder in einer Klasse sein können, weiß ich nicht. *(Schneidmadl: Stössing liegt in Niederösterreich!)* Wenn vielleicht zufällig der Fall einmal eingetreten sein sollte, daß infolge der Erkrankung von zwei Lehrern

an einem Tage die Kinder in einer Klasse vereinigt gewesen sind, so kann das kein Vorwurf gegen die Schulverwaltung sein. Ich mache übrigens auf eine Tatsache aufmerksam, die dem hohen Hause auch bekannt ist: Alle Abbaumaßnahmen im Lande Niederösterreich auf dem Gebiete des Schulwesens, die durch die Tatsache der ungeheuren Verminderung der Kinderzahl diktiert worden waren, sind im Einverständnis und im vollen Einvernehmen mit den sozialdemokratischen Mitgliedern der Landesregierung gemacht worden. *(Lebhafter Hört! Hört!-Rufe. — Gegenrufe: Im heftigsten Kampfe!)* Von dem Kampfe haben wir nicht das geringste gespürt. *(Lebhafter Beifall.)*

Glöckel: Hohes Haus! Ich hatte nicht die Absicht, das Wort zu ergreifen, da ich es mir, bei aller persönlichen Freundschaft, die ich dem Herrn Abg. Kollmann entgegenbringe, abgewöhnen will, ihm auf dem Gebiete des Schulwesens zu antworten; Herr Abg. Kollmann hat Anspruch auf den Mißbegründungsgrund, daß er sich nur im Nebensach mit Schulfragen beschäftigt. Anders ist es aber beim Herrn Landeshauptmann Dr. Buresch, der hier gewissermaßen als Amtsperson, als Vorsitzender des Landes-schulrates erscheint und der die Ausführungen meines Freundes Leuthner als unrichtig bezeichnet hat. Ich glaube, der Herr Landeshauptmann Dr. Buresch, der auch die Verantwortung für das Schulwesen Niederösterreichs zu tragen hat, wird mir sehr dankbar sein, wenn ich seine etwas mangelhaften Daten hier ergänze.

Herr Kollmann hat als Parteimann eine außerordentlich tapfere Haltung eingenommen, er versuchte, die Regierung, die auf dem Gebiete des Schulwesens mit Recht eine schwarze genannt werden kann, weißzuwaschen; tapfer aus dem Grunde, weil ihm nur recht unzulängliche Mittel zur Verfügung standen und daher die Aussicht auf Erfolg von vornherein ziemlich aussichtslos war. Abg. Kollmann führte aus, daß die Regierung eigentlich ganz unschuldig an dem Abbau der Klassen, an der Entlassung der Lehrer usw. sei. *(Kollmann: Wiederholen Sie meine Worte, Herr Abg. Glöckel, die ich gesprochen habe! Unterlegen Sie mir nichts, was ich nicht gesagt habe!)* Hochverehrter Herr Kollmann, es ist nicht meine Art, zu verdrehen. *(Zwischenruf Kollmann.)* Schauen Sie, Herr Abg. Kollmann, mit Beschimpfungen kommen wir nicht weiter. *(Kollmann: Ich habe nicht geschimpft!)* Wenn das keine Beschimpfung ist, wenn Sie sagen, daß ich verdrehe. *(Kollmann: Das habe ich nicht gesagt!)* Herr Kollmann, erlauben Sie, wir werden uns sofort verstehen. Der Herr Abg. Kollmann hat hier die Sache so dargestellt, als würden diese Ersparungsmaßnahmen ausnahmslos Angelegenheiten der Länder sein. Das ist doch richtig. Und da wende ich mich gegen den Herrn Abg. Kollmann, weil ich sehr

genau weiß, daß sich die Länder, als sie sich in den Länderkonferenzen halbwegs über den Weg zu einigen versuchten — und der Herr Abg. Kollmann wird sicher darüber orientiert sein, da er über die Sache hier gesprochen hat —, keineswegs frei entschließen konnten, sondern daß diese Länderkonferenzen unter einem ganz unerhörten Druck der Zentralregierung standen und in diesen Länderkonferenzen der Herr Ersparungskommissär Hornik und das Finanzministerium das entscheidende Wort sprachen; denn ich kann nicht annehmen, daß Sie damals nur nach Salzburg fuhren, um sich die schöne Gegend anzusehen. Sie hatten eine bestimmte Mission! Ich war damals bei der Länderkonferenz anwesend. Sie mußten dafür sorgen, daß die Länder jene Unterrichtersparungspolitik, jene unglückselige Politik einschlagen, die die Regierung wollte; ich muß es Ihrer Entscheidung überlassen, ob nicht manchen Ländern dieser Druck recht willkommen war, weil sie neben Ersparungen noch andere und, wie ich glaube, politische Ziele verfolgen konnten. Und schließlich wurde in allen Ländern das Programm der Zentralregierung durchzuführen versucht, und wo dieses Programm nicht vollkommen durchgeführt wurde, ist es nicht das Verdienst der christlichsozialen Partei, sondern es ist das Ergebnis eines harten, schweren Ringens, das die sozialdemokratischen Abgeordneten in den verschiedensten Landesregierungen und Landtagen geführt haben, um zu retten, was zu retten ist. *(Beifall.)*

Wenn der Herr Landeshauptmann Buresch sagt: „im Einvernehmen mit der sozialdemokratischen Partei“, dann erlaube ich mir den Herrn Landeshauptmann darauf zu verweisen, daß er den Begriff „Einvernehmen“ recht weitherzig deutet! Ich weiß, daß es in der niederösterreichischen Landesregierung und in der niederösterreichischen Landesverwaltung zu den schwersten Konflikten, zu den schwersten Kämpfen gekommen ist. Ich weiß, daß man damit gerechnet hat, heute oder morgen den niederösterreichischen Landtag wegen dieser Abbaumaßnahmen und vielfach wegen der Loyalität, wie man diese durchführen wollte, stillzustellen oder aus der Regierung auszutreten. So sind die Dinge, so schaut das Einvernehmen in diesen Dingen aus. *(Dr. Buresch: Sie irren sich gewaltig!)* Ich glaube nicht, daß ich mich irre, ich habe meine Informationen, und ich glaube nur, daß der Herr Abg. Buresch sich vielleicht euphemistischer auszudrücken vermag als ich, aber es ist wirklich so. Tatsache ist, daß in allen diesen Ländern je nach der Stärke und dem Einfluß der sozialdemokratischen Partei die Abbaumaßnahmen auf dem Gebiete des Schulwesens mehr oder minder stark durchgeführt wurden. Es ist ein unglückseliger Gedanke — das heißt, ich weiß nicht, ob es ein Gedanke war, ob es nicht ein Vorwand ist —, dadurch, daß man im Schul-

wesen spart, irgendwie die Sanierung des Staates fördern zu wollen. Wir sind der Meinung, daß das eine fraudulose Wirtschaft ist, die man hier einführt. Wir sind der Meinung, daß wir die Aufgabe hätten, alle Kräfte, die im Volke schlummern, zur Ausnützung, zur Entfaltung zu bringen, und wenn wir je gute Schulen gebraucht haben, wenn man je wenig Kinder einem Lehrer unterstellen sollte, so ist dies die Zeit, wo wir so tief wirtschaftlich heruntergekommen sind, wo wir alles dazu verwenden müssen, um die Leistungsfähigkeit zu erhöhen, um den Stand der Kultur zu entwickeln und noch weiter in die Höhe zu bringen. Auf diesem Wege der Sanierung können wir Ihnen nicht folgen, und wenn der Herr Abg. Kollmann von Tirol gesprochen und sich gefreut hat, daß es nicht richtig sei, daß in einer Klasse 140 Kinder sind, was ich, nebenbei bemerkt, glaube bezweifeln zu dürfen, es dürften solche Klassen sein, aber ich weiß das nicht und will es daher nicht behaupten... *(Zwischenrufe)* ... ich bitte um Verzeihung: wie man in den Wald hineinruft, so schallt es zurück, und so ist das, wie es der Herr Abg. Kollmann dargestellt hat — wie sagt man in Baden? — ein Dreh, den Sie mir zugemutet haben. Nun handelt es sich in Tirol um folgende Sache. Die Landesregierung hat beschlossen, die Schülerzahl auf 70 zu fixieren, aber auch, daß es möglich sein soll, einem Lehrer vormittags 70 und nachmittags 70 Kinder zu unterstellen. Ist das etwas anderes, als wenn 140 Kinder in einer Klasse wären? *(Widerspruch.)* Jawohl; hat denn der Lehrer nicht nur eine gewisse Summe von Kraft, die er den Kindern zur Verfügung stellen kann? Nachmittags ist er doch ausgepumpt; wie soll er die Elastizität, die Frische und Leistungsfähigkeit haben? Das ist doch ganz ausgeschlossen. Wissen Sie aber auch, hochverehrter Herr Kollmann, warum man diese Bestimmung gemacht hat? Nicht vielleicht darum, um die Schülerzahl herabzudrücken, sondern weil die Klassen zu klein waren; man konnte nicht 140 Kinder hineinpresse, darum wurde die Zahl in zwei Teile geteilt und einem Lehrer die Klasse gegeben. Allerdings ist es auffallend, daß gerade Tirol als erstes Land diese Maßnahme durchführte, mit der größten Eile und vielfach, wie leicht zu sehen war, mit innerer Freude. Eine Schulklassen, die mehr als 50 Kinder umfaßt, verurteilt den Lehrer zum Mechanismus, und wir wollen, daß statt des Mechanismus die Individualisierung in der Schulklassen Platz greife, wir wollen, daß unsere Kinder wirklich etwas Tüchtiges, Brauchbares und Wertvolles lernen. Das ist in Massenklassen unmöglich.

Bezüglich Oberösterreich hat uns allerdings der Herr Abg. Kollmann eine Versprechung gemacht, die nicht eingetroffen ist; er hat erklärt, wir würden

von Oberösterreich noch etwas hören. (*Dr. Aigner: Ich bin schon da!*) Herr Abg. Aigner, es ist außerordentlich liebenswürdig, ich bedaure nur, daß ich vorher nicht Ihre Äußerungen gehört habe, wir werden uns aber freuen, wenn Sie dem hohen Hause mitteilen, daß die ärgste Schulschande in Österreich, diese Sonntagschule in Oberösterreich, endlich abgeschafft ist, wir werden uns freuen, wenn Sie uns sagen, daß in Oberösterreich eine längere als die sechsjährige Schulpflicht auf dem Land existiert. Wenn Sie uns das mitteilen können, werden wir sehr dankbar sein. (*Dr. Aigner: Ich werde Ihnen etwas anderes mitteilen! — Heiterkeit.*) Sie werden noch etwas anderes mitteilen. (*Zwischenrufe.*) Herr Abg. Aigner, ich kann Ihnen das nachfühlen, daß Sie etwas anderes noch mitteilen werden.

Was nun Niederösterreich betrifft, so wende ich mich da dem Herrn Landeshauptmann Dr. Buresch zu. In Niederösterreich sind bereits 601 Klassen abgebaut, aber ich will, um die Daten des Herrn Abg. Dr. Buresch zu ergänzen, neue Daten zufügen. Wir haben in dem Orte Salinberg die zweite Klasse mit 79 Kindern, in Martinsberg die erste Klasse mit 82 Kindern, in Groß-Globnitz die dritte Klasse mit 83 Kindern, in Graubrunn im Pöggstaller Bezirke mit 86 Kindern (*Hört!*), endlich in Harmannschlag die zweite Volksschulklasse mit 113 Kindern. (*Hört!*) Das sind die uns zur Verfügung gestellten Daten, ich bin bereit, sie Ihnen zur Einsicht vorzulegen, wir werden ja sehen, wer recht hat. Es könnte ja sein, daß diese Klassen gestern oder vorgestern geteilt wurden, diese Daten habe ich vor etwa vier Tagen bekommen. (*Doktor Buresch: Es könnte sein, Herr Kollega, daß Sie sich irren!*) Unfehlbar sind wir nicht, die Unfehlbarkeit findet man nur in Ihren Reihen. (*Zwischenrufe.*) Aber Tatsache ist, hochverehrter Herr Landeshauptmann, daß Sie diese Ziffern nicht berichtigen können. Ich kann Ihnen noch weitere Ziffern sagen: Heidenreichstein 70 Kinder, Groß-Schönan 71 Kinder, Hirschenwies 73 Kinder, Kindlberg 74 Kinder usw. Das Schulwesen in Niederösterreich war noch nie auf einem so tiefen Stand wie jetzt und ich möchte mich da insbesondere an die Herren richten, die der Landwirtschaft angehören. Nie noch haben wir es so notwendig gehabt, daß die Bauernkinder in der Schule etwas Ordentliches lernen wie heute. Die Produktivität . . . (*Zwischenrufe.*) Ich will mich hier nicht in methodische Fragen einlassen, aber Sie können mir schon glauben, daß das, was wir hier eingeführt haben, auch das Modellieren, nicht aus einer Laune oder Zufälligkeit entstanden, sondern wohl überlegt und zu begründen ist. (*Geyer: Dann kommen die Poldi Huber-Aufsätze nach sechs Jahren! — Lebhaftes Zwischenrufe.*) Über die Tatsache kommt man nicht hinweg, daß wir heute selbst in Niederösterreich, welches das verhältnismäßig beste Schul-

wesen gegenüber den anderen Ländern — Wien natürlich weithin ausgenommen — hat, es heute Klassen über 70 und 80 Kinder gibt; ob das jetzt in dem oder jenem Ort ist, spielt keine Rolle; es ist ein Unglück für den betreffenden Ort, aber es ist nicht ausschlaggebend für unsere Diskussion. Aber wenn wir nun sehen, daß Klassen zusammengelegt, Lehrer entlassen, die Schüler in eine Klasse zusammengepreßt werden, so daß der Lehrer zu unfruchtbarer Arbeit verurteilt ist, und dann das Aufreizende erleben, daß der Abbau von Lehrern, daß die Schließung von Klassen in dem Augenblick gestoppt wird, wenn es sich um den Religionsunterricht und wenn es sich um den Katecheten handelt, dann fragen wir: Wenn Sie schon den Mut haben, die Klassen zu sperren, woher nehmen Sie noch das Übermaß an Mut, solche Klassen nicht zu sperren, wo 2, wo 4, wo 6, wo 9 Kinder in einer Klasse sitzen? Da kam nun der Herr Abg. Kollmann und sagte: ja, wir ziehen daraus einen anderen Schluß. Wir ziehen daraus den Schluß, daß es heute in Wien Mittelschulen gibt, wo die Zahl der Juden so außerordentlich groß ist . . .

(*Kollmann: Die Zahl der Katholiken ist so klein!*) . . . — ja, einen luftleeren Raum gibt es auf dem Gebiete nicht —, also die Zahl der Katholiken in einzelnen Klassen von Mittelschulen in Wien so klein geworden ist, daß eben in einer Klasse nur 2 Katholiken, in einer anderen 9 usw. sind. Es handelt sich hier zunächst um drei Mittelschulen in Wien, eine im IX., eine im I. und eine im II. Bezirk.

Auf die Judenfrage hier einzugehen ist gar nicht notwendig, denn wir müssen sagen, wir Sozialdemokraten sind auch für den Numerus clausus, aber nicht für den, für den Sie sind, wir sind für die Auslese der Tüchtigen; ob das Christen oder Juden sind, spielt für uns gar keine Rolle . . .

(*Zwischenrufe.*) Ich kann in einer Mittelschule den Zweck, den die Mittelschule zu erreichen hat, nur erreichen, wenn ich möglichst tüchtige, leistungsfähige Kinder vor mir habe, jene Kinder, die das Recht auf eine höhere Ausbildung haben, weil sie die Talente, den Fleiß und die Tüchtigkeit haben, und es aus einem anderen Grunde — nach unserer Auffassung — kein Recht gibt, in eine Mittelschule zu gehen. Hier ist also zweierlei Maß.

Nun will ich Ihnen doch erzählen, wie sich diese Sache eigentlich abgespielt hat. Der Stadtschulrat von Wien hat für alle Konfessionen gleiche Maßnahmen getroffen.

Wir haben angeordnet, daß Abteilungen zusammenzuliegen sind, wenn sie weniger als 5 Kinder in einer Klasse haben. Wir haben zugegeben, daß bei 5 Kindern ein eigener Katechet sei, aber nur eine Wochenstunde halten soll, mindestens 10 Kinder müßten vorhanden sein, um zwei Wochenstunden zu haben. Sie müssen mir doch zugeben, daß das ein

Entgegenkommen ist, wie man es von Ihrer Seite im entgegengesetzten Falle kaum erwarten könnte. Wir wagten es gar nicht, das in den Zeitungen der Öffentlichkeit mitzuteilen, daß wir, wo man 80 und 100 Kinder in eine Klasse zusammenpressen muß, uns mit Klassen von 5 Kindern begnügen. Aber selbst dieses Entgegenkommen wurde vom Unterrichtsministerium nicht akzeptiert. Die Protestanten und die Juden haben es akzeptiert. Dort gibt es solche Religionsstationen. Der Herr Erzbischof von Wien hat dagegen Einspruch erhoben, selbstverständlich mußte das Ministerium für Unterricht sofort den Erlaß aufheben und sagen: Wir werden Verhandlungen einleiten und vorläufig bleibt es beim Alten. Warum kommt jetzt nicht der Herr Abg. Kollmann und sagt: Im Reichsvolksschulgesetz heißt es doch, 80 Kinder müssen in einer Klasse sein? Warum hören Sie auf, von den 80 Kindern zu reden, wenn ich Ihnen sage . . . (Zwischenruf Kollmann.) Ja, ich stelle nur die zwei Klassen gegenüber, die mit 80 Kindern, wo weltlicher Unterricht erteilt wird, und da können Sie mir nicht sagen, daß das nicht zweierlei Maß ist. Wo ist da der Herr Ersparungskommissär Hornik? Warum rührt er sich nicht? Warum ist er da schwerhörig? Warum traut er sich nicht, dort sein Amt auszuüben, wo er nur Anträge einer Behörde zu unterstützen und nicht mit brutaler Hand zu bekämpfen hätte? Was die Bestimmung von den 80 Schülern anlangt, Herr Kollmann, so wissen Sie ja, das Reichsvolksschulgesetz stammt aus dem Jahre 1869 . . . (Kollmann: Es hat bis 1918 gegolten!) Nicht nur bis 1918, es gilt heute noch, trotzdem Sie es durch mehr als 50 Jahre äußerst hart und schwer bekämpft haben. Heute berufen Sie sich auf das Reichsvolksschulgesetz, weil es in vielen Bestimmungen naturgemäß reaktionär geworden ist. Sie wollen uns wieder zurück auf das Jahr 1869 bringen, um dann den nächsten Schritt tun zu können, um zum Konfordat zurückzukehren, von dem Sie heute noch in Ihren Träumen phantastieren. (Rufe: Aber! Aber!)

Aber, meine verehrten Damen und Herren, hier habe ich ja nur das zweierlei Maß aufzuzeigen gehabt, das man in all diesen Dingen anwendet. Wir können nicht leugnen, daß die Zahl der Klassen, in denen mehr als 70 Kinder sind, außerordentlich hoch ist, daß das ein Schulskandal ist, den wir Sozialdemokraten auf das schärfste bekämpfen werden. Es hat noch keine Regierung in Österreich gegeben, die es gewagt hätte, ein solches Attentat auf das Wohl und die Entwicklung des Staates und auf die Zukunft unserer Kinder auszuüben wie diese Regierung. Sie sanieren auf Kosten der Bedrückten und Sie sanieren auf Kosten der Kinder, die einen Anspruch darauf haben, daß es ihnen einst besser ergehe als es uns ergangen ist.

Dr. Migner: Hohes Haus! Herr Dr. Otto Bauer hat laut amtlichen Aufzeichnungen in seiner Mittwochrede hier folgende Worte gebraucht (liest): „In unseren Bundesländern ist das Volksschulwesen auf das denkbar niedrigste Niveau gebracht worden. (Hört! Hört! Rufe bei den Sozialdemokraten.) Wir haben in den Bundesländern Volksschulen mit 100 und 120 Kindern. (Rufe bei den Christlichsozialen: Wo?) Während der Wahlbewegung kamen in Oberösterreich Arbeiter, Eisenbahner, zu mir und beklagten sich darüber, daß in dem einen Ort die Bürgerschule aufgelassen und in einem anderen die Parallelklassen abgebaut wurden, so daß sich in den Klassen mehr als 100 Kinder befinden. Sie fragten, ob wir es ihnen erlauben würden, die Lehrer gehalten durch Abzüge von ihrem Monatslohn selbst zu bezahlen, damit ein Abbau der Schulklassen hintangehalten werde.“ Hohes Haus! Ich bin in der Lage, auf Grund eingeholter amtlicher Informationen seitens des oberösterreichischen Landesrates folgendes mitzuteilen: Seit Bestand der Bürgerschule in Oberösterreich ist nie eine Bürgerschule aufgelassen worden. Im Gegenteil, in den letzten vier Jahren sind in Oberösterreich 17 neue Bürgerschulen ins Leben gerufen und gebaut worden (Hört! Hört!), so in Gwisern, Peuerbach, Stiering, Kirchdorf, Weyer, Mauthausen, Grein, Perg, Rohrbach, Obernberg am Inn, Schärding, Eferding, Grieskirchen, Lambach, Kleinmünchen und die beiden Bürgerschulen in Ebensee. Sehen Sie, meine verehrten Herren, das ist die Wahrheit zu dem einen Punkt. (Schneidmadl: Wann sind die Schulen gebaut worden?) In den letzten vier Jahren, Herr Schneidmadl, sind diese Schulen gebaut worden. Schauen Sie, es ist in Oberösterreich in den letzten vier Jahren auch nie eine definitive systemisierte Klasse abgebaut worden (Hört! Hört!), nicht eine einzige. Eine, meine Verehrten, in Götzdorf, um vollständig zu sein, im Mühlviertel. In Götzdorf haben wir eine Klasse abbauen müssen, weil jetzt, wo die beiden Klassen zusammengelegt sind, nicht 80 und 100, sondern 34 Schüler sitzen. (Hört! Hört!) Es ist also keine Klasse aufgelassen worden, wohl aber werden immer und immer wiederum neue Klassen ins Leben gerufen, wenn eine erforderliche Zahl von 50, 40, 30, ja selbst dann, wenn noch weniger Schüler zu versorgen sind. Ich konstatiere hier ausdrücklich, daß in Oberösterreich bisher weder im gesetzlichen, noch im administrativen Wege auch nur ein einziger Lehrer abgebaut worden ist. (Hört! Hört!) Sie sind alle noch bei uns im Amte. Hiemit erledigen sich die Ausführungen des Herrn Dr. Bauer über Oberösterreich und hiemit erledigt sich auch das Angebot der Arbeiterchaft, die zu Dr. Bauer gekommen ist und die von ihren Arbeiterkreuzern diesem oberösterreichischen „Schulskandal“ ein Ende machen will.

Es hat mein lieber Herr Kollege Glöckel wieder einmal aus besonderer Liebe die Freundlichkeit gehabt, sich mit Oberösterreich zu beschäftigen und er hat hier von der oberösterreichischen Schulschande gesprochen, die darin bestehen soll, daß wir in Oberösterreich den Sonntagsunterricht und die sechsjährige Schulpflicht haben. Herr Glöckel! Ich sage Ihnen folgendes: Wir richten uns in Oberösterreich die Schule so ein, wie wir sie brauchen (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen*), und nicht so, wie Sie sie haben wollen, der Sie von unseren ländlichen Schulverhältnissen einen „Tines“ verstehen. (*Heiterkeit und Beifall. — Zwischenrufe.*) Wir sind zum Argwohn gegenüber Ihrer Methode um so mehr berechtigt, weil selbst hier auf dem städtischen, auf dem Wiener Boden ein großer Teil der Wiener Lehrerschaft Ihrer Methode in der letzten Zeit den Laufpaß gegeben hat. (*Zustimmung.*)

Sie reden von unserer Schulschande, Sie fordern nur fortwährend und verweigern hier im Hause die Bedeckung. Das ist Ihre Schande. Wir müssen bewilligen und unsere Leute müssen zahlen. Ist das unsere Schande? (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen. — Zwischenrufe.*)

Glöckel: Der Herr Abg. Dr. Aigner hat mir nicht die Freude erwiesen, dem hohen Hause mitzuteilen, daß die oberösterreichische Schulschande, der Sonntagsunterricht und die sechsjährige Schulpflicht, abgeschafft ist, sondern er antwortete mir, es würde eben die oberösterreichische Schule so eingerichtet, „wie wir sie wollen“. Darf ich mir erlauben, hochverehrter Herr Abgeordneter, zu fragen, wer diese „Wir“ sind? (*Dr. Aigner: Das ist die christlich-soziale Landtagsmajorität in Oberösterreich. — Zwischenrufe.*) Ich kann mir ja denken, daß es dem Herrn Abg. Dr. Aigner schwer fällt, statt der Art, wie man vielleicht in Oberösterreich in einigen Bauernorten noch Erfolge erzielt, sich für das parlamentarische Niveau zu entscheiden. (*Zwischenrufe.*) Ich weiß nicht, ob man deswegen den akademischen Grad bekommen muß, um hier per „Tines“ zu reden. (*Zwischenrufe.*)

Präsident: Ich bitte, meine Herren, um Ruhe für den Herrn Redner.

Glöckel: Der Herr Abg. Dr. Aigner ist doch schon lange genug im Parlament — er ist ja Politiker —, daß er mindestens über die Grundbegriffe der Budgetbewilligung im klaren sein sollte. Damit, daß man sagt: ihr fordert, ihr bewilligt aber nicht, damit kann man nur noch in jenen Kreisen Erfolge erzielen, für die — wie heißt Ihre Zeitung? — die „Sonntagsglocke“ der einzige politische Unterrichtsbehelf ist. Sie wissen sehr genau, daß es sich nicht um das Bewilligen oder Nichtbewilligen aus sachlichen Gründen handelt, sondern daß es sich dabei um politische Entscheidungen handelt.

Aber ich möchte jetzt doch den Versuch machen, mich mit Herrn Dr. Aigner sachlich auseinanderzusetzen. Der Herr Abg. Dr. Aigner sagt: Wir haben noch keine einzige Schulklasse abgebaut. Das ist nicht richtig. (*Dr. Aigner: Von den systemisierten habe ich ausdrücklich gesagt. — Heiterkeit und Zwischenrufe.*) Hochverehrter Herr Abg. Dr. Aigner, ich will Ihnen nicht persönlich antworten, weil Sie sagen werden, meine Antwort sei parteipolitisch gefärbt. Darf ich Ihnen aber einen Ihrer neuesten Parteifreunde, auf den Sie sicherlich sehr viel geben werden, einen einstmaligen Deutschnationalen, den Herrn Lehrer und, wie ich glaube, Obmann oder Zentralleitungsmitglied des oberösterreichischen Landeslehrervereins, Herrn Langoth, die Antwort geben lassen? Dieser sagt wörtlich (*liest*):

„In das Land kam uns aber der Abbau noch nicht. Warum? Weil unsere Schulorganisation im Lande einen Tiefstand aufweist, der nicht mehr überboten werden kann. (*Hört! Hört!*) Erst in den allerletzten Tagen ging man allerdings daran, die sogenannten klassenlosen Lehrpersonen an Bürgerschulen mit fünf und mehr Klassen abzubauen. Diese Maßnahme wird sich schwer rächen.“

Es ist also abgebaut worden, verehrter Herr Abgeordneter. (*Dr. Aigner: Es ist keine Lehrperson abgebaut worden, keine einzige!*) Sie waren etwas unklar in Ihren Ausdrücken. Aber ich darf Ihnen vielleicht in Erinnerung rufen, wie denn das oberösterreichische Schulwesen aussieht, und ich nehme Ihre Korrektur entgegen, wenn Sie sagen, es sei eigentlich unrichtig, daß der Sonntagsunterricht die oberösterreichische Schulschande sei. Es ist schon der ganze Unterricht eine Schande. Von 552 öffentlichen Volksschulen des Landes sind 20 Prozent, also ein Fünftel, einklassig, 30 Prozent zweiklassig. (*Dr. Aigner: Wir sind nicht in Wien, wo Sie eine Tramway zur Verfügung haben!*) ... 21 Prozent dreiklassig, 10 Prozent vierklassig, 13½ Prozent fünfklassig, 5 Prozent sechsklassig und ½ Prozent siebenklassig. Zusammengefaßt ergibt sich, daß von allen öffentlichen Volksschulen Oberösterreichs 71 Prozent, das sind fast drei Viertel aller Schulen, minderklassige Schulen sind, während nur 29 Prozent, also ein gutes Viertel der Schulen, vier- und mehrklassig sind. Solche Verhältnisse sind eben nicht abbaufähig. Sie können nicht eine einklassige Schule auflassen, das ist doch unmöglich. (*Dr. Aigner: Wir sind nicht in Wien, sondern draußen auf dem Lande, Herr Glöckel, das verstehen Sie ja nicht! — Heiterkeit.*) Es gibt Situationen, hochverehrter Herr Doktor, wo Beschimpfungen Ehrenzeugnisse sind. (*Dr. Aigner: Das ist doch keine Beschimpfung!*) Wenn Sie mir sagen, ich verstehe es nicht, so wäre es mindestens sehr leichtfertig, vor dem hohen Hause über eine Sache zu sprechen, die man nicht wenigstens zum Teil versteht. (*Dr. Aigner: Alles muß man*

nicht verstehen!) Das bilde ich mir auch gar nicht ein. (Dr. Aigner: Es scheint aber!) Nicht im mindesten.

Hier heißt es auch in einem Bericht, der auf dem Lehrertag, auf dem Ihnen freundlich gefinnten Lehrertag, erstattet wurde (liest): „Derzeit stockt die Aufwärtsentwicklung, ja einzelne Orte höherer Schulpflicht kollern wieder zurück zur unheilvollen sechsjährigen Schulpflicht.“ — Die sechsjährige Schulpflicht besteht.

Der Herr Abg. Aigner hat hier erklärt, daß eine Reihe von Bürgerschulen errichtet wurde. Das ist wahr. Aber warum konnten sie errichtet werden? Seit dem Jahre 1869 — Herr Kollmann wird Ihnen das mitteilen können — besteht das Reichsvolksschulgesetz und dieses bestimmt, daß in jedem Bezirk eine Bürgerschule errichtet werden soll. Heute noch sind in Oberösterreich in den Bezirken Ursfahr und Freistadt keine Bürgerschulen. Sie haben also seit dem Jahre 1869 Ihre Pflicht nicht erfüllt.

Meine verehrten Damen und Herren! Mehr wollte ich nicht erreichen, als gegenüber dem Herrn Abg. Dr. Aigner zu begründen, daß mein allerdings scharfes Urteil, daß wir in Oberösterreich eine Schulschande zu verzeichnen haben, nicht aus der Luft gegriffen war. Wenn ich damals oder in einer früheren Rede das Haus mit den Details nicht belästigte, so habe ich angenommen, daß ich so viel Vertrauen verdiene, daß meine Ausführungen der Wahrheit entsprechen werden. Herr Dr. Aigner hat mich allerdings in die unangenehme Situation versetzt, noch einmal das Haus belästigen zu müssen. Ich glaube aber, daß er dann, wenn er das nächste Mal gegen mich polemisiert, die Güte haben wird, die Tatsachen, die in seinem Lande sind, so darzustellen, daß keine Mißverständnisse möglich sind. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)

Strunz: Hohes Haus! Der Herr Abg. Doktor Aigner hat es für notwendig befunden, auf die Feststellungen des Abg. Genossen Bauer zurückzukommen, um auf Grund amtlicher Erhebungen nachzuweisen, daß in Oberösterreich die Schulen nicht abgebaut worden wären. Ich will das nicht bestreiten; Oberösterreich konnte ja gar keine Schulklassen und Lehrer abbauen, denn, was mein Freund Glöckel gesagt hat, ist Tatsache, nämlich, daß in Deutschösterreich gerade Oberösterreich auf dem Gebiete des Schulwesens am schlechtesten ist. Oberösterreich ist jenes Land, das auf dem Gebiete der Schule am rückständigsten ist. Ich habe Gelegenheit gehabt, dieses Land kreuz und quer durchzumachen und mit der Bevölkerung Fühlung zu nehmen. Da hört man, daß Kinder in eine zweiklassige Dorfschule oft vier Stunden weit wandern müssen. Herr Kollege Aigner, in unserem Wahlkreise, wo ja auch Sie gewählt sind, müssen die Kinder von unserem Bergbüchel nach Ottensheim drei bis vier Stunden

zur Schule gehen. Ihnen muß bekannt sein, daß diese Schulen überall zweiklassig sind. Gerade Sie waren es, Herr Dr. Aigner, der vor zwei Jahren gegenüber der Schulreform zum Ausdruck brachte: Wir wollen keine moderne Schulreform, wir wollen keine gebildeten Menschen, sonst würden es unsere Bauernknechte und Bauernbirnen nicht mehr für nötig halten, in die berühmte Sachertorte hineinzutreten.

Fragen Sie sich einmal, Herr Dr. Aigner, wie weit die Schulbildung in Oberösterreich gediehen ist! Wir haben in unseren Gewerkschaften bei Mitgliederaufnahmen konstatieren können, daß es in Oberösterreich mindestens 3 bis 4 Prozent Menschen gibt, die nicht wissen, in welchem Monat sie geboren sind. Wir haben sogar Fälle in Oberösterreich erlebt, daß es dort Menschen gibt — nicht etwa geistig Degenerierte oder Idioten —, die nicht wissen, in welchem Jahre sie geboren sind, die uns immer erklären: Ja, soundsjo viel Jahre sind wir alt. Und da wollen Sie behaupten, daß die Schulbildung in Oberösterreich auf der Höhe der Zeit stünde! Andererseits hören wir es immer wieder bei unseren Verhandlungen mit den Industriellen: Wenn die Verhältnisse in Oberösterreich anders wären, daß wir aus unserer eigenen oberösterreichischen Arbeiterschaft die notwendigen geistigen Kräfte zu tüchtigen Handwerkern emporentwickeln könnten! Sie blasen ja ins gleiche Horn von der Intensivierung der Arbeit und auf der anderen Seite müssen wir konstatieren, daß Sie es sind, die es verhindern, daß die Schulbildung ausgestaltet wird. Dies beweist am besten Ihr heutiger Ausspruch: Wir Oberöreicher machen unsere Schule, wie wir es wollen. Was Sie gemacht haben, das ist offenbar das, was die Oberöreicher wollen. Sie wollen, daß die Oberöreicher so wie in der Vergangenheit degenerieren und das bleiben, als was Sie sie haben wollen: willfähige Werkzeuge, damit Sie sie auch in der Zukunft ausbeuten können. (Zwischenrufe.) Wir können Ihnen daher erklären: Wenn der Herr Präsident des Oberösterreichischen katholischen Volksvereins Dr. Aigner heute so über das Schulwesen gesprochen hat, dann habe ich mir die Empfindung, er spricht aus der Schule, aus der hervorgegangen ist, und wenn wir daher wollen, daß wir in Zukunft gescheitere Oberöreicher kriegen, müssen wir auch schauen, daß die Schule anders wird, als sie der Herr Aigner will. (Beifall und Händeklatschen.)

Da die Rednerliste erschöpft ist, ist die Debatte abgeschlossen.

Nächster Punkt der T. D.: Wahl der Ausschüsse.
Gewählt werden:
in den Ausschuß für Erziehung und Unterricht:
Mitglieder: Angerer, Gangl, Gierlinger, Glöckel, Heigl, Hölzl, Jäger, Kunschak, Reuthner, Mark-

schläger, Morawitz, Ölzelt, Pichler, Rudel-Zeynek, Schneidmadl, Stika, Streeruwitz, Volker, Volkert, Weiser, Witternigg, Witzany, Wollek, Zarboch;

Ersatzmitglieder: Klimann, Trsa, Geyer, Widholz, Geisler, Seidel, Schoepfer, Ligner, Seitz, Birbaumer, Proft, Maier Anton, Zehetgruber, Paulitsch, Strunz, Gabriel, Dostal, Zauner, Sever, Zwent, Forstner, Tusch, Gimpl, Kraft;

in den Finanz- und Budgetausschuß:

Mitglieder: Allina, Bauer Otto, Danneberg, Dostal, Eisenhut, Ellenbogen, Födermayr, Geisler, Gürtler Alfred, Heisl, Kollmann, Kraft, Odehnal, Partik, Paulitsch, Proft, Renner, Schiegl, Sever, Skaret, Steinegger, Volker, Waber, Witternigg;

Ersatzmitglieder: Abram, Deutsch, Eisler, Alekmayr, Teufl, Eidersch, Hauser, Unterberger, Pirchegger, Ferzabek, Waiz, Gleffin, Binder, Reiner, Markschläger, Freundlich, Leuthner, Schulz, Seitz, Tomischik, Niedrist, Heizinger, Angerer, Zelenka;

in den Ausschuß für Handel und Gewerbe:

Mitglieder: Bauer Alois, Brinnich, Ellenbogen, Eidersch, Freundlich, Gabriel, Gimpl, Gürtler Johann, Hartmann, Heisl, Heuberger, Hölzl, Illner, Klimann, Kraft, Partik, Reiner, Streeruwitz, Strunz, Zuller, Unterberger, Volker, Weidenhoffer, Zwanzger;

Ersatzmitglieder: Sailer, Birbaumer, Wiedenhofer, Scheibein, Bauer Otto, Domes, Hollersbacher, Zauner, Eisler, Wense, Burgstaller, Bretschneider, Bauer Franz, Maier Franz, Zarboch, Spalowsky, Heigl, Zehetgruber, Renner, Forstner, Haueis, Odehnal, Pichler, Pick;

in den Ausschuß für Heereswesen:

Mitglieder: Bauer Franz, Baumgärtel, Binder, Bretschneider, Deutsch, Falle, Geyer, Gruber, Heizinger, Ferzabek, Klimann, Leuthner, Luttenberger, Mayr Otto, Niedrist, Pölzer, Schein, Sever, Smitka, Skaret, Waber, Waiz, Wiesmaier, Witternigg;

Ersatzmitglieder: Lieschnegg, Bauer Otto, Krobotz, Schneidmadl, Bauer Alois, Stika, Alekmayr, Ligner, Eisenhut, Brinnich, Zarboch, Schiegl, Gimpl, Heuberger, Illner, Mayrhofer, Scharfegger, Witzany, Forstner, Strunz, Grailer, Teufl, Ertl, Duda;

in den Justizausschuß:

Mitglieder: Ligner, Ammann, Austerlitz, Bauer Franz, Dostal, Drexel, Eisler, Falle, Forstner, Heigl, Hölzl, Kollmann, Leuthner, Maier Anton, Proft, Popp, Ramek, Rieger, Rozenits, Rudel-Zeynek, Schumacher, Seidel, Waber, Waiz;

Ersatzmitglieder: Reiner, Gleffin, Schiegl, Trsa, Buresch, Lieschnegg, Danneberg, Glöckel, Abram, Odehnal, Bauer Otto, Wense, Renner, Gürtler Alfred, Skaret, Seitz, Bierlinger, Sever, Gangl, Schoepfer, Hollersbacher, Freundlich, Angerer, Schönsteiner;

in den Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft:

Mitglieder: Duda, Eisenhut, Födermayr, Geisler, Größbauer, Gröger, Hammerstorfer, Hareter, Haueis, Hächtl, Hofer, Hollersbacher, Krobotz, Lieschnegg, Mayrhofer, Maier Franz, Morawitz, Müller, Pölzer, Scharfegger, Schneeburger, Schneidmadl, Schoepfer, Wiesmaier;

Ersatzmitglieder: Kauscha, Birbaumer, Trsa, Heuberger, Zarboch, Witzany, Falle, Ebner, Niedrist, Teufl, Fink, Klug, Ramek, Pirchegger, Tusch, Pichl, Witternigg, Scheibein, Bretschneider, Derfch, Eisler, Sever, Markschläger, Alekmayr;

in den Ausschuß für soziale Verwaltung:

Mitglieder: Boschet, Drexel, Eidersch, Forstner, Grailer, Hueber, Trsa, Alekmayr, Klimann, Vampfl, Markschläger, Mayr Otto, Muchitsch, Ölzelt, Partik, Pick, Richter, Smitka, Spalowsky, Steinegger, Streeruwitz, Weidenhoffer, Widholz, Wiedenhofer;

Ersatzmitglieder: Allina, Klug, Bauer Otto, Baumgärtel, Angerer, Ellenbogen, Niedrist, Zauner, Gleffin, Ferzabek, Dostal, Schumacher, Hölzl, Birbaumer, Heizinger, Meißner, Morawitz, Seidel, Eisenhut, Rudel-Zeynek, Zehetgruber, Scharfegger, Witzany, Zwanzger;

in den Verfassungsausschuß:

Mitglieder: Austerlitz, Gleffin, Danneberg, Derfch, Dinghofer, Dostal, Drexel, Ebner, Eisler, Ellenbogen, Glöckel, Gröger, Gürtler Alfred, Herrmann, Klug, Kollmann, Kunschak, Ramek, Rieger, Schönsteiner, Schoepfer, Schulz, Schumacher, Waiz;

Ersatzmitglieder: Hölzl, Zarboch, Sever, Gruber, Waber, Hauser, Schein, Bauer Otto, Pick, Leuthner, Seitz, Volkert, Paulitsch, Schiegl, Gangl, Geyer, Ferzabek, Bauer Franz, Renner, Heigl, Zauner, Pölzer, Pirchegger, Birbaumer;

in den Ausschuß für Verkehrswesen:

Mitglieder: Pichl, Binder, Birbaumer, Burgstaller, Ellenbogen, Ertl, Geyer, Grailer, Gürtler Johann, Heizinger, Lenz, Maier Anton, Mayr Otto, Odehnal, Pirchegger, Pölzer, Scheibein, Kauscha, Sailer, Steinegger, Tomischik, Weiser, Zelenka, Zwent;

Ersatzmitglieder: Zarboch, Heuberger, Gruber, Bauer Franz, Mayrhofer, Trsa, Streeruwitz, Klimann, Haueis, Heisl, Sever, Paulitsch, Weidenhoffer, Reiner, Rozenits, Herrmann, Bauer Otto, Abram, Müller, Klug, Meißner, Stika, Eisler, Forstner.

Es wird die dringliche Anfrage Eidersch in Verhandlung gezogen.

Eidersch: Hohes Haus! Der Herr Bundeskanzler hat in seiner Programmrede festgestellt, daß seinerzeit bei den Beratungen über Genf unsererseits Befürchtungen geäußert wurden, daß durch Genf unsere Selbstregierung gefährdet wird und unseren politischen Freiheiten demütigende Einschränkungen werden auferlegt werden. Er meinte, dem sei aber

nicht so, und fuhr in der Beschönigung der Genferlei folgenderweise fort (*liest*): „Nichts von alledem ist eingetreten“ — von den Befürchtungen, die wir geäußert haben. „Gewiß, wir haben durch die Genfer Vereinbarungen Bindungen auf uns genommen und halten sie ein. Daß wir diese Art der Freiheitsbeschränkung mit in den Kauf nehmen mußten, zu unserem Vorteil“ — meint der Herr Bundeskanzler —, „haben wir von Anfang an gewußt. Daß wir nicht mehr von unserer Freiheit aufzugeben brauchen, als notwendig ist und dem Buchstaben der Vereinbarungen entspricht, das haben wir während eines Jahres gezeigt.“

Ich kann in der optimistischen Beurteilung bezüglich der Genferlei dem Herrn Bundeskanzler absolut nicht beistimmen. Was durch Genf über uns gekommen ist, ist ein Hörigkeitsverhältnis, wie man es bisher keinem Staate und keinem Volke aus dem Titel eines internationalen Kredits zugemutet hat. Ja, ich gehe noch weiter. Ich bin der Meinung, daß der Herr Generalkommissär Dr. Zimmermann sich Rechte herausnimmt, die ihm nach den Vereinbarungen von Genf absolut nicht zustehen, wenigstens insoweit Vereinbarungen zwischen unserer Regierung, unserer Parlamentsmajorität und dem Völkerbund in Frage kommen. Sollte es noch Vereinbarungen geben, die uns nicht bekannt sind, sollte es noch vertrauliche Vereinbarungen geben, die unsere Verhandlungsfreiheit noch mehr einschränken als die offiziellen, die bekanntgeworden sind, so müßten wir die Verantwortung ablehnen und die Regierung zur Verantwortung ziehen, daß sie sich dazu hergegeben hat, im Verhandlungswege mit dem Herrn Generalkommissär oder mit einer anderen Völkerbundkompetenz solche Abmachungen hinter dem Rücken des Parlaments zu treffen. Wie gesagt, wir wissen es nicht, aber die Art und Weise, wie der Herr Dr. Zimmermann seine Aufgabe als Kurator — er ist ja ein Kurator Österreichs — auffaßt und durchführt, läßt beinahe den Verdacht solcher geheimen Abmachungen aufkommen.

Meine Herren! Wir befinden uns in einem Zustande, der viel abhängiger und entwürdigender als der eines Kaufmannes ist, über den die Kuratel, die Zwangsverwaltung oder der Konkurs verhängt ist. Es wird keinen Zwangsverwalter und keinen Masseverwalter geben, der die Verfügung über Gelder dem Geschäftsmann, der unter Zwangsverwaltung oder unter Konkurs steht, in einer solchen Weise einschränkt, der, wenn nach den Vereinbarungen alle Ansprüche, alle Forderungen der Gläubiger befriedigt sind, wenn sich Überschüsse ergeben, eine solche Hemmung in der Verfügungsfreiheit eintreten läßt wie der Herr Dr. Zimmermann gegenüber unserer Regierung und gegenüber dem Herrn Finanzminister.

Nach dem III. Genfer Protokoll ist es die Aufgabe des Generalkommissärs, auf der genauesten Durchführung des Regierungsprogramms zu bestehen, überdies hat auch die Regierung anerkannt, daß sie ohne Zustimmung des Generalkommissärs über die zur Verfügung stehenden Anleihebeträge nicht disponieren kann. Die Voraussetzungen, von welchen der Generalkommissär seine Zustimmung zur Freigabe der Anleihebeträge abhängig machen kann, sind also ausschließlich die schrittweise Durchführung des Reformplanes, die sichergestellt werden muß. Er hat ferner zu verhindern, daß eine Entwertung der Pfänder eintritt, die dem Anleihebendienst gewidmet sind. Nach dem Frage- und Antwortspiel, das sich da im Finanzkomitee des Völkerbundes abgespielt hat, hat das Finanzkomitee festgestellt, daß das vom Völkerbund aufgestellte Programm die Konstitutivurkunde der Kontrolle und eine Quelle der Autorität dieser Kontrolle sei. Der Herr Generalkommissär verfügt nach diesen Vereinbarungen über drei Konti, über das Konto A, in welches die Bruttoeinnahmen zu fließen haben, aus dem Zoll- und Tabakgefälle, Einnahmen, aus welchen der Anleihebendienst zu bestreiten ist. Es sind bezüglich des Anleihebienstes noch andere Sicherungen vereinbart. Es mußte das halbjährige Erfordernis für den Anleihebendienst vorausbezahlt werden. Wenn die Bruttoeinnahmen beider Gefälle nicht ausreichen, so können weitere Einnahmen für den Anleihebendienst verpfändet werden u. dgl. m. Das ist also das Konto A, das zur Sicherung des Anleihebienstes dient.

In das Konto B fließen die Einzahlungen von Kapitalien, die von Anleihen des österreichischen Staates herrühren, das sind also die Eingänge aus den Völkerbundkrediten.

Dann gibt es noch ein Konto C. Das sind Reliquate, also die Restsummen der am Beginn des Jahres 1922 von verschiedenen Regierungen Österreich gewährten Vorschüsse und der Anteil der österreichischen Regierung an der Goldreserve der Oesterreichisch-ungarischen Bank. Nun sind, wie wir wissen, auch bezüglich der Einhaltung des Reformprogramms und der Gestaltung unseres Budgets gewisse Vereinbarungen getroffen worden. Vor allem wurde vom Völkerbund ein Finanzplan aufgestellt, zu dessen Einhaltung die Regierung verpflichtet wurde und dessen Kontrolle dem Generalkommissär obliegt. Wir haben nämlich dreierlei Budgets: ein Budget, das wir hier beschließen — das gilt aber überhaupt nicht, darum kümmert sich überhaupt niemand, weder die Regierung noch der Generalkommissär —, dann haben wir ein Budget, das vom Völkerbund aufgestellt worden ist, aber das ist auch noch nicht, wie es scheint, maßgebend, obzwar nach den Genfer Vereinbarungen zwischen uns und dem Völkerbund eigentlich dieses Budget zugrunde zu legen wäre, sondern wir haben Monats-

voranschläge, die die Regierung mit dem Generalkommissär vereinbart. Diese Vereinbarungen führen dazu, daß unglaubliche Streichungen auf der Ausgabenseite des Budgets vorgenommen werden. Ich weiß nicht, ob die Initiative für diese Drosselung des Budgets in allen Fällen vom Generalkommissär Zimmermann ausgeht. Es macht in manchen Belangen den Eindruck, als ob das Finanzministerium diese Drosselung soufflierte und der Generalkommissär eigentlich nur seine Autorität beistellen würde. Es ist ein unglaubliches System von Drosselungen, ein Streichen aller, auch der notwendigsten Investitionen, die Streichung von Ausgaben, die der Befriedigung der täglichen Bedarfe der Staatsverwaltung dienen.

Ich will nur zwei ganz kleine Beispiele anführen, um zu zeigen, wie weit man geht. Da wird eines Monats die Ausgabe für das Futter der Polizeipferde in Graz gestrichen, gänzlich gestrichen. Ist das vernünftig, ist das möglich? Was, glauben Sie, ist geschehen? Die Pferde in Graz sind weder verhungert, noch verkauft worden, sondern man hat ganz einfach das Futter beim Fouragehändler auf Schuld genommen und überläßt es nun irgendeiner Gelegenheit, die Kosten der Fütterung der Pferde in einer anderen Budgetpost unterzubringen. (Dr. Bauer: Die Pferde haben halt keine Opferwilligkeit für die Sanierung! — Heiterkeit.) Oder man hat das Erfordernis für Drucksorten bei einer Behörde mit sehr starkem Parteienverkehr von 70 auf 20 Millionen restringiert. Ja, was ist denn da geschehen? Kann man, da doch Parteienverkehr ist und die Drucksorten ausgegeben werden müssen, soviel ersparen? Nein, sondern man bleibt der Staatsdruckerei die Beträge für diese Drucksorten einfach schuldig und versucht dann bei irgendeiner Gelegenheit, diese Schuld zu decken. Es wäre sehr interessant, wenn uns der Herr Finanzminister angeben könnte, welche Schulden auf diese Weise angehäuft wurden. Dieses Vorgehen hat keinen anderen Zweck, als Launen des Generalkommissärs zu befriedigen und ihm dann die Augen auszuwischen.

Nun, meine Herren, hat sich gezeigt, daß die Einnahmensteigerung und die Ausgabenverminderung im tatsächlichen Resultate viel größer ist, als nach dem Völkerbundplan präliminiert wurde und als auch in den Monatspräliminaren zwischen Finanzverwaltung und Generalkommissär vereinbart wurde. Nur einige Ziffern, hohes Haus! Im ersten Halbjahr 1923 haben wir bei Gebühren, Verbrauchssteuern und direkten Steuern folgende Verhältnisse feststellen können: Nach dem Völkerbundplan hätten wir aus diesem Titel 619 Milliarden 920 Millionen vereinnahmen sollen, nach den Monatsvoranschlägen 967 Milliarden, tatsächlich haben wir aber 1514 Milliarden vereinnahmt, also das zweieinhalbfache des Völkerbundvoranschlages und nahezu um 70 Prozent

mehr als nach den Monatsvoranschlägen. Wir haben also eine Steigerung von Einnahmen, die durch das ungeheuerliche Anziehen der Steuerfahne sowohl bei den direkten als auch namentlich bei den indirekten Steuern herbeigeführt wurde, und haben eine Minderung der Ausgaben, die verursacht wird durch die Drosselung, indem man die Befriedigung aller kulturellen Erfordernisse verweigert und die hierfür notwendigen Beträge nicht zur Verfügung stellte. Ich bitte nur daran zu denken, welchen Schwierigkeiten unsere Hochschulbetriebe begegnen, wie eine wissenschaftliche Arbeit absolut nicht mehr möglich ist, weil die nötigen Geldmittel nicht mehr zur Verfügung gestellt werden. Ich bitte sich beispielsweise den Zustand der Bundesbahnen anzusehen. Wir haben 30 Prozent der Lokomotiven, die wir besitzen, in Reparatur — vor dem Kriege war der Reparaturstand nur 15 Prozent. Dabei muß festgestellt werden, daß diese Lokomotiven ein immer größeres und ehrwürdigeres Alter bekommen. Neuananschaffungen werden überhaupt nicht gemacht. Ich bitte sich anzusehen, wie es mit den Waggons bestellt ist. Der Zustand unserer Waggons spottet allen hygienischen Anforderungen. Wenn das so weiter geht, wenn für die Erneuerung und die Wiederherstellung nicht die notwendigen Gelder bewilligt werden, wird der Eisenbahnbetrieb bald stille stehen müssen.

Hohes Haus! Wir sehen eine Wohnungsnot, die zu einer unerträglichen Plage für die Bevölkerung geworden ist, die jeder Kultur spottet, die die moralischen Verhältnisse ungeheuer verschlechtert und es wird für die Behebung der Wohnungsnot von Seiten der Bundesregierung nichts unternommen. Vor den Wahlen hat sie einen Anlauf genommen, angeregt durch das Beispiel der Wiener Gemeindeverwaltung, hat mit den Banken verhandelt, um Beträge zur Verfügung gestellt zu bekommen. Aber was ist schließlich bei dem vielen Gerede herausgekommen? Beträge, die gar nicht der Rede wert sind. Und hier haben wir durch Einnahmensteigerung und Ausgabenverminderung Hunderte von Milliarden eigentlich rechtmäßig zur Verfügung, die investiert werden können, um der ungeheuren Arbeitslosigkeit, unter der die Arbeiterschaft Österreichs und unsere Wirtschaft überhaupt leidet, zu begegnen. Zehntausende Hände, die sich fleißig rühren würden, die alle die Unzulänglichkeiten, die sowohl bei den Bundesbahnen bestehen, als auch sonst im staatlichen Betriebe überhaupt — unsere staatlichen Straßen sind in einem Zustande, daß sie unfahrbar genannt werden müssen, alle staatlichen Brücken benötigen dringendst einer Reparatur —, zehntausende Arbeitslose wären also vorhanden, die diese Arbeit verrichten könnten, die alle diese Einrichtungen wieder in gebrauchsfähigen Zustand bringen und gegen Verfall schützen könnten, aber es geschieht nicht, obzwar

eigentlich die Gelder für die Befruchtung der Wirtschaft vorhanden sind, obzwar sie herausgewirtschaftet wurden. Hohes Haus! Das ist natürlich nicht nur eine Frage der Beschäftigung der Arbeiterschaft, es ist eine Frage des Aufbaues unserer Wirtschaft überhaupt, es ist eine Frage, um die sich die Industriellen in erster Linie kümmern müßten, denn wir hören, daß wir Schwierigkeiten im Export begegnen, daß wir Schwierigkeiten haben, die produzierten Warenmengen auf den Auslandmarkt zu bringen. Aber vor allem andern wäre doch die Regierung verpflichtet, das normale Bedürfnis, das im Inland nach solchen Arbeiten, Bestellungen, Wiederherstellungen und Erneuerungen besteht, zu befriedigen und der österreichischen Arbeiterschaft und damit auch der Industrie Verdienst zu geben. Das wird nun — wir wissen nicht, ob vereinbart mit der Regierung oder selbsterhlich — vom Generalkommissär Dr. Zimmermann verhindert. Nach dem Völkerbundplane hätte doch der Dr. Zimmermann im ersten Halbjahre zur Deckung des Defizits im Staatshaushalte 3383 Milliarden aus den ihm zur Verfügung stehenden Geldern, beziehungsweise von den Konten, über die er verfügt, abheben sollen, dazu noch 170 Milliarden, das tschechische Reliquat. Diese Beträge hätte er der österreichischen Regierung freizumachen gehabt. Tatsächlich hat er nur 3115 plus 170 Milliarden freigemacht, also 268 Milliarden zurückgehalten. Zu diesen 268 Milliarden kommen noch jene Beträge, auf deren Refundierung unserer Ansicht nach nach den Völkerbündvereinbarungen der Herr Finanzminister Dr. Riebenböck einen begründeten Anspruch hat. Der Herr Finanzminister Dr. Riebenböck hat unvorsichtigerweise und vielleicht im Vertrauen auf die Loyalität des Herrn Dr. Zimmermann aus den ihm frei zur Verfügung stehenden Geldern 179 Milliarden zur Einlösung von inneren Anleihen verwendet. Diese Ausgaben sind zweifellos aus dem Konto B zu bestreiten. Zweifellos hat der Generalkommissär Dr. Zimmermann die Pflicht, diese 179 Milliarden dem Herrn Finanzminister zu refundieren. Dazu kommen noch 113 Milliarden, die aus den Bruttoerträgen der Zölle und Verbrauchsabgaben für den Anleiheendienst entbehrlich geworden sind. Wenn wir also diese Summen, deren Freigabe der Herr Generalkommissär Dr. Zimmermann verweigert, addieren, so kommen wir zu einem Betrage von 798 Milliarden (*Hört! Hört!*), deren Herausgabe der Herr Generalkommissär zum großen Teil — ein Teil ist ja natürlich freigegeben worden — verweigert. Nun hat der Herr Finanzminister die Freigabe dieser Beträge in einem Brief an den Herrn Generalkommissär angesprochen und wir haben von dieser Angelegenheit durch den Bericht des Dr. Zimmermann erfahren, in welchem die Antwort auf den Brief des Finanzministers abgedruckt ist. Was sagt nun Dr. Zimmermann? Er

gibt zu, daß die Regierung eigentlich nicht unrecht hat, wenn sie die Freigabe dieser Beträge verlangt. Er verweigert aber die Freigabe trotzdem, ohne für diese Verweigerung einen rechtlichen Grund anzugeben, ohne diese Verweigerung auf seine Kompetenz zu stützen. Er produziert für diese Verweigerung lediglich Opportunitätsgründe. Er meint, es sei in dem einen Halbjahr gut gegangen, es könne in dem nächsten Halbjahr schlechter gehen und dann werde die Regierung diese Beträge dringender brauchen, er wolle sich also vorbehalten, ihr diese Beträge später freizugeben, und zum Schlusse sagt er, er halte sie auch aus dem Grunde zurück, damit der Herr Finanzminister gegenüber den anderen Ressorts einen leichteren Stand habe, die, wenn sie wüßten, daß Geld zur Verfügung steht, sofort nach Zuwendung dieser Gelder küstern würden, um Aufgaben ihres Wirkungsbereiches erfüllen zu können.

Hohes Haus! Es kann in keiner Weise anschaulicher und erschreckender geschildert werden, in welchem unwürdigem Abhängigkeitsverhältnis sich unsere Regierung und damit natürlich auch wir nach den Genfer Vereinbarungen durch die Schuld dieser Majorität und vielleicht auch durch die Schuld der Regierung befinden, die dem Generalkommissär Dr. Zimmermann gegenüber viel zu nachgiebig zu sein scheint und weder ihre eigenen, noch die Rechte des österreichischen Volkes in entsprechender Weise im Verkehr mit dem Generalkommissär wahrzunehmen versteht. (*Dr. Bauer: Was hat denn der Finanzminister auf diese Ablehnung geantwortet? — Bundeskanzler Dr. Seipel: Er kommt erst zum Wort!*) Man könnte vielleicht den Eindruck haben, daß der Herr Generalkommissär nicht gerade wollte, daß die Regierung in Zeiten der Wahlbewegung in Geld schwimmt. Ich meine damit natürlich keineswegs, daß diese Gelder irgendwie eine parteimäßige Verwendung hätten finden können, sondern vielleicht hat der Herr Generalkommissär gedacht, in Wahlzeiten sind die Forderungen der Wähler nach Erfüllung dieser oder jener Wünsche, nach Durchführung dieser oder jener Aufgabe dringender Natur oft stürmisch und die Regierung, die im Wahlkampfe steht, wird also solchen Anstürmen erliegen.

Man kann also der Meinung sein, er wollte die Freigabe der Summen nur in der Zeit der Wahlbewegung verweigern, damit die Regierung und die Majorität nicht in der Lage ist, gewisse Dinge zu machen, die den Wählern gefallen, die die Wähler für notwendig halten. Aber mir scheint, der Generalkommissär bleibt bei seiner Weigerung und will von dem Standpunkt, daß er das Recht hat, allein zu verfügen und den Zeitpunkt der Freigabe zu bestimmen, nicht abgehen.

Hohes Haus! Es macht den Eindruck, daß man die Kuratel, die über uns verhängt wurde, auf

diese Weise zu verlängern sucht. Es kann der Herr Generalkommissär auch der Meinung sein: Wenn man nunmehr Gelder erspart, in einer Weise erspart, gegen die ein Verdammungsurteil ausgesprochen werden muß — das heißt nicht „sparen“, das heißt systematisch ruinieren, das heißt kassenmäßige Erfolge heranzuschinden, aber dabei unsere Wirtschaft devastieren und zugrunde richten (*So ist es!*) — es scheint, daß der Generalkommissär diese ersparten Beträge bis nach dem Jahre 1924 aufheben will, denn solange die Völkerbundanleihe nicht verwendet wird, glaubt er vielleicht das Amt des Generalkommissärs ausüben zu können. Oder vielleicht will er in der letzten Periode seiner Tätigkeit wie das Mädchen aus der Fremde die Gaben an alle austreuen, sich eine Popularität schaffen. Das ist ja möglich. Was den Herrn Generalkommissär bei diesem seinem Vorgehen bewegt, ist ganz gleichgültig — wir halten sein Vorgehen für durchaus unrechtmäßig und wir halten sein Vorgehen für die Wirtschaft und das Volk in gleichem Maße schädlich. Wir stellen deshalb an die Regierung die Frage, wie sie diesem ungesetzlichen Verhalten des Herrn Generalkommissärs zu begegnen gewillt ist. Man könnte glauben, daß nach Protokoll 2, Artikel 15, eine Beschwerde an den Völkerbund eingebracht werden kann. Ich bitte, wir wollen der Regierung nicht vorgreifen. Klar ist eines: daß ein solches Verhalten des Generalkommissärs, das unserer Ansicht nach den Vereinbarungen widerspricht, nicht geduldet werden kann und daß die Regierung verpflichtet ist, sich gegen dieses Vorgehen in der entschiedensten Weise zu wehren; Die Regierung hat um so mehr die Verpflichtung, weil sie uns auf diese abschüssige Bahn gebracht hat, weil sie die Majorität des Hauses dazu bewogen hat, dieses Abhängigkeitsverhältnis einzugehen. Sie hat also um so mehr die moralische Verpflichtung, dafür zu sorgen, daß Übergriffe nicht geduldet werden und um so mehr ist sie verpflichtet, dafür zu wirken, daß die Freigabe dieser Beträge erfolgt, weil unsere Wirtschaft die Befruchtung durch diese Beträge unter allen Umständen nötig hat, weil unsere Wirtschaft verkümmert, wenn sich der Staat allen Verpflichtungen zu Investitionen, zu Wiederherstellungen, zur Befriedigung des dringendsten Wohnungsbedürfnisses entzieht, wie das bisher budgetmäßig und auch noch mehr in der Praxis geschehen ist. Wir kommen also in dieser Form der Regierung zu Hilfe, indem wir das Haus aufrufen, sich in diesem Streit an die Seite der Regierung zu stellen und dafür zu sorgen, daß der Generalkommissär Dr. Zimmermann in seine Kompetenzen verwiesen wird. (*Beifall und Händeklatschen.*)

Finanzminister Dr. **Kienböck**: Hohes Haus! Ich möchte zunächst, was allerdings schon einmal geschehen ist, einige Worte über das sogenannte

Prealable sprechen, das in der Staatswirtschaft eine wesentliche Rolle spielt. Von Monat zu Monat immer am Ende eines Monats für den nächstfolgenden, werden bei den einzelnen Ressorts Mitteilungen über die voraussichtlichen Einnahmen und die voraussichtlichen Ausgaben des nächsten Monats eingeholt. An den von den Ressorts mitgeteilten Ziffern wird eventuell in Besprechungen mit dem Finanzministerium Kritik geübt, es werden eventuelle Einschränkungen vorgenommen und vereinbart und so gelangt man zur Ziffer des voraussichtlichen Defizits im kommenden Monat. Über diesen voraussichtlichen Monatsabgang verständigt sich die Finanzverwaltung regelmäßig monatlich mit dem Generalkommissär.

Die Quelle der Auseinandersetzung, von der in der heutigen Anfrage des Herrn Nationalrates Elderich die Rede ist, bildet folgender Umstand: Den Prealables wird, wie erwähnt, die voraussichtliche Höhe der Ausgaben und der Einnahmen des nächsten Monats zugrunde gelegt. Hinsichtlich der Ausgaben liegen die Grundlagen in den meisten Fällen ziemlich sicher vor. Eine der größten Posten sind in den meisten Ressorts die Personallasten, eine Post, die jetzt und besonders seit wir uns auch hinsichtlich der Besoldung in stabilen Verhältnissen befinden, mit einer fixen Ziffer zu berechnen ist. Bei den Einnahmen ist schon eine Jahresziffer nicht immer ganz leicht zu ermitteln, um so weniger ist es leicht, eine Monatsziffer richtig zu ermitteln. Es hat sich nun in einer Anzahl von Monaten herausgestellt — der Brief des Herrn Generalkommissärs Zimmermann vom 25. August, auf den die Anfrage des Herrn Nationalrates Elderich zurückgeht, bezieht sich eigentlich auf den Monat Juni —, daß die Gebarung schon in diesem Monat, aber auch in einigen anderen Monaten günstiger war, als prealablemäßig vorgesehen war, daß sich also in einzelnen dieser Monate kein so großer Abgang ergeben hat, als man angenommen hatte. Das bildet den Ausgangspunkt dieser Auseinandersetzung. In dem einen Falle haben wir dem Generalkommissär gegenüber darauf hingewiesen, daß die ganzen Beträge, die er bei der Besprechung des Prealables freizugeben in Aussicht genommen hat, noch nicht behoben sind und das hat zu der Korrespondenz geführt, aus der der eine Brief dem IX. Bericht angeschlossen ist.

Ich will, bevor ich die Anfrage konkret beantworte, nur noch eine Bemerkung machen. Der Herr Antragsteller hat sich in seinen Ausführungen einigermassen in Widersprüchen ergangen. Er hat versucht, mit seherischem Auge in das Verhältnis der Regierung zum Generalkommissär einzudringen; dabei hat er einmal gefunden, daß der Generalkommissär ein Diktator ist, vor dem die Regierung ganz tief unten steht; das andere Mal hat er gesagt,

der Generalkommissär folge nur den Einflüsterungen, die der Finanzminister ihm gibt (*Eldersch: Zum Teil!*) — ich bitte, es ist nicht wörtlich wiedergegeben — und das dritte Mal hat er die Sache so aufgefaßt, als ob eine gemeinsame Verschwörung der beiden stattfinden würde. Diese Auffassungen widersprechen sich nicht nur einigermaßen, sondern sie sind alle drei nicht richtig. Die Wahrheit ist riesig einfach. Wir haben den Sanierungsplan und die Sanierung durchzuführen. Das ist eine Verpflichtung, die die Regierung vor allem dem österreichischen Volke und dem österreichischen Parlamente gegenüber hat. Daß diese Aufgabe gelinge und daß sie rasch gelinge, darüber besteht, wenn ich die Dinge richtig verfolge, jetzt keine Meinungsverschiedenheit mehr. Im Gegenteil: es wurde gerade von der Opposition noch in der Wahlbewegung, allerdings erst gegen Schluß der Wahlkampagne, mit starkem Nachdruck betont, daß diese Sanierung selbstverständlich durchgeführt werden muß, und zwar so rasch als möglich.

Das ist ja auch unser Standpunkt. Wir müssen selbstverständlich trachten, so rasch als möglich ins Gleichgewicht zu kommen, wir müssen selbst unsere Kräfte nach dieser Richtung anstrengen. Der Generalkommissär des Völkerbundes hat von seinem Standpunkt aus eine Kontrolle in dieser Richtung auszuüben. Das ist der sachliche Inhalt. Von irgendeinem Gegensatz ist nicht die Rede. An dem Werke sind wir jeder in seiner Rolle beschäftigt. Das führt selbstverständlich zu verschiedenen Auseinandersetzungen, die sich fortwährend vollziehen, aber immer in einer Form und mit einem Ergebnis, das dann eine durchaus einheitliche Stellungnahme zur Folge hat.

Ich erlaube mir nun, die einzelnen Fragepunkte zu beantworten, und werde bei diesem Anlaß noch einige Erläuterungen anfügen.

Die erste Frage geht dahin, welche Antwort der Finanzminister auf das Schreiben vom 25. August erteilt hat. Ich habe darauf zu erwidern, daß eine schriftliche Beantwortung nicht erfolgt ist, wohl aber haben mündliche Auseinandersetzungen stattgefunden, wie sie sich fortlaufend wiederholen.

Wenn gesagt wurde, und damit komme ich zum zweiten Punkt und zu einigen Bemerkungen des Anfragestellers, daß die Kontrolle vom Generalkommissär in einer dem Geiste den Genfer Übereinkommens entgegengesetzten Weise geführt werde, so kann ich dem nur ganz entschieden widersprechen. Das ist durchaus nicht der Fall. Der Generalkommissär hat formell zwei Aufgaben, die Aufgabe, die auf das Konto A einfließenden Gelder in dem Ausmaße zurückzuhalten, als dies nach den Satzungen der Völkerbundanleihe erforderlich ist, um den Dienst der Anleihe zu decken, und nach der anderen Seite hat er von denjenigen Geldern, die auf das Konto B, auf das Anleihenkonto, einfließen, so viel freizu-

geben, als im Rahmen des Planes, den der Völkerbund nach seiner Auffassung mit der Regierung aufgestellt hat, freizugeben ist. Wenn er sich jederzeit gegenwärtig hält, was nach seiner Auffassung notwendig und was nicht notwendig ist, so handelt er durchaus im Geiste dieses Abkommens. Man kann nicht sagen, daß wir auf die Anleihengelder irgendeinen bestimmten ziffermäßigen Anspruch oder keinen Anspruch hätten. Wir haben einen Anspruch auf den gesamten Erlös der Anleihe, daran ist gar kein Zweifel, die Freigabe aber erfolgt nach Maßgabe der Notwendigkeit. (*Dr. Bauer: Aber im Rahmen des Planes, das ist sehr wesentlich!*) Gewiß, aber der Herr Anfragesteller hat die Sache so zu konstruieren gesucht, als ob dieses Völkerbundprogramm vom Anfang November vorigen Jahres bindende Verpflichtungen für den Generalkommissär enthielte, diese Beträge auszufolgen und keine anderen. Davon ist gar keine Rede. Allerdings ist dieses Übereinkommen für ihn ein Anhaltspunkt, an den er sich hält, ein Behelf, den er sich vor Augen hält, aber es ist weder von uns, noch von ihm so aufgefaßt worden, als ob es Beträge wären, die in dieser Höhe, wie sie in dem Plan enthalten sind, und in keiner andern freizugeben sind. (*Dr. Bauer: Aber Sie haben sich in Ihrem Brief an den Generalkommissär auch auf diesen Standpunkt gestellt!*) Nein, in diesem Briefe vom 16. August habe ich ihn aufmerksam gemacht, daß von den Beträgen, die freizugeben er in Aussicht genommen hat, ein Teil noch nicht behoben ist; gewiß, daran ist gar kein Zweifel. Er hat nun mit dem Schreiben, das im Bericht abgedruckt ist und von dem ich noch einige Punkte erwähnen werde, erwidert.

Damit kein Mißverständnis entsteht, will ich bemerken, daß der Generalkommissär schon in diesem Schreiben gesagt hat, er halte es für zweckmäßiger, den Betrag jetzt nicht freizugeben. Er stellt bei diesem Anlaß eine weitläufige Aufstellung über die Ergebnisse des ersten Halbjahres auf, die im wesentlichen von den Gebarungserfolgen der ersten sechs Monate ausgeht, die ich dem Generalkommissär mitgeteilt habe. Diese Ergebnisse der Gebarung der ersten sechs Monate stellt er nun einer Reihe von ziemlich komplizierten Aufstellungen gegenüber. Daß der Herr Abg. Eldersch sich hier ein wenig geirrt hat, ist sehr leicht begreiflich, denn es ist wirklich sehr kompliziert, diesen Dingen, die mit der Berechnung zusammenhängen, zu folgen. Ich möchte nur bemerken, damit kein Irrtum entsteht, daß die Ziffer von 798 Milliarden auch in diesem Briefe keineswegs als jene Ziffer hingestellt ist, die der Generalkommissär uns gegenüber zurückgehalten hat. Wenn Sie den gedruckten Bericht vor sich haben, so finden Sie auf Seite 32, daß es sich um Beträge handelt, welche er einerseits mit 301, andererseits — die Dinge sind im Berichte

näher ausgeführt — unter Zurechnung der Dollars mit 593 Milliarden berechnet. Wenn wir dem Generalkommissär gegenüber geltend gemacht hätten, daß wir unbedingt darauf bestehen, daß er die Beträge, die er bei den früheren Prealable-Besprechungen in Aussicht genommen hat, an die Staatskasse überweist, dann hätte sich bei der nächsten Prealable-Besprechung eine schwierige Auseinandersetzung ergeben, was für uns gar keinen Zweck gehabt hätte. Laut des Briefes, wie er abgedruckt ist, hat der Generalkommissär selbst in Aussicht genommen, der Finanzverwaltung im Bedarfsfälle die Beträge zu überweisen, oder sie, wenn sie nicht benötigt werden sollten, seinerzeit für produktive Ausgaben freizugeben oder mit ihnen unvorhergesehenen Belastungen zu begegnen. Er sagt also ganz klar, daß diese Freigaben dann den Gegenstand weiterer Auseinandersetzungen zu bilden haben. In der Tat sind solche Verhandlungen auch jetzt noch im Gange. Ich kann unmöglich hier das hohe Haus über solche Einzelheiten der Verwaltung unterrichten, die zum Teil auch mit Verhältnissen zusammenhängen, die uns mit dem Auslande verbinden. Ich will Ihnen nur sagen, daß wir nicht den geringsten Grund haben zu zweifeln, daß wir uns auch über solche Punkte verständigen werden.

Den dritten Anfragepunkt, der sich auf die Frage bezieht, ob wir aus den ersparten Geldern Investitionen machen, ob wir sie für Wohnungsfürsorge oder für produktive Erwerbslosenfürsorge verwenden werden, möchte ich wie folgt beantworten. Wir müssen vor allem den Hauptzweck im Auge behalten. Wir müssen mit dieser Sanierung durchkommen und wir haben das allergrößte Interesse, daß das möglichst rasch geschehe. Statt langer Auseinandersetzungen glaube ich auch den erbittertsten Gegner, den ich vielleicht auf dieser Seite des Hauses habe, dadurch vollständig zu überzeugen, daß ich auf das Finanzgesetz verweise. Aus dem Finanzgesetz, das dem Budget vorgelegt, aus seinem Text, der Ihnen vorgelegt worden ist, ist folgendes zu entnehmen. In dem Sanierungsplan, der Anfangs November des vorigen Jahres mit der Delegation des Völkerbundes aufgestellt worden ist, ist das Defizit für das Jahr 1924, allerdings in zwei Etappen, aber für dieses Jahr im ganzen mit bloß 146,7 Milliarden angenommen. Die Herren haben sich aus dem Staatsvoranschläge überzeugt, daß nicht diese Ziffer dem Staatsvoranschläge zugrunde gelegt ist, weil ich mich für verpflichtet gehalten habe — und ich werde davon vielleicht noch in der nächsten Zeit sprechen —, so zu budgetieren, wie wir es gewohnt gewesen sind. Immerhin müssen wir uns vor Augen halten, daß der Völkerbund mit der Ziffer einigermaßen rechnet, die nicht nur vom heurigen Budget, sondern natürlich auch von der Gebarung der Jetztzeit sehr stark absticht. Wir würden nun sehr unvor-

sichtig und sehr unklug sein, wenn wir nicht daran denken würden, auch über diese Schwierigkeit eventuell hinwegzukommen, und es ist deshalb für uns von der allergrößten Bedeutung, daß wir gewisse Reserven besitzen, die auch vom Generalkommissär nach seiner Auffassung als Reserven anerkannt werden, um für alle Fälle sowie auch für den Fall unvorhergesehenen Bedarfes einigermaßen vorgesorgt zu haben.

Ich will mich jetzt über Investitionen nicht weiter auslassen. Wir werden darüber beim Budget sprechen, es sind Investitionen in immerhin bedeutendem Ausmaß im neuen Budget enthalten. Ich will nicht sagen, daß man da nicht über manches wird sprechen können, allerdings unter Voraussetzungen, die auch noch den Gegenstand sehr wichtiger Auseinandersetzungen werden bilden müssen.

Ich will schließlich nur sagen, daß das Gebarungsbild, das aus dem dem Berichte beigedruckten Briefe hervorgeht, für die Finanzverwaltung nicht nur schmeichelhaft im Sinne der Eitelkeit ist, sondern für unseren Kredit von allergrößter Bedeutung ist. Man sieht im Auslande den Erfolg der Gebarung und ich muß sagen, in dieser Beziehung ist uns diese Kontrolle geradezu erwünscht: man würde es nämlich uns allein wahrscheinlich gar nicht glauben, aber dem Generalkommissär glaubt man es, man glaubt ihm, daß, wie sich aus diesen Auseinandersetzungen ergibt, die das Licht der Öffentlichkeit in keiner Richtung zu scheuen haben, die Gebarung tatsächlich so erfolgreich ist. Jetzt bitte ich Sie, an das vorige Jahr zurückzudenken. Damals haben Sie an der Möglichkeit des Erfolges gezweifelt; heute können Sie nicht mehr zweifeln. Heute sind Sie schon fast im Begriffe, mir Vorwürfe zu machen, daß die Sache allzu schnell geht. Nun, darüber werden wir uns ja auch noch verständigen müssen. Sicher ist, daß die Tatsache dieser erfolgreichen Gebarung, die Tatsache von gewissen Reserven — wobei ich darauf hinweise, daß das Ziffern von Ende Juli sind, von denen ich nicht behaupten kann, daß sie mit den gegenwärtigen übereinstimmen —, daß diese Tatsache für uns von ungeheurer Bedeutung ist, nicht nur für die Regierung, sondern für ganz Österreich, weil sie uns eine verstärkte Aussicht darauf eröffnet, daß das Werk, an dem wir arbeiten, tatsächlich, und zwar rasch gelingen wird. *(Beifall und Händeklatschen.)*

Übersich: Hohes Haus! Der Herr Bundesminister für Finanzen hat mir zur Last gelegt, daß ich das Verhältnis zwischen Generalkommissär und Regierung in einer verschiedenen, miteinander nicht zu vereinbarenden Weise dargestellt habe. Das ist natürlich nicht richtig. Ich habe gesagt: unserer Ansicht nach befindet sich die Regierung in einem Hörigkeitsverhältnis, in einem Untertänigkeitsverhältnis zum Generalkommissär. Das steht fest, ist erwiesen und wird ja durch den Brief, den der General-

kommisfär dem Herrn Bundesminister für Finanzen geschrieben hat, förmlich blitzartig beleuchtet. Ich habe dann gesagt, daß es Gelegenheiten gibt, bei welchen eine Drosselung der Ausgaben vom Finanzministerium dem Generalkommisfär suggeriert wird, und ich habe schließlich gesagt: bei mancher Gelegenheit wird es wieder sein, daß Generalkommisfär und Regierung in einträchtiger Weise über unsere Bevölkerung herfallen. Ich meine, all dieses verschiedene Verhalten ist durchaus vereinbar; ich kann nicht finden, daß hier ein Widerspruch kauft. Unserer Ansicht nach war es ein Fehler, daß sich das Finanzministerium darauf eingelassen hat, Monatsvoranschläge mit dem Generalkommisfär zu vereinbaren, die von dem Völkerbundsplan abweichen. Die Regierung wäre nur verpflichtet gewesen, sich an den Völkerbundsplan zu halten. Daß man aber gewissen Geschäftshubereien Tür und Tor geöffnet und Vereinbarungen über Monatsvoranschläge getroffen hat, die über das hinausgehen, was der Völkerbund von uns verlangt hat, das war die erste Sünde wider den heiligen Geist. Das hat eben eine solche Betätigung des Herrn Generalkommisfärs, eine solche Allmacht oder zumindest das Gefühl der Allmacht in dem Generalkommisfär hervorgerufen.

Der Herr Minister Dr. Riebenböck hat gemeint, auch wir, die Opposition, hätten uns, allerdings erst zu Ende der Wahlbewegung, zur Sanierung bekannt. Ja, wir haben uns dazu bekannt, daß Österreich saniert werden muß, wir haben uns aber nicht bekannt zu der Sanierung des Ministeriums Seipel, das die Völker Österreichs und unsere Wirtschaft elend macht. (*Widerspruch.*) Bitte, reden Sie mit Ihren Leuten draußen, ob sie mit den Verhältnissen zufrieden sind. Sie sind eine starke Partei und können den Steuerdruck, der auf die Bauern fällt, mildern; Sie haben es ja offen getan. Aber die anderen Stände der Bevölkerung erliegen dieser Last, namentlich die indirekte Besteuerung ist unerträglich und Sie wollen sie noch am ersten Jänner erhöhen.

Der Herr Finanzminister hat uns auch den Vorwurf gemacht, daß wir jetzt auf einmal finden, daß die Besserung zu schnell vorwärts schreitet. Wir finden das, weil dieses schnelle Vorwärtsschreiten darin besteht, daß man die Einnahmen in einer Weise erhöht, die für die Bevölkerung absolut unerschwinglich ist, die das tägliche Leben der Bevölkerung vertenert, und daß die Ausgaben in einer Weise gedrosselt werden, die nicht mehr ertragbar ist. Die Sanierung könnte ja noch schneller vorwärts schreiten. Lassen Sie Ihre Bundesbeamten überhaupt verhungern oder entlassen Sie alle, verweigern Sie alle Pflichten des Staates gegenüber der Bevölkerung, dann kann ja die Sanierung noch rascher vorwärts dringen. Aber auszuhalten ist

dieser Zustand nicht. Unsere Wirtschaft verodet, wenn sie nicht befruchtet wird durch das staatliche Budget, wenn die Regierung alle Aufgaben, die ihr nach dem Gesetze zukommen, vernachlässigt, wenn sie die notwendigen Beträge nicht ausgibt.

Es ist bedauerlich, daß der Herr Bundesminister Riebenböck den Generalkommisfär bei dieser Stellungnahme entschuldigt und förmlich zugibt, daß er recht hat. Der Generalkommisfär hat nicht recht und zweifellos war auch der Herr Minister der Ansicht, daß er nicht recht hat, denn sonst hätte er die Freigabe der Beträge nicht verlangen können. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Dr. Riebenböck die Courage gehabt hätte, vom Generalkommisfär die Freigabe dieser Beträge zu verlangen, wenn er nicht formell dazu berechtigt gewesen wäre. Er ist also dazu berechtigt gewesen und es ist ein arger Fehler, daß jetzt hier dem Generalkommisfär recht gegeben wird gegenüber den rechtmäßigen Ansprüchen der Gesamtbevölkerung, gegenüber den Ansprüchen, die die Wirtschaft Österreichs zu stellen hat. Der Generalkommisfär leugnet auch nicht, daß das Begehren des Herrn Finanzministers berechtigt gewesen ist. Er erklärt auf das Schreiben vom 21. Juli 1923, in welchem der Bundesminister für Finanzen ihn ersucht hat, die für den Zundienst noch ausstehenden Beträge freizugeben, auf ein Konto der Regierung zu überweisen, damit sie darüber frei verfügen kann — das war die Forderung des Herrn Dr. Riebenböck —, folgendes (*liest*): „Ich halte es für vorteilhafter“, sagt der Generalkommisfär, verehrter Herr Minister, „dieselben auf dem reservierten Konto zurückzubehalten, um sie der österreichischen Finanzverwaltung erst zur Verfügung zu stellen, wenn sie benötigt werden. Dieser Vorgang scheint mir geeignet, Ihre Stellung gegenüber den anderen Ministerien zu erleichtern, deren Ansprüche dringender sein werden, wenn ihnen das Vorhandensein einer dem Finanzministerium zur freien Verfügung stehenden Reserve bekannt wird.“

Sie sehen also, der Generalkommisfär fühlt sich allmächtig. Er erklärt nicht, daß die Forderung des Finanzministers mit den Vereinbarungen von Genf im Widerspruche steht, sondern er gibt zu, daß der Minister recht hat, aber er findet, es sei „vorteilhafter“, mit diesen Beträgen so zu verfahren, es sei zweckmäßiger, diese Gelder der Regierung nicht zur freien Verfügung zu überlassen, damit nicht irgendein Minister eine Aufgabe seines Ressorts für dringend erachtet und die Befriedigung durch die Bereitstellung der Mittel verlangt. Um so bedauerlicher ist es, daß hier von der Regierung der Rückzug angetreten und die Sache förmlich so dargestellt wird, als ob der Generalkommisfär im Rechte wäre. Daß die Anlage von Reserven zweckmäßig ist, das soll nicht bestritten werden. Aber das soll der Beurteilung der Regierung und der

Volkvertretung überlassen bleiben. *(Zustimmung.)*
Der Herr Generalkommissär sagt hier selbst an einer Stelle seines Briefes, daß vielleicht diese Gelder, die er jetzt zurückhält, später einmal benötigt werden, um sie seinerzeit für produktive Ausgaben frei zu geben. Ja, wann haben wir es denn nötiger gehabt, produktive Ausgaben zu machen, als im gegenwärtigen Zeitpunkt, bei diesem Stand der Arbeitslosigkeit, bei dem allgemein beklagten schlechten Geschäftsgang der Industrie, bei den Schwierigkeiten, die uns noch aus dem Zusammenbruche des deutschen Wirtschaftslebens bevorstehen! Wenn jemals ein solcher Notfonds für unsere Wirtschaft zu verausgaben war, um sie zu befruchten und ihr auf die Beine zu helfen, so war es im gegenwärtigen Zeitpunkt. Ich muß es also bedauern, daß die Regierung, wenn ihr von einer Oppositionspartei die Hand

dazu geboten wird, die Hilfe des Parlaments gegen die Übergriffe des Generalkommissärs nicht in Anspruch nimmt, sondern das Gefühl der Überlegenheit und der Allmacht bei dem Manne durch dieses feige Zurückweichen noch mehr steigert, als das bisher der Fall gewesen ist. *(Beifall.)*

Nachdem kein Redner mehr vorgemerkt ist, ist die Debatte abgeschlossen.

Zugewiesen werden die Regierungsvorlagen B. 2 und 13 an den Finanz- und Budgetausschuß, B. 18 an den Ausschuß für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, B. 3 an den Verfassungsausschuß.

Nächste Sitzung: Samstag, den 24. November, 11 Uhr vorm. T. D.: 1. Lesung der Regierungsvorlage, betr. das Bundesfinanzgesetz (B. 1).

Schluß der Sitzung: 4 Uhr 10 Min. nachm.

